


**Wahlprogramm
der CDU-Hamburg
für die
Bürgerschaftswahl
am 19. Dezember
1982**

CDU 

Herausgegeben von der CDU-Hamburg, Leinpfad 74, 2000 Hamburg 60 · Verantwortlich: Volker Ko

MF 2210 HAM

NR. 1 IN HAMBURG

MF 2210 HAM

Konrad-Adenauer-Stiftung



000644485

Konrad Adenauer Stiftung

I N H A L T

Seite

Vorwort	1
Rechts- und Staatspolitik	4
Finanzpolitik	13
Wirtschaftspolitik	21
Energiepolitik	29
Schulpolitik	38
Wissenschafts- und Hochschulpolitik	47
Kulturpolitik	54
Umweltpolitik	59
Wohnungspolitik	68
Verkehrspolitik	74
Sicherheitspolitik	80
Sozialpolitik	86
Jugend- und Familienpolitik	92
Frauenpolitik	101
Ausländerpolitik	105
Gesundheitspolitik	112
Sportpolitik	119

V O R W O R T

ES IST ZEIT FÜR DEN WECHSEL - HAMBURG BRAUCHT DIE LIBERALE ERNEUERUNG

Generationen von weitsichtigen und fleißigen Bürgern haben Hamburg zu einer der schönsten Städte der Welt gemacht. Wir sind stolz auf die großen Traditionen unserer Stadt: Weltoffenheit und Leistungsbereitschaft, politische Liberalität und geistige Toleranz, Solidarität mit den Schwächeren und Bürgersinn in allen Schichten. Dies alles darf nicht länger durch eine Politik gefährdet werden, die vergißt, was den Ruf Hamburgs in der Welt begründet hat.

Hamburg braucht die liberale Erneuerung! Zu lange, seit 25 Jahren, wird unsere Stadt von Sozialdemokraten regiert. Anfangs mit großen Bürgermeistern und bleibenden Leistungen für Hamburg, seit einigen Jahren mit zunehmenden Verschleißerscheinungen wie nachlassender Entscheidungskraft, inneren Flügelkämpfen, parteipolitischem Machtstreben und Parteibuchwirtschaft, Flucht in die Ideologie, Abkehr von den großen politischen Traditionen unserer Stadt. Deshalb ist es Zeit für den Wechsel, Zeit für die liberale Erneuerung Hamburgs. Wir wollen sie zusammen mit den Bürgern verwirklichen - im Interesse der Zukunft unserer Stadt. Deshalb bitten wir mit diesem Programm um das Vertrauen aller Hamburger.

Wir wollen eine Politik, die frei ist von egoistischen Interessen und ideologischen Patentrezepten. Nicht persönliches Machtstreben und die Verwirklichung von dogmatischen Heilslehren dürfen Ziel der Politik in einer Demokratie sein, sondern der Dienst am Wohl aller Bürger. Nicht diejenigen, die eigennützig und ideologische Interessen oder stets fertige Lösungen besitzen, sollen unsere Ratgeber sein, sondern diejenigen, die aus der Verantwortung für das Gemeinwohl nach dem besten Weg für unsere Stadt und für ihre Aufgabe in der Welt von morgen suchen. Wir versprechen, nicht selbstgerecht zu sein, sondern uns mit aller Kraft für das einzusetzen, was Hamburg und seiner Bedeutung über die Stadt hinaus gerecht wird.

Unsere Politik will aus christlicher Verantwortung heraus allen Bürgern unserer Stadt ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Sie will über Hamburg hinaus dazu beitragen, daß politische Unfreiheit, soziale Un-

gerechtigkeit und materielle Not in der Welt beseitigt werden. Dazu fühlen wir uns durch die liberale, soziale und weltoffene Tradition unserer Stadt verpflichtet. Diese Verpflichtung bedeutet, daß sich Hamburg stärker als bisher und auf neuen Wegen den Herausforderungen und Gefahren der Zukunft stellen muß: der wachsenden Abhängigkeit der Arbeitnehmer und Betriebe von technologischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen, der steigenden Anonymität des Lebens, der Ausbreitung des Kollektivismus, dem Raubbau an unserer natürlichen Umwelt, der zunehmenden Abhängigkeit unserer Stadt und unseres Landes von politischen Entwicklungen in anderen Teilen der Welt, der Gefährdung unserer freiheitlichen Demokratie durch engstirnige Ideologie und bürgerferne Bürokratie, den weltweit größer werdenden Konflikten zwischen arm und reich.

Unsere Politik ist eine Politik für und mit der jungen Generation, die die Hypotheken der jahrzehntelangen Herrschaft der SPD tragen muß: die Mißwirtschaft bei den Staatsfinanzen, die keinen Spielraum mehr läßt für die Finanzierung neuer, zukunftsweisender Vorhaben, die zunehmende Gefährdung der Arbeitsplätze, schwerwiegende Mängel im Bildungs- und Ausbildungswesen, immer mehr Staat und immer weniger Freiraum für den Bürger.

Wir wissen, daß weite Teile der jungen Generation den demokratischen Parteien skeptisch gegenüberstehen. Wir versichern ihnen: Wir sind offen für unbequeme Fragen. Die vielfältigen Ängste vor den Gefahren der Zukunft nehmen wir ernst. Aber wir erklären auch: Wir wollen den Frieden und die Freiheit, beides zusammen. Wo Gewalt und Intoleranz, wo die Beseitigung unserer freiheitlichen Demokratie gewollt wird, wo der innere Frieden in unserer Stadt und in unserem Land zerstört wird, sagen wir "Nein". Was unsere ältere Generation in ihrer Jugend erlebt hat, darf sich niemals wiederholen. Das ist für uns die erste Voraussetzung für einen Frieden in Freiheit.

Die Krise der Staatsfinanzen in Hamburg und in Bonn setzt unserem politischen Handeln Grenzen, die nur längerfristig überwunden werden können. Für eine umfassende Sanierung der Hamburger Staatsfinanzen, die eine Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele ist, werden die kommenden vier Jahre kaum ausreichen.

Wir müssen uns deshalb auf das beschränken, was wirklich notwendig ist und können unsere Ziele ansonsten nur schrittweise nach einem Regierungsprogramm verwirklichen, das auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf die Lage der Staatsfinanzen abgestimmt ist. Aber wir werden durch

die Rückkehr zu einer soliden Finanzpolitik, durch sparsamen, treuhänderischen Umgang mit dem Geld der Bürger, eine neue tragfähige Grundlage für das politische Handeln in unserer Stadt schaffen: Für die Sicherung unserer Arbeitsplätze und der Existenz unserer Betriebe, für Schulen, an denen die junge Generation lernt, was sie im Leben braucht, für den lebensnotwendigen Schutz unserer natürlichen Umwelt und für den Dienst am Mitbürger, der in Not geraten ist.

Unsere Demokratie lebt vom Wechsel in der Verantwortung. Hamburg braucht um seiner Zukunft willen eine neue politische Führung - geprägt vom Willen zur liberalen Erneuerung, fähig zur Sicherung der Existenz unserer Stadt als europäische Metropole, verpflichtet dem Wohl aller Bürger. Dafür bitten wir unsere Hamburger Mitbürger um ihre Mithilfe und ihr Vertrauen.

RECHTS- UND STAATSPOLITIK FÜR HAMBURG:

IN EINER LIBERALEN STADT DIE FREIHEIT UND DAS RECHT DES EINZELNEN BEWAHREN -
STAAT UND DEMOKRATIE IN DEN DIENST DER BÜRGER STELLEN

WO ES UM DIE PERSÖNLICHE FREIHEIT UND DAS RECHT DER BÜRGER GEHT, DARF ES KEINE HALBHERZIGKEIT GEBEN. WO UNSERE DEMOKRATIE IN GEFAHR IST, WERDEN WIR UNS WEHREN. DAZU FÖHLEN WIR UNS DURCH DIE POLITISCHE TRADITION UNSERER STADT VERPFLICHTET. WIR SAGEN: DER STAAT IST FÜR DIE BÜRGER DA, NICHT UMGEKEHRT. UND: DER HAMBURGER STAAT GEHÖRT UNS ALLEN UND NICHT EINER PARTEI. DESHALB MACHEN WIR SCHLUSS MIT DER VERFILZUNG UND DEM REGIEREN VON PARTEITAGEN. SENAT UND BÜRGERSCHAFT MÜSSEN WIEDER FREI ENTSCHEIDEN, DIE BÜRGER STÄRKER AN WICHTIGEN POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN BETEILIGT WERDEN. DAFÖR BRAUCHT HAMBURG DIE POLITISCHE ERNEUERUNG IM LIBERALEN GEIST UNSERER STADT. WIR WOLLEN SIE VERWIRKLICHEN.

Unsere freiheitliche Demokratie und unser Gemeinwesen leben vom Vertrauen der Bürger, die Anspruch haben auf Rechtssicherheit und den Schutz ihrer persönlichen Freiheit - und auf einen gerechten Staat, der ihnen dient und dessen Handeln sie bestimmen können. Dieses Vertrauen ist in den letzten Jahren in Hamburg zunehmend erschüttert worden: Der Hamburger Staat wird immer stärker zur Pfründe einer Partei, für die das Parteibuch in der Verwaltung in vielen Fällen mehr zählt als die Leistung. Parteitage der Regierungspartei entscheiden darüber, wie der Senat und die Mehrheit in der Bürgerschaft sich zu verhalten haben. Die demokratisch gewählten Vertreter der Bürger werden an die Kette von Funktionären gelegt, anstatt ihrem Auftrag gerecht zu werden, Anwälte der Bürger und des Wohles unserer Stadt zu sein. Dies widerspricht nicht nur dem Sinn unserer Verfassung, sondern führt zu einer neuen Form des Obrigkeitsstaates: zunehmende Machtlosigkeit des Bürgers, willkürliche Machtausübung in den Händen weniger. Hinzu kommt: Der Staatsapparat handelt zunehmend über die Köpfe der Bürger hinweg zugunsten ideologischer Ziele. Beispiele dafür sind der sogenannte Schulentwicklungsplan, der gegen den Willen der Eltern Schulen schließt, oder der Zwang, Eigenheim-Grundstücke im Erbbaurecht, anstatt - wie gewünscht - als Eigentum zu erwerben.

Auch wird es durch nicht nachvollziehbares Verwaltungshandeln oder komplizierte Verordnungen für die Bürger ständig schwerer, Entscheidungen des Staates zu verstehen. Das Eigenleben des Staates nimmt zu - und in ihm die Macht von Parteifunktionären und der Bürokratie. Entscheidend für das Vertrauen der Bürger in unseren Staat ist aber auch, wie schnell und wirksam sie ihr Recht bekommen und Recht gesprochen wird. Verfahren vor den Hamburger Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten dauern häufig jahrelang. Die Ausfertigung von Urteilen zieht sich über Wochen hin. Verurteilungen von Straffälligen erfolgen oft, wenn die Tat schon über ein Jahr zurückliegt. Anträge bei Behörden werden zu langsam bearbeitet. Dies alles schafft Mißtrauen und Entfremdung der Bürger gegenüber dem Staat - das Gegenteil von dem, was Hamburg von seiner Geschichte her ist und in Zukunft wieder sein sollte: Eine liberale Republik von Bürgern, eine Stadt, in der die Freiheit und die Mitwirkung des einzelnen am Gemeinwesen Richtschnur politischen Handelns sind.

DAS WILL DIE CDU

Nach innen wie nach außen, in der Sicherung der Freiheit des einzelnen wie im Schutz unseres demokratischen Gemeinwesens, muß der Staat dem Bürger dienen. Das ist nach allen leidvollen Erfahrungen der Geschichte seine wichtigste Aufgabe. Das ist die liberale politische Tradition unserer Stadt, die wir für die Zukunft bewahren wollen.

Staatliches Handeln ist für uns Handeln im Auftrage der Bürger, gebunden an Verfassung und Gesetze, verpflichtet dem Wohl aller, gleich welcher Weltanschauung und sozialer Stellung. Parteiinteressen trennen wir strikt von Staatsinteressen. Der Staat gehört uns allen, nicht den Parteien oder mächtigen Organisationen. Deshalb machen wir Schluß mit dem Mitregieren von Parteitagern und bekennen uns zur freien unabhängigen Entscheidung der Abgeordneten. Deshalb wollen wir, daß allein dort Entscheidungen über das Handeln des Staates getroffen werden, wo unsere Verfassung es will: durch die Bürger, die von ihnen gewählten Abgeordneten in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen, den Senat und die Rechtsprechung.

Dabei werden wir die Bürger stärker als bisher an der Lösung wichtiger Probleme beteiligen und ihnen zwischen den Wahlen das Recht geben, über staatliches Handeln mitzuentcheiden. Die Bürger haben für uns Anspruch auf eine leistungsfähige und unparteiische Verwaltung. Deshalb werden wir die Parteibuchwirtschaft im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Unternehmen unserer Stadt konsequent beseitigen. Nur Leistung, Erfahrung und fachliche Qualifikation dürfen über die Besetzung von Stellen entscheiden, nicht die Verdienste um eine Partei und das Streben nach mehr Parteieinfluß im Staatsapparat. Dies gilt auch für unsere Partei.

Gesetze und Verordnungen wollen wir den Bürgern verständlicher machen, die staatliche Verwaltung auf die Belange der Bürger ausrichten. Der Rechtsfrieden und die Rechtssicherheit gebieten es, Gerichtsverfahren zu beschleunigen und dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Unser Ziel ist der freiheitliche, soziale Rechtsstaat: der Freiheit und dem Recht des einzelnen verpflichtet, gebunden an den Willen der Bürger, verantwortlich für die sozial Schwachen, wachsam gegenüber den Gefahren für unsere Demokratie. Wir wollen keinen mächtigen Staat, sondern einen Staat, dessen Stärke das Vertrauen seiner Bürger ist.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. ERFÜLLUNG DES VERFASSUNGSaufTRAGES AUF ALLEN POLITISCHEN EBENEN

Unverzichtbarer Bestandteil der liberalen Erneuerung unserer Stadt ist die Rückkehr zu politischen Entscheidungsverfahren, die unserer Hamburger Verfassung gerecht werden. Deshalb beenden wir die Abhängigkeit der Abgeordneten und Senatoren von Parteitagsbeschlüssen. Unsere Parteigremien werden strikt die verfassungsmäßige Pflicht der gewählten Volksvertreter respektieren, frei nach bestem Wissen und Gewissen sowie in Verantwortung vor den Wählern ihre Entscheidungen zu treffen. Ebenso werden wir es nicht dulden, daß politischer Druck auf Verfassungsgremien wie den Richterwahlausschuß oder den Beamtenernennungsausschuß ausgeübt wird.

2. SCHLUSS MIT DER PARTEIBUCHWIRTSCHAFT

Wir machen Schluß mit der Parteibuchwirtschaft in der Hamburger Verwaltung, die zunehmend die Leistungsfähigkeit und die Oberparteilichkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet. Jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter, der unserem Staat dienen will, soll eine faire Chance erhalten, befördert zu werden und eine Führungsposition zu erhalten. Nur Leistung, Erfahrung und fachliche sowie menschliche Qualifikation sollen entscheiden, nicht der verlängerte Arm einer Partei. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, den roten Genossenfilz nicht durch einen anderen Filz zu ersetzen. Wir erwarten allerdings, daß Entscheidungen eines neuen Senats auch von denen im Staatsdienst respektiert werden, die andere politische Auffassungen als wir vertreten.

3. ERHÖHUNG DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Die von Unkenntnis und Emotionen bestimmte Stimmungsmache gegen die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst machen wir nicht mit. Zwar beklagen viele Bürger mit Recht, daß die staatliche Verwaltung oft nicht leistungsfähig genug ist und zu umständlich arbeitet. Aber dies ist nicht die Schuld der Staatsbediensteten, sondern die Folge von politischen Fehlern der Vergangenheit. Zu komplizierte Entscheidungsverfahren und immer mehr Verordnungen machen es der Verwaltung schwer, den Wünschen der Bürger immer gerecht zu werden. Wir wollen deshalb durch Entbürokratisierung, vereinfachte Verwaltungsabläufe und klare Kompetenzen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zugunsten des Bürgers erhöhen. Außerdem werden wir so weit wie möglich die Verantwortungsbereiche im mittleren Dienst vergrößern. Das, was früher ein Inspektor bearbeitet hat, muß heute nicht immer von einem Oberregierungsrat entschieden werden. Insgesamt streben wir unter Wahrung des Berufsbeamtentums und Ablehnung eines Streikrechts für Beamte eine Reform des öffentlichen Dienstes an.

Unsere Ziele: höhere Flexibilität im Einsatz der Verwaltungsmitarbeiter, Einführung moderner Managementmethoden, beweglichere Besetzung von Führungspositionen sowie Aufgabenkritik mit der Folge des Aufgabenabbaus.

Außerdem werden wir uns für die ständige berufliche Fortbildung der Staatsbediensteten einsetzen, vor allem im technischen Verwaltungsbereich. Eine verstärkte Delegation der Verantwortung und einen kooperativen Führungsstil halten wir in der Verwaltung für notwendig, um die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes weiter zu erhöhen. Leistungsgerechte Besoldungen und Gehälter für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind für uns selbstverständlich. Um dies finanzieren zu können, werden wir die nicht mehr bezahlbare Aufblähung der Verwaltung verhindern.

4. MEHR RECHTE DES BÜRGERS GEGENÜBER DEM STAAT

Der Bürger, der sich an den Staat wendet, hat Anspruch darauf, nicht von oben herab oder als lästiger Bittsteller behandelt zu werden. Deshalb ist er umfassend über seine Rechte zu informieren und müssen die Bearbeitungsfristen verkürzt werden. Behördenbescheide müssen so formuliert werden, daß der Bürger sie verstehen kann - ebenso Gesetze und Verordnungen. Da der Staat kein "Geheimbund" gegen den Bürger ist, muß das Einsichtsrecht der Bürger in Akten verbessert werden.

5. STÄRKUNG DER BÜRGERNAHEN BEZIRKSEBENE

Die Abgrenzung der Aufgaben der Bezirke von den Aufgaben der Bürgerschaft und der Senatsbehörden ist unbefriedigend. Vielfach überschneiden sich die Kompetenzen, was zur Verzögerung von für die Bürger wichtigen Entscheidungen führt. Hinzu kommt: Die Abgeordneten der Bezirksversammlungen sind wichtige Vermittler zwischen den Interessen der Behörden und den betroffenen Bürgern. Sie wissen besser als andere, wo die Bürger im Alltag der Schuh drückt. Im Interesse dieser Bürgernähe wollen wir den Bezirksversammlungen und -verwaltungen größere Entscheidungsbefugnisse als bisher einräumen. Dazu gehört die abschließende Feststellung von Bebauungsplänen, soweit sie nicht von übergeordneten Planungen abweichen und nur einen Bezirk berühren. Und dazu zählen wir auch die Erhöhung der finanziellen Mittel, die den Bezirken zur Verfügung stehen. Eine größere Aufgabenzuweisung an die Bezirksämter darf jedoch nicht zu einer Erhöhung der Gesamtzahl der in der Hamburger Verwaltung tätigen Mitarbeiter führen.

6. EINFÜHRUNG VON VOLKSBEFRAGUNG UND VOLKSENTSCHIED

Die wachsende Entfremdung zwischen Bürger und Staat nehmen wir ernst. Der durch Machtmißbrauch und Parteiegoismus sich verstärkenden Meinung, daß "die da oben ja doch machen, was sie wollen", werden wir durch unsere Politik entgegenwirken. Wir wollen die Hamburger Bürger stärker als bisher an wichtigen politischen Entscheidungen beteiligen und damit die Gefahr abbauen, daß sich die Senatspolitik vom Auftrag der Bürger abkoppelt. Damit die turnusmäßigen Wahlen zur Bürgerschaft nicht die einzige Chance der Bürger bleiben, die Politik unmittelbar zu beeinflussen, fordern wir die Einführung von Volksbefragungen und Volksentscheiden in die Verfassung. Durch die Volksbefragung erhalten die Bürger die direkte Möglichkeit, ihre Meinungen zu politisch wichtigen Themen zu äußern.

Durch Volksentscheide muß den Bürgern die Macht eingeräumt werden, auch während einer laufenden Legislaturperiode die Auflösung der Bürgerschaft und die Ausschreibung von Neuwahlen herbeizuführen.

7. ZUKUNFTSSICHERUNG FÜR DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATIE

Die Freiheit, in der wir leben, ist neben dem Frieden das kostbarste und zugleich gefährdetste politische Gut, das wir besitzen. Die Vernichtung der Demokratie durch Nationalsozialisten und Kommunisten hat Millionen Menschen Tod und politische Verfolgung gebracht. Wir bekennen uns deshalb zu einem wehrhaften demokratischen Staat, der den Gegnern unserer Freiheit nach innen und außen wachsam entgegentritt. Daß es Gegner gibt, wird kein Demokrat in unserer Stadt bestreiten können. Wie ihnen zu begegnen ist, darüber muß es wieder sachliche Diskussionen und mehr Gemeinsamkeit geben. Für uns steht fest, daß der Verfassungsschutz ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen ist, Gefahren für unsere Freiheit zu erkennen, die von Links- und Rechtsextremisten ausgehen. Die Tätigkeit der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz verdient deshalb die Unterstützung der politisch Verantwortlichen und den Schutz vor un gerechtfertigten Angriffen. Eine parlamentarische Kontrolle dieser Tätigkeit, die streng an rechtsstaatliche Grundsätze gebunden sein muß, halten wir für selbstverständlich.

Bei der Abwehr der Gefahren für unsere Freiheit werden wir uns mit den Mitteln des Rechtsstaates insbesondere dagegen wehren, daß Extremisten von links und rechts in den Staatsdienst eingestellt werden. Wer Staatsdiener werden will, muß unserem Staat auch dienen wollen. Er muß - wie die geltenden Gesetze es mit Recht vorschreiben - die Gewähr bieten, jederzeit aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Ihre Beachtung ist die unverzichtbare Garantie dafür, daß wir alle auch in Zukunft in Freiheit leben können. Wer erwiesenermaßen als Neonazi oder als Kommunist gegen unseren Staat kämpft, wird keinen Zugang zum Staatsdienst erhalten. Sogenannte Jugendsünden und politische Irrtümer werden wir allerdings niemandem vorhalten. Im übrigen: Wir halten es für zutiefst unehrlich, wenn Neonazis und Kommunisten vorgeben, für unseren freiheitlichen Staat arbeiten zu wollen, ihn aber zugleich bekämpfen.

8. EINDÄMMUNG DER GESETZES- UND VERORDNUNGSFLUT

Über die staatliche Verwaltung und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger darf sich nicht länger ein immer dichteres Netz von Gesetzen und Verordnungen legen. Das kompliziert und verteuert nicht nur staatliches Handeln und Leistungen der Wirtschaft, sondern schränkt auch die persönliche Freiheit und die soziale Verantwortung eines jeden von uns ein. Ganz abgesehen davon, daß der Bürger viele Gesetze und Verordnungen gar nicht mehr verstehen kann, weil sie mit Fachausdrücken überladen sind.

Wir werden deshalb die bestehenden Gesetze und Verordnungen durchforsten. Zielrichtung: Beseitigung unnötiger, veralteter Vorschriften, einfache Sprache, Erforderlichkeitsprüfung jeder Verordnung fünf Jahre nach ihrem Erlaß. Diese Überprüfung des geltenden Rechts entspricht unserem Bekenntnis zu einer dem Bürger verpflichteten Verwaltung. Es gilt, sichtbare Schneisen in das Bürokratiegestrüpp zu schlagen und dadurch auch Kosten zu senken.

9. BESCHLEUNIGUNG VON RICHTSVERFAHREN

Den Satz "Schnelles Recht ist gutes Recht für den Bürger" wollen wir zur Richtschnur unserer Justizpolitik machen. Daß Rechtsuchende oft jahrelang auf Entscheidungen der Gerichte warten müssen, ist ein unhaltbarer Zustand. Ohne die gebotene Sorgfalt in Ermittlung und Prozeßführung zu gefährden, werden wir die Arbeit unserer Gerichte und Staatsanwaltschaften beschleunigen. Dazu gehören u. a. die Einführung rationeller Bürotechniken und moderner Organisationsstrukturen. Im übrigen wollen wir, daß zukünftig - wie für alle anderen Gerichte - die Justizbehörde für die Arbeits- und Sozialgerichte zuständig ist.

Weiterhin wollen wir die Asylverfahren beschleunigen. Alles in allem: Unsere Gerichte werden von uns so unterstützt werden, daß sie ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe als "Dritte Gewalt" besser als bisher gerecht werden können.

10. SCHUTZ VOR DEM MISSBRAUCH PERSÖNLICHER DATEN

Moderne Technik, steigende Informationsbedürfnisse in Staat und Wirtschaft sowie der Zwang zur Rationalisierung führen zur verstärkten Speicherung und zum Austausch von Daten, die in die Privatsphäre der Bürger hineinreichen. Damit wächst zugleich die Möglichkeit des Mißbrauchs von persönlichen Daten und die Gefahr der Machtlosigkeit des einzelnen, die unberechtigte Weitergabe persönlicher Daten zu verhindern. Wir nehmen - um der Rechte der Bürger in einem liberalen Staat willen - diese Risiken ernst. Deshalb haben wir uns auch mit Erfolg dafür eingesetzt, daß in Hamburg ein Landesdatenschutzgesetz verabschiedet worden ist. Insgesamt halten wir eine ständige Anpassung der Datenschutzvorschriften an die fortschreitende technische Entwicklung für notwendig.

11. BREITERES INFORMATIONSANGEBOT FÜR DEN BÜRGER

Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit in unserem Land verlangen auch ein breites Angebot verschiedener Informationsmöglichkeiten. Im Bereich der elektronischen Medien - Rundfunk und Fernsehen - gibt es neue technische Möglichkeiten, die eine größere Vielfalt der Veranstalter erlauben.

Wir wollen hier zusätzliche Lizenzen vergeben, dabei aber darauf achten, daß entsprechende Kontrolle durch Gremien mit Beteiligung der wichtigen gesellschaftlichen Kräfte stattfindet - nach den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätzen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. STRIKTE TRENnung ZWISCHEN PARTEI- UND STAATSINTERESSEN
2. SCHLUSS MIT DER PARTEIBUCHWIRTSCHAFT IN DER VERWALTUNG
3. ABBAU DER "WASSERKÖPFE" IN DEN BEHÖRDENSPITZEN
4. VORBEREITENDE SCHRITTE ZUR EINFÜHRUNG VON VOLKSBEFRAGUNG UND VOLKSENTSCHEID
5. BÜRGERNAHE REFORM DES BEZIRKSVERWALTUNGSGESETZES
6. SCHNELLERE RECHTSGEWÄHRUNG FÜR DEN BÜRGER

FINANZPOLITIK FÜR HAMBURG:

STOPP FÜR DIE SCHULDENLAWINE IN HAMBURG UND BONN - DAS LEBEN IN UNSERER
STADT WIEDER ERSCHWINGLICH MACHEN

WENN DAS LEBEN IN HAMBURG SO TEUER IST, DANN HAT DIE RIESIGE VERSCHULDUNG DES HAMBURGER STAATES DARAN ENTSCHEIDENDEN ANTEIL. STEUERN, ABGABEN UND GEBÜHREN SIND PREISE FÜR DIE LEISTUNGEN DES STAATES - UND VOR ALLEM FÜR DAS ABZAHLEN DER MILLIARDEN-SCHULDEN, DIE IN HAMBURG UND BONN GEMACHT WORDEN SIND, WEIL DER STAAT ÜBER SEINE VERHÄLTNISSSE LEBT. DAS ALLES SCHLÄGT DURCH AUF DIE KOSTEN DER BETRIEBE, AUF UNSERE LEBENSHALTUNGSKOSTEN UND AUF DAS, WAS DEN BÜRGERN VOM LOHN NOCH OBRIGBLEIBT. WIR MEINEN: DER STAAT MUSS ENDLICH WIEDER DAS SPAREN LERNEN- UND ER DARF NICHT LÄNGER AUF KOSTEN DER JUNGEN GENERATION LEBEN, DIE FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DER GROSSEN ZUKUNFTSAUFGABEN FINANZIELLE RESERVEN BRAUCHT.

Jeder von uns merkt es täglich: Das Leben in Hamburg wird immer teurer. Schon heute ist Hamburg, wenn man die Wohnungskosten dazunimmt, die teuerste Stadt - zu teuer für den Normalbürger. Weshalb? Sicherlich: Das Leben in einer Weltstadt wie Hamburg hat seinen Preis. Ein Staat, der für den Bürger ein breites Angebot an Leistungen vorhält, kostet einiges. Aber weshalb muß bei stark sinkender Einwohnerzahl ständig der Staatsapparat aufgebläht werden? Seit 1970 ist die Einwohnerzahl Hamburgs um mehr als 10 Prozent gesunken, gleichzeitig aber die Zahl der Staatsdiener um über 10 Prozent gestiegen - auf jetzt etwa 110.000 Beschäftigte. Etwa jeder vierte Arbeitnehmer unserer Stadt ist bereits beim Staat oder staatlichen Unternehmen beschäftigt. Dies muß schließlich irgendwie bezahlt werden. Durch rasant zunehmende Verschuldung. Durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben.

Weshalb müssen eigentlich die Gebühren für alles und jedes, was der Staat macht, ständig übermäßig und ungerechtfertigt in die Höhe getrieben werden? Zahlen wir nicht schon genug Steuern? Die Ursache dafür ist, daß der Hamburger Staat über seine Verhältnisse lebt und ständig neue Schulden macht. 1974 hatten wir schon 3 Milliarden Schulden, acht Jahre später, heute, sind es bereits mehr als 12 Milliarden, für die wir allein in diesem Jahr weit mehr als eine Milliarde an Zinsen und Tilgung bezahlen müssen. Das kostet höhere Steuern und

Gebühren, das zwingt den Staat, immer stärker in die Tasche der Bürger zu greifen. Und das Schlimme ist: Verschwendungsprojekte wie den Umbau des Rathausmarktes, für den wir täglich allein 12.000,-- DM an Zinsen aufbringen müssen, und die Persien-Spekulation des Senats werden auf diese Weise finanziert.

DAS WILL DIE CDU

Eine entscheidende Voraussetzung für die vollständige Verwirklichung unserer politischen Vorstellungen ist die Sanierung der Staatsfinanzen, die nur schrittweise erfolgen kann, weil die Fehler der Vergangenheit zu schwer auf den Staatsfinanzen lasten. Wir werden energisch an diese vordringliche Aufgabe herangehen.

Unter einer von der CDU geführten Regierung wird der Hamburger Staat wieder das Sparen und den sorgfältigen Umgang mit dem Geld lernen. Ziel einer soliden Finanzpolitik unserer Stadt muß es sein, die laufenden Ausgaben des Staates mit seinen laufenden Einnahmen wieder zur Deckung zu bringen. Wir können uns nicht jedes Jahr riesige Haushaltslöcher von mehreren hundert Millionen Mark leisten, die Staatsverschuldung um eine Milliarde Mark erhöhen und für den riesigen Schuldenberg auf Jahrzehnte hinaus Tag für Tag mehrere Millionen Mark an Zinsen und Tilgung aufbringen. Wenn der Hamburger Staat sich zuviel vorgenommen hat, muß er den Rotstift ansetzen und darf nicht ständig neue Schulden machen, die wegen ihres großen Umfangs den Kapitalmarkt für Betriebe und Bürger belasten. Wir werden deshalb sofort jede Ausgabe daraufhin überprüfen, ob sie wirklich notwendig ist und ob sie den Bürgern nützt. Der Hamburger Staat hat die Steuern der Bürger für Ausgaben so einzusetzen, daß er sagen kann: Diese Ausgabe muß sein - im Interesse der Lebensfähigkeit unserer Stadt und der notwendigen Leistungen für den Bürger. Ein großer Teil der Einnahmen des Staates wird allerdings zur Bezahlung der Schulden verwendet werden müssen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Auch können und werden wir niemanden aus Gründen der Sparsamkeit entlassen, der beim Hamburger Staat beschäftigt ist. Aber wir werden folgendes tun:
Erstens: Keine zusätzlichen Stellen in der Verwaltung schaffen. Wo ein erhöhter Personalbedarf besteht, ist dieser durch die Verlagerung von Stellen aus weniger belasteten Bereichen abzudecken.

Zweitens: Stellen, die durch das Ausscheiden von Staatsbediensteten frei werden, werden nicht automatisch wieder besetzt.
Drittens: Die Verschuldung deutlich begrenzen. Was über Kredite finanziert werden muß, kann nur auf eingegangenen Verpflichtungen beruhen oder für Investitionen ausgegeben werden.
Viertens: Begrenzung des Anstiegs der staatlichen Gebühren. Der Bürger soll nicht zweimal bezahlen, was er bereits durch die Steuerzahlung vom Staat beanspruchen kann.
Fünftens: Aufgaben, die bisher vom Staat wahrgenommen worden sind wie z.B. die Reinigung der öffentlichen Gebäude, werden an private Betriebe vergeben, wenn die gleiche Leistung kostengünstiger angeboten wird.

Richtschnur aller unserer Maßnahmen in der Finanzpolitik wird es sein, den Handlungsspielraum für die lebenswichtigen Aufgaben unserer Stadt wiederzugewinnen. Wir stehen vor großen, für unsere Stadt lebenswichtigen Aufgaben, die auch im Interesse der jungen Generation bewältigt werden müssen: Dem Ausbau des Hafens, der Sanierung der bedrohten natürlichen Umwelt, die allein bei der Elbe Milliarden kosten wird, der Versorgung Hamburgs mit ausreichender und kostengünstiger Energie, dem Ausbau der Infrastruktur, damit wir auch in den nächsten Jahren Zehntausende von Arbeitsplätzen im harten internationalen Wettbewerb erhalten und schaffen sowie der sozialen Verpflichtung gegenüber in Not geratenen Mitbürgern nachkommen können. Und: Hamburg darf nicht länger die teuerste deutsche Stadt sein, nur weil der Hamburger Staat in maßloser Weise die Bürger zur Kasse bittet. Deshalb müssen seine finanziellen Ansprüche gegenüber den Bürgern auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden.

Außerdem: Die Finanzkraft unserer Stadt sinkt mit dem ständigen Verlust von Einwohnern. Pro abwandernden Bürger entsteht jährlich ein Steuerverlust von etwa 3.000 DM. Diesen Verlust von mehreren hundert Millionen Mark in den letzten Jahren können wir nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die Abwanderungswelle vor allem durch eine andere Wohnungsbaupolitik eindämmen - auch im Interesse der Metropolfunktion unserer Stadt.

1. ABBAU DER TEUREN BÜROKRATISIERUNG IN DER VERWALTUNG

Die zunehmende Bürokratisierung der Hamburger Verwaltung kostet den Staat Unsummen, ohne daß dadurch für den Bürger mehr Leistungen erbracht werden. Viele Verwaltungsabläufe vollziehen sich in einem Gewirr von Zuständigkeiten einzelner Dienststellen. Behördliche Vorgänge und Anträge müssen auf zu vielen Ebenen abgestimmt werden, bis sie entschieden werden. Beamte der unteren und mittleren Ebene, die es nicht gewohnt sind, allein eine Sache zu entscheiden, müssen selbst in kleineren Angelegenheiten erst einmal "oben" anfragen, um sich rückzuversichern. Kaum jemand ist allein zuständig, alle entscheiden mit. Daß diese Bürokratisierung der Verwaltung Arbeitskapazitäten verschwendet und damit die Personalausgaben des Staates in die Höhe treibt, liegt auf der Hand. Wir wollen sie deshalb schrittweise wieder abbauen. Durch eine Verlagerung der Verantwortung für Entscheidungen von der Spitze in die mittlere und untere Ebene. Durch die klare Zuweisung von Kompetenzen, um Überschneidungen zu vermeiden. Dies ist nicht zuletzt die notwendige Konsequenz aus dem Stolzenberg-Skandal, der jahrelang unaufgedeckt blieb, weil zu viele Dienststellen und Beamte für diese Giftstoff-Firma zuständig waren, aber niemand sich zum Handeln verpflichtet fühlte. Außerdem werden wir Gesetze und Verordnungen vereinfachen und ihre Zahl reduzieren. Wenn öffentlich Bedienstete sich erst durch eine unübersehbare Zahl von Verordnungen durchwühlen müssen, um eine Entscheidung zu treffen, dann verursacht dies eben höhere Personalkosten, die zum großen Teil vermeidbar sind.

2. VERRINGERUNG DER STAATLICHEN PERSONALKOSTEN

In den letzten Jahren sind Tausende von neuen Stellen beim Hamburger Staat geschaffen worden. Und das, obwohl die Einwohnerzahl Hamburgs um mehrere Zehntausend gesunken ist. Die Folge: Der Hamburger Staat muß einen ständig höheren Teil seiner Ausgaben für Personalkosten aufwenden. Fast die Hälfte der laufenden Einnahmen im Hamburger Haushalt, über fünf Milliarden Mark jährlich, müssen bereits für die Bezahlung der Mitarbeiter der Verwaltung ausgegeben werden. Zu Lasten dringender notwendiger Zukunftsinvestitionen, z.B. des Baus von Verkehrswegen und wirksamerer Umweltschutzmaßnahmen. Wer nicht will, daß der Hamburger Staat sich weiter in einem unverantwortlichen Maß verschuldet und schließlich finanziell manövrierunfähig wird, muß deshalb an die Begrenzung der staatlichen Personalkosten heran und überflüssige Stellen abbauen. Dabei wollen wir niemanden entlassen, sondern einen

Teil der ständig frei werdenden Stellen nicht wieder besetzen oder in Bereiche verlagern, wo sie wirklich gebraucht werden. Überflüssig sind z.B. die sogenannten Wasserköpfe in den Behördenspitzen und ein großer Teil der Stellen, die nur die Verwaltung verwalten. Die Senatoren brauchen keine aufwendigen Stäbe von persönlichen Referenten, Pressereferenten und Planern. Verbunden mit einer größeren technischen Rationalisierung und der Einführung kostensparender moderner Managementmethoden, halten wir einen schrittweisen Abbau der Zahl der Stellen für möglich. Entlassungen lehnen wir ab: Die frei werdenden Mittel sollen auch für die zusätzliche Förderung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Selbstverständlich werden wir, wenn notwendig, auch die Zahl der Stellen in einzelnen Bereichen des Staates erhöhen, in denen staatliche Leistungen zwingend im Interesse des Bürgers verbessert werden müssen. Aber diese Stellen müssen durch Einsparungen in anderen Bereichen erwirtschaftet werden.

3. ERSTE SCHRITTE ZUR ENTSTAATLICHUNG

Mit der bisherigen Tendenz in Hamburg, den Staat alles und jedes und immer mehr in eigener Regie machen zu lassen, werden wir Schluß machen. Es dient der Sanierung der staatlichen Finanzen, wenn wir den Staat von Dienstleistungen entlasten, die auch über den Markt erbracht und verteilt werden können. Wir sehen nicht ein, daß z.B. Behördengebäude von Staatsbediensteten gereinigt werden müssen, wenn durch eine vollständige Übertragung dieser Arbeiten auf seriöse, ihren sozialen Verpflichtungen nachkommende Privatunternehmen jährlich etwa 40 Millionen Mark eingespart werden könnten. Für uns bleibt auch unverständlich, weshalb der Hamburger Staat eigene Druckereien und Wäschereien unterhalten muß, wenn die freie Wirtschaft diese Aufgaben ebensogut und in der Regel preiswerter erledigen kann. Hier setzt unser Programm der Entstaatlichung an, das die Staatsausgaben senkt und den Staat auf die Aufgaben beschränkt, die niemand anders erfüllen kann.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich werden wir der Arbeit der freien Träger und freien sozialen Organisationen den Vorrang vor der Staatstätigkeit einräumen. Im Wirtschaftsbereich werden wir einen Teil der bestehenden Unternehmen des Hamburger Staates in Privathand überführen. So wollen wir z.B. den Anteil des Hamburger Staates an den HEW und der Landesbank senken, indem ein Teil der Geschäftsanteile verkauft wird. Dies ist möglich, ohne daß der Staat einen entscheidenden Einfluß auf die Geschäftspolitik dieser Unternehmen verliert. Und: Die Tarifhoheit liegt ohnehin bei Senat und Bürgerschaft. Und der Staat könnte dadurch mehrere hundert Millionen Mark für

ingend notwendige Investitionen bereitstellen. Im Übrigen: Die Persien-Pleite des Staatsunternehmens HStG hat gezeigt, wohin es führt, wenn der Staat meint, er könne immer stärker Unternehmer spielen: Zum Verlust von vielen Millionen Mark. Grundsätzlich streben wir auch Entstaatlichungsmaßnahmen an für den Hamburger Schlachthof, die gewerbliche Müllabfuhr, Teilleistungen der HHLA oder auch für das staatliche Busunternehmen Jasper-Reisen sowie für eine Reihe von anderen Wirtschaftsaktivitäten.

4. SCHLUSS MIT DER ÖFFENTLICHEN VERSCHWENDUNG

Die Verschwendung von Steuergeldern wie bei der gescheiterten Sanierung des in Konkurs geratenen Unternehmens "Blohm" sowie der Persien-Pleite und beim Umbau des Rathausmarktes, der die Steuerzahler viele Millionen Mark kosten wird, wird unter unserer politischen Führung der Vergangenheit angehören. Wir können uns nicht mehr alles und jedes leisten, auch wenn es noch so schön ist. Schon gar nicht auf Pump, für den nachfolgende Generationen aufkommen müssen. Jedes Projekt, das der Hamburger Staat anpackt, wird von uns eingehend daraufhin geprüft werden, ob es für den Bürger wirklich notwendig ist. Repräsentationsausgaben, die nur der Selbstdarstellung weniger Politiker dienen, zu großzügige Pensionsregelungen für politische Beamte, zu aufwendige öffentliche Bauten - überall dort, wo Ausgaben gegenüber dem Steuerzahler nicht vertretbar sind, werden wir den Rotstift ansetzen. Ideologische Projekte wie der Ausbau vieler Gesamtschulen (geplante Kosten: über 100 Millionen DM) bei gleichzeitiger Schließung von anderen Schulen haben bei uns keine Chance. Der Staat muß die Steuern der Bürger als Treuhänder verwalten - und er muß Reserven schaffen für Investitionen, die die Zukunft unserer Stadt sichern. Dazu ist es notwendig, den rasanten Anstieg der Sachausgaben in der Verwaltung wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

5. BEGRENZUNG DES ABGABEN- UND GEBÜHRENANSTIEGS

Der Staat kann nicht alles über die Steuern finanzieren. Er muß selbstverständlich das Recht haben, für Sonderleistungen Gebühren zu erheben. Aber hier darf es nicht zu so rasanten Erhöhungen wie in der Vergangenheit kommen - nur weil der Senat wegen seiner Verschuldungspolitik im Zugriff auf das Portemonnaie der Bürger eine Chance sieht, finanziell über die Runden zu kommen. Außerdem kostet das Einnehmen einiger Gebühren mehr als sie dem Staat einbringen. Wir werden das gesamte Abgaben- und Gebührenwesen

eingehend daraufhin überprüfen, ob jede Abgabe und Gebühr erstens wirklich für eine Sonderleistung des Staates erhoben wird, zweitens diese über die Kostendeckung hinausgeht, und drittens, ob diese Sonderleistung auch von den Betroffenen gewollt wird. Auf längere Sicht werden wir mit unserer Politik der Entschuldung und des Sparens beim Staat Abgaben und Gebühren so gestalten können, daß sie zu einem erheblichen Teil aus den Steuereinnahmen finanziert werden können. Gebühren müssen kostendeckend sein, sie sollen aber darüber hinaus nicht haushaltsdeckend sein.

6. ERHÖHUNG DER STEUERKRAFT UNSERER STADT

Ein erheblicher Teil der finanziellen Misere, in der unsere Stadt steckt, ist mit der ständigen Abwanderung von Einwohnern verbunden, die durch die Zuwanderung von Bürgern nicht ausgeglichen wird. Die Folge: Die Einwohnerzahl Hamburgs sinkt ständig, seit 1970 um mehr als 150.000. Dies bedeutet erhebliche Verluste bei den Steuereinnahmen - pro Jahr und Einwohner etwa 3.000 DM. Und die Sozialstruktur der Bevölkerung verschlechtert sich ständig, weil junge einkommensstarke Familien mit Kindern abwandern, der Anteil der hilfsbedürftigen, von den Leistungen des Staates abhängigen Bürger aber laufend wächst. Deshalb wollen wir die Abwanderungswelle ins Hamburger Umland bremsen: durch günstige Grundstücke aus Staatsbesitz für den Wohnungsbau, insbesondere auch für den Bau von Einfamilienhäusern. Durch mehr Wohnungen für kinderreiche Familien und durch eine attraktive Gestaltung der Wohnumgebung. Hier Geld zu investieren, ist besser als ständige Einnahmeverluste bei den Steuern durch sinkende Einwohnerzahlen hinzunehmen. Die um 150.000 geringere Einwohnerzahl seit 1970 kostet den Hamburger Staat in diesem Jahr etwa 450 Millionen Mark Verlust bei den Steuereinnahmen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. ABBAU DER GESAMTZAHL DER STELLEN BEIM HAMBURGER STAAT DURCH TEILWEISE NICHTBESETZUNG FREI WERDENDER STELLEN. DIES SCHLIESST NEUE STELLEN, DIE ALLERDINGS IN ANDEREN BEHÖRDENBEREICHEN DURCH VERLAGERUNG GEWONNEN WERDEN MÜSSEN, NICHT AUS.
2. KEINE NEUEN PRESTIGEOBJEKTE WIE DEN RATHAUSMARKT, KEINE IDEOLOGISCH BEGRÜNDETEN AUSGABEN WIE DEN AUSBAU DER GESAMTSCHULEN, SPARSAMKEIT BEI DEN REPRÄSENTATIONSAUSGABEN.
3. ENTLASTUNG DES STAATES VON AUFGABEN, DIE ER NICHT IN EIGENER REGIE LEISTEN MUSS: Z.B. DIE REINIGUNG DER BEHÖRDENGEBÄUDE, DAS BETREIBEN VON EIGENEN WÄSCHEREIEN UND DRUCKEREIEN. DABEI WIRD NIEMAND ENTLASSEN.
4. DURCHFÜHRUNG ALLER GEBÜHREN UND ABGABEN NACH DEM GESICHTSPUNKT, OB SIE BERECHTIGTERWEISE VOM STAAT FÜR SONDERLEISTUNGEN ERHOBEN WERDEN, DIE NICHT DURCH STEUERZAHLUNGEN ABGEDECKT SIND.

WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR HAMBURG

NEUE UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE

DIE ARBEITNEHMER UND UNTERNEHMER HABEN IM SYSTEM DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UNSEREN WIEDERAUFSTIEG NACH DEM KRIEG ERMÖGLICHT. DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT HAT SICH ÜBERALL IN DER WELT ALS DEM SYSTEM STAATLICHER LENKUNG ÜBERLEGEN ERWIESEN. DENNOCH HABEN SICH DIE REGIERUNGEN IN BONN UND HAMBURG IN VIELEN BEREICHEN VON DEN GRUNDSÄTZEN DIESER ERFOLGREICHEN WIRTSCHAFTSORDNUNG ENTFERMT. DIE KONSEQUENZEN SPUREN WIR AM ARBEITSMARKT. DESHALB WERDEN WIR ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ZURÜCKKEHREN UND MIT IHR NEUE UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN - FÜR UNS UND FÜR DIE KOMMENE GENERATION. WIR WOLLEN FÜR HAMBURG EINE MODERNE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR, EIN POLITISCHES KLIMA, IN DEM ES WIEDER LOHNEND ERSCHEINT, FÜR ARBEITSPLÄTZE ZU INVESTIEREN, WENIGER BÜROKRATISCHE GÄNGELUNG DES WIRTSCHAFTSLEBENS UND ENERGIEPREISE, DIE UNS KONKURRENZFÄHIG HALTEN.

NUR SO KOMMT HAMBURG WIEDER AN DIE SPITZE.

Eine für unsere Stadt ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit und der Verlust von fast 100.000 Arbeitsplätzen seit 1970 sind Alarmzeichen. Die Ursachen liegen nur zum Teil in den Schwierigkeiten unserer deutschen Wirtschaft, die mit den Fehlern der Bonner Politik schwer belastet wird. Andere Bundesländer haben gezeigt, daß man mit diesen Fehlern besser fertig wird als der Senat. Deshalb kommt es bei der Sicherung unserer Arbeitsplätze ganz entscheidend darauf an, was in unserer Stadt dafür getan wird.

DAS WILL DIE CDU

Die Arbeitslosigkeit mit ihren bedrückenden Folgen für die Betroffenen ist vorrangig zu bekämpfen. Hamburg muß deshalb nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern braucht auch neue und sichere Arbeitsplätze in zukunftsstarken Branchen. Dazu sind dringend Investitionen erforderlich - nicht nur des Staates, der seinen finanziellen Bewegungsspielraum ohnehin verloren hat, sondern vorrangig der Privatwirtschaft. Solche Investitionen lassen sich nicht durch Ankerbelungsprogramme herbeizaubern oder durch staatliche Planer befehlen. Sie setzen in erster Linie Vertrauen voraus. Hamburg muß deshalb wieder ein Platz werden, der den Betrieben und ihren Beschäftigten

die Zuversicht vermittelt, hier langfristig unter verlässlichen Rahmenbedingungen arbeiten zu können. Diese Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß risikobereite Unternehmer den Standort Hamburg anderen Alternativen vorziehen, ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Entscheidend dabei ist: Wirtschaftspolitik gehört in die Hände derjenigen, die etwas von der Wirtschaft verstehen - nicht in die Hände von Ideologen, die jegliches Wachstum unserer Wirtschaft grundsätzlich ablehnen. Denn wenn die Wirtschaft stagniert, fehlen die benötigten Arbeitsplätze und gerät das soziale Netz in Gefahr. Auch die zunehmenden Umweltprobleme lassen sich ohne ein solides Wirtschaftsfundament nicht lösen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt. In ihr werden Angebot und Nachfrage nicht staatlich verordnet, sondern weitgehend der freien Entscheidung der Bürger anvertraut. Ideenreichtum und Risikobereitschaft des einzelnen bekommen eine Chance. Das hält die Wirtschaft leistungsstark und anpassungsfähig und schafft den Wohlstand, der es dem Staat erlaubt, seiner sozialen Verantwortung gegenüber den weniger Leistungsfähigen und Benachteiligten gerecht zu werden. Statt durch immer mehr staatliche Lenkung die Soziale Marktwirtschaft schrittweise auszuhöhlen, wird die CDU ihre erprobten Grundsätze wieder voll zur Geltung bringen.

2. EINE ZUKUNFTSWEISENDE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Die Arbeitsplätze von morgen können wir nicht mit den Techniken und Produkten von gestern sichern. Die CDU wird deshalb einen Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik auf die Förderung zukunftsweisender Industriezweige legen: Elektronik, Meerestechnik und Kommunikationswirtschaft gehören dazu, aber auch die Energie- und Umwelttechnik. Ohne Belastung durch Ideologie und Vorurteile wollen wir die Möglichkeiten im Medienbereich, z.B. Kabelfernsehen und Bildschirmtext, zunehmend nutzen und damit Hamburgs Rolle als deutsche Medienstadt Nr. 1 festigen. Eine leistungsfähige, moderne Industrie schafft die Grundlage für den weiteren Ausbau des Dienstleistungssektors in Hamburg.

Wo Strukturveränderungen bestimmte Branchen oder Einzelbetriebe in Gefahr bringen, etwa im Bereich Schiffbau, gibt die CDU der Strukturanpassung - also der "Hilfe zur Selbsthilfe" - Vorrang vor etwaigen Erhaltungssubventionen.

3. MODERNER MITTELSTAND

Die Soziale Marktwirtschaft erweist sich besonders leistungsfähig im mittelständischen Bereich: Mehr als 90 % der Hamburger Betriebe gehören hierzu. Sie sichern für zwei Drittel aller Beschäftigten den Arbeitsplatz. Nur durch die außerordentliche Anstrengung der mittelständischen Unternehmer - insbesondere aus dem Handwerk - war es in den letzten Jahren in Hamburg möglich, für die stark anwachsende Zahl der jugendlichen Schulabgänger die benötigten zusätzlichen Lehrstellen bereitzustellen. Eine Vielzahl mittelständischer Betriebe ist Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb, der die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und eine Monopolbildung verhindert. Das kommt dem Verbraucher unmittelbar zugute.

Um so besorgniserregender ist, daß in Hamburg die Zahl mittelständischer Betriebe seit Jahren zurückgeht. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß sich wieder mehr Bürger selbständig machen können. So wird die Mittstands-förderung stärker auf die Starthilfe für Existenzgründungen ausgerichtet.

Vor allem aber müssen gerade die kleinen und mittleren Betriebe von bürokratischen Hemmnisse entlastet werden. Dies gilt insbesondere bei den Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben. Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß Betriebe nur deshalb aus Hamburg abwandern, weil sich in den zuständigen Ämtern niemand um ihre Anliegen gekümmert hat. Wir werden deshalb Ansiedlungsfragen nicht umständlich und langwierig durch verschiedene Behörden, sondern in Zukunft durch eine privatrechtlich organisierte "Wirtschafts- und Ansiedlungs-Förderungsgesellschaft" bearbeiten lassen. Diese Gesellschaft soll gerade mittelständische Unternehmer nicht wie lästige Bittsteller, sondern als willkommene Kunden behandeln, flexibel auf ihre Wünsche eingehen und damit Hamburgs Position im Wettbewerb mit den Nachbarländern stärken.

Wir werden in stärkerem Maße als bisher Gewerbeflächen für kleinere und mittlere Betriebe - mit entsprechendem Größenzuschnitt - erschließen und bei der Vergabe schnell und flexibel entscheiden. Dabei befürworten wir

ausdrücklich den Eigentumserwerb an Grund und Boden. Wir werden die Bebauungspläne nach Baulücken durchforsten, um ansässigen Betrieben Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen. In Sanierungsgebieten wird die CDU die besonderen Belange des ansässigen Gewerbes beachten.

Förderung des Handwerks

Das Handwerk gehört nach unserer Auffassung grundsätzlich in die Nähe seiner Kunden, also auch in Wohngebiete. Mit einem Programm für Handwerkerhäuser wollen wir erreichen, daß statt steriler Trennung von Wohnen und Arbeiten beide Lebensbereiche wieder sinnvoll miteinander verbunden werden. Wir werden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Hamburgs die mittelständischen Betriebe stärker als bisher berücksichtigen.

Funktionsfähiger Einzelhandel

Der mittelständische Einzelhandel erfüllt die wichtige Aufgabe einer verbrauchernahen Versorgung. Die CDU wird darauf achten, daß zwischen den verschiedenen Einzelhandelsformen ein funktionsfähiger, nicht ruinöser Wettbewerb stattfindet.

Fairer Wettbewerb für die Freien Berufe

Die freien Berufe leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dürfen sie nicht durch ausufernde Nebentätigkeiten staatlicher Bediensteter, z.B. von Architekten und Ingenieuren, unterlaufen werden. Die CDU wird deshalb Maßnahmen ergreifen, um einen derartigen unfairen Wettbewerb zu verhindern.

Leistungsfähige Landwirtschaft

Zu einer modernen Wirtschaftsstruktur gehören auch die landwirtschaftlichen Betriebe unserer Stadt. Die CDU wird deshalb die Gartenbaubetriebe und Landwirte in unseren grünen Außengebieten durch einen besseren Schutz der natürlichen Umwelt, Hilfen für die Energieeinsparung und sinnvollen Ausbau der Großmärkte konkurrenzfähig erhalten.

Verbesserung von Informationen und Beratung für mittelständische Unternehmen

Eine krasse Benachteiligung ergibt sich für den mittleren und kleinen Betrieb aus der Tatsache, daß Großbetriebe für einzelne betriebliche Führungsfunktionen gut ausgebildete Spezialisten einsetzen können, während der mittelständische Unternehmer im wesentlichen alle Funktionen in seiner

Person vereinigt. Deshalb sind Unternehmensberatung und Vermittlung von Informationen wichtige Beiträge zur Mittelstandsförderung.

Die CDU wird dieser in Hamburg stark vernachlässigten Aufgabe ein größeres Gewicht geben.

4. ABBAU DER STAATLICHEN BÜROKRATIE UND ENTSTAATLICHUNG

Immer mehr Verordnungen, höhere Steuern und kompliziertere Gesetze bedeuten für unsere Betriebe immer höhere Kosten. Wertvolle unternehmerische Energie geht in der täglichen Auseinandersetzung mit der Staatsbürokratie verloren. Dies gilt vor allem für kleine und mittlere Betriebe, die der Papierflut nicht mehr Herr werden.

Die CDU wird deshalb unnötige Gesetze und Verordnungen beseitigen. Sie wird die zahlreichen, bisher vom Staat wahrgenommenen unternehmerischen Aufgaben daraufhin überprüfen, ob sie nicht besser und preiswerter von privaten Betrieben erfüllt werden können. Das gilt insbesondere für staatliche Hilfsbetriebe wie Wäschereien, Druckereien usw. Aber auch bei größeren Staatsunternehmen werden wir die Vorteile einer Entstaatlichung bzw. einer Hinzuziehung privaten Kapitals nutzen. Dadurch gewinnen wir den finanziellen Spielraum, um sicherzustellen, daß die Steuerlast der Hamburger Betriebe nicht weiter ansteigt. Konkret heißt das: Keine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer, die Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Umland weiter verschlechtern würde.

5. ERHALTUNG DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT VON HAFEN UND SCHIFFFAHRT

Der Hamburger Hafen ist das Herzstück unserer Wirtschaft. Damit er in der internationalen Konkurrenz bestehen kann, müssen wir seine Leistungsfähigkeit ständig erhöhen. Dazu gehört eine angemessene langfristige Flächenvorsorge. Hafenbetrieben und anderen Unternehmen, die auf Hafennähe angewiesen sind, müssen geeignete Flächen angeboten werden. Dabei soll nach unseren Vorstellungen die intensivere Nutzung und Sanierung des alten Hafens Vorrang haben vor der Ausweitung in neue Hafengebiete, um so lange und soweit wie möglich die Umwelt zu schonen. Zur Konkurrenzfähigkeit des Hafens gehört für die CDU auch die ständige fachliche Weiterbildung seiner Arbeitnehmer und die Förderung moderner Umschlagverfahren sowie ein leistungsfördernder Wettbewerb unter den Hafenbetrieben ohne Bevorzugung der staatlichen HHLA. Im Wettbewerb der Häfen wird sich Hamburg nur dann behaupten können, wenn der Wettbewerb im Hafen funktioniert.

Hamburgs Ruf als schneller, leistungsfähiger Hafen darf nicht durch eine Zersplitterung behördlicher Zuständigkeiten, wie sie neuerdings zu beobachten ist, Schaden nehmen. Die CDU wird dafür sorgen, daß die erforderlichen hoheitlichen Aufgaben von einer zentralen Hafenverwaltung sachverständig und unbürokratisch wahrgenommen werden.

Hamburg als Zentrum der Seeschifffahrt muß besonderen Wert auf den Erhalt einer wettbewerbsfähigen deutschen Handelsflotte legen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß unfairen Wettbewerbspraktiken insbesondere der Staatshandelsländer entgegengetreten wird und daß die Bedingungen, auch steuerlich, geschaffen werden, die auch in Zukunft den rentablen Betrieb von Schiffen unter deutscher Flagge erlauben.

6. SICHERE UND PREISWERTE ENERGIE

Für unsere Hamburger Betriebe ist die ausreichende und kostengünstige Versorgung mit Energie, vor allem mit Strom, eine Existenzfrage. Im Wettbewerb der Standorte muß Hamburg zurückfallen, wenn unsere Strompreise übermäßig ansteigen. Dadurch gehen vorhandene Arbeitsplätze verloren, neue entstehen statt in Hamburg eher in Bundesländern mit günstigerem Energiepreisniveau. Deshalb wendet sich die CDU dagegen, den preisgünstigen Strom aus Brokdorf durch teuren, in Hamburg erzeugten Kohlestrom zu ersetzen. Eine solche, nur ideologisch zu begründende Energiepolitik belastet Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen. Soweit Kohle bei der Stromerzeugung in der Grundlast oder für die Fernwärme verfeuert werden muß, sollte der Zugriff auf preisgünstige Importkohle weiter erleichtert werden. Der Bonner Kohlepfennig, der unsere Hamburger Stromversorgung künstlich verteuert, muß nach Ansicht der CDU schrittweise abgebaut werden.

7. AUSBAU DER WIRTSCHAFTSNAHEN FORSCHUNG

Die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr Hamburg fallen in der Forschung zurück. Vor allem in vielen Bereichen, aus denen unsere Wirtschaft Erkenntnisse für neue Produkte und damit für die Sicherung der Arbeitsplätze ziehen kann. Die CDU wird deshalb einen Schwerpunkt der staatlichen Forschungsförderung in Hamburg, speziell in der neuen TU Harburg, auf Forschungszweige legen, die unseren Betrieben helfen. Unsere Arbeitnehmer und Betriebe, die die Hochschulen durch ihre Steuern finanzieren, haben ein Anrecht darauf, daß unsere Forschungseinrichtungen zur Sicherheit ihrer Arbeitsplätze beitragen. Z.B. durch eine Verstärkung der Forschung

in der Medientechnik, die für Hamburg als Zentrum von Presse und Werbung äußerst wichtig ist; aber auch durch Gründung der von uns vorgeschlagenen "Stiftung für angewandte Energieforschung".

8. BESSERE ZUSAMMENARBEIT IN NORDDEUTSCHLAND

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Hamburg ist nicht möglich, wenn wir uns nicht als engagierter und loyaler Partner der anderen Küstenländer verstehen. Viele gemeinsame Anliegen Norddeutschlands - in der Forschungspolitik, in Energie- und Verkehrs-, Umwelt- und Deichschutzfragen - sind nur gemeinsam in Bonn durchzusetzen. Hamburg muß deshalb den von großen Teilen der SPD gesteuerten Kurs des Konflikts mit den norddeutschen Nachbarn aufgeben. Nur so kann unsere Stadt ihre Metropolfunktion in Norddeutschland dauerhaft sichern. Die CDU wird wieder eng mit den Regierungen in Kiel und Hannover zusammenarbeiten, um die gemeinsamen Probleme besser lösen zu können.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. KURSWECHSEL IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK:
DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT WIRD WIEDER RICHTSCHRUR FÜR DAS HANDELN
DES STAATES GEGENÜBER DER WIRTSCHAFT.
2. SICHERSTELLUNG DER WEITEREN BETEILIGUNG AM KERNKRAFTWERK BROKDORF.
3. GRÜNDUNG DER PRIVATRECHTLICHEN "HAMBURGER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS-
UND ANSIEDLUNGSGESELLSCHAFT".
4. ENTLASTUNG DER WIRTSCHAFT VON ÜBERFLÜSSIGEN GESETZEN UND VERORDNUNGEN.
5. AUFBAU EINER "HAMBURGER STIFTUNG FÜR ANGEWANDTE ENERGIEFORSCHUNG".
6. VERBESSERUNG DES ANGEBOTS VON GEWERBEFLÄCHEN FÜR MITTELSTÄNDISCHE BETRIEBE.
7. VERBESSERUNG DER UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR MITTELSTÄNDISCHE BETRIEBE.
8. ZUSAMMENFASSUNG DER IM HAFEN WAHRZUNEHMENDEN HOHEITLICHEN AUFGABEN IN
EINER ZENTRALEN HAFENVERWALTUNG.

ENERGIEPOLITIK FÜR HAMBURG:

PREISWERTE, SICHERE ENERGIE FÜR HAUSHALTE UND BETRIEBE -
STOPP MIT DER ENERGIEVERSCHWENDUNG

DIE ENERGIEVERSORGUNG UNSERER STADT DARF NICHT LÄNGER DURCH POLITISCHE
HANDLUNGSUNFÄHIGKEIT GEFÄHRDET WERDEN. WIR BRAUCHEN KLARE, WEITSICHTIGE
ENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT. IM INTERESSE DER ARBEITSPLÄTZE, DIE MIT
EINER PREISWERTEN UND SICHEREN ENERGIEVERSORGUNG STEHEN UND FALLEN. IM
INTERESSE DER VERBRAUCHER, DIE IMMER MEHR GELD FÜR STROM UND HEIZUNG AUS-
GEBEN MÜSSEN. ABER AUCH, UM UNSERE ÜBLABHÄNGIGKEIT DRASTISCH ZU VERRINGERN -
UND DER ENERGIEVERSCHWENDUNG EINHALT ZU GEBIETEN.

In der Hamburger Energiepolitik bewegt sich seit einigen Jahren kaum etwas
von der Stelle. Das Hin und Her des Senats in der Frage, ob er seine Betei-
ligung am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf aufgeben soll, zeigt dies
sehr deutlich. Erst wurde mit Schleswig-Holstein vereinbart, in Über-
einstimmung mit dem Energieprogramm der Bundesregierung das Kernkraft-
werk Brokdorf zu bauen. Dann wurden bereits mehrere hundert Millionen
Mark dafür investiert. Und nun wird aus ideologischen Gründen seit ei-
niger Zeit alles getan, um eine weitere Beteiligung Hamburgs an Brok-
dorf zu verhindern und dafür neue umweltschädliche Kohlekraftwerke zur
Stromerzeugung mitten im Stadtgebiet zu errichten. Obwohl Brokdorf oh-
nehin gebaut wird. Nur daß dann der preisgünstige Kernkraftstrom an
Hamburg vorbeifließt.

Die Folgen dieser Politik: unnötig hohe Stromkosten für Betriebe und
Verbraucher, Gefährdung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit
Hamburgs und damit von Arbeitsplätzen, zusätzliche Luftverschmutzung
durch Kohlekraftwerke, verlorene Kosten für Brokdorf, gleichzeitig
Kosten annähernd in Milliardenhöhe für Kohlekraftwerke in Hamburg.

Dabei hat Hamburg allen Grund, sich stärker als bisher auf eine sichere,
preisgünstige und umweltfreundliche Energieversorgung zu konzentrieren.
Beim Anstieg der Strompreise für den Normalverbraucher liegen wir bun-
desweit mit an der Spitze. Der Energieverbrauch von Haushalten und
Kleinabnehmern liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Als Wirt-
schaftsmetropole ist Hamburg stärker als andere Regionen auf eine si-
chere und preisgünstige Energieversorgung angewiesen.

Die Lösung der schwierigen Hamburger Energieprobleme entscheidet mit über die Sicherheit mehrerer hunderttausend Arbeitsplätze, den Wohlstand aller Bürger und den Schutz unserer natürlichen Umwelt. Sie auf die lange Bank zu schieben oder vom Ausgang eines Machtkampfes in einer Partei abhängig zu machen, ist nicht zu verantworten.

DAS WILL DIE CDU

Zunächst: Wir wollen Partner sein in einer emotionsfreien, nüchternen Diskussion über die Sicherung der Hamburger Energieversorgung und die Chancen und Risiken der verschiedenen Energiequellen. Wir sind weder Kernkraft-Enthusiasten noch strikte Gegner von Kohlekraftwerken. Wer strenge Sicherheitsvorschriften fordert und Entsorgungsprobleme lösen will, hat uns auf seiner Seite, ebenso wie derjenige, der die außerordentlich hohen Umweltrisiken von Kohlekraftwerken ernstnimmt. Der Schutz von Leben und Gesundheit hat Vorrang vor rein wirtschaftlichen oder ideologischen Entscheidungen. Aber die Einsicht, daß im Interesse Hamburgs energiepolitische Entscheidungen fallen müssen, muß Basis einer solchen Diskussion sein und nicht die totale Verweigerung. Und: Mit Sonnenkollektoren, Windkraftanlagen, Bio-Gas oder durch Energiesparen allein werden wir die Energieprobleme Hamburgs nicht lösen können. Wir brauchen neue Kraftwerke, wir müssen bestehende modernisieren.

Ziel unserer energiepolitischen Entscheidungen wird es sein, die hohe Abhängigkeit Hamburgs vom Öl deutlich zu verringern. Dies ist nicht nur die notwendige Konsequenz aus den rasant steigenden Ölpreisen, sondern auch aus der zunehmend labileren politischen Situation in den OPEC-Ländern. Zweitens wollen wir die hohe Abhängigkeit vom Öl nicht durch zu hohe Abhängigkeit von anderen Energiequellen ersetzen. Wir streben deshalb aus Sicherheitsgründen eine Energieversorgung an, die sich risikosenkend auf mehrere Energiequellen stützt und die im eigenen Land vorhandenen alternativen Energiequellen erschließt. Drittens wollen wir neben einer sicheren auch eine preisgünstige Energieversorgung. Dazu gehört für uns unter anderem eine Beteiligung Hamburgs am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf, das mit oder ohne Hamburg gebaut werden wird. Darüber hinaus werden wir die Energieeinsparung im privaten, wirtschaftlichen und staatlichen Bereich vorantreiben sowie auf den sorgfältigen Umgang mit den vorhanden natür-

lichen Energierohstoffen achten. Dazu zählen wir insbesondere auch die Förderung der sogenannten Kraft-Wärmekopplung in Kraftwerken, die die neben der Stromerzeugung anfallende Wärme ausnutzt. Insgesamt: Hamburg wird nicht allein aus eigener Kraft seine Energieprobleme lösen können. Wir brauchen dafür auch die vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern und der Bundesregierung. Die einseitige Kündigung gemeinsamer Verträge und ein ideologischer Gegenkurs zum Bonner Energieprogramm müssen der Vergangenheit angehören.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. ABBAU DER ÖLABHÄNGIGKEIT HAMBURGS

Die Energieversorgung unserer Stadt stützt sich etwa zur Hälfte auf Öl, daneben zu jeweils einem Fünftel auf Gas und Strom, der hauptsächlich aus Kohle und Kernenergie erzeugt wird. Der Endenergieverbrauch der privaten Haushalte und der Kleinverbraucher hängt - überdurchschnittlich hoch im Verhältnis zum industriellen Verbrauch - zu ungefähr der Hälfte vom Einsatz von Mineralöl ab, insbesondere leichtem Heizöl.

Hier liegen ebenso wie im Verkehrsbereich erhebliche Chancen, die Ölabhängigkeit Hamburgs zu verringern. Wir werden sie konsequent nutzen: Durch den Ausbau des Fernwärmenetzes, das Ölheizungen ersetzt. Durch kostengünstigen Strom aus Kernkraftwerken, der den rentablen Einsatz von mehr Wärmepumpen und den Einbau von Nachtspeicherheizungen fördert. Durch einen flüssigeren, benzinsparenden Autoverkehr und einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, der zur Senkung des privaten Kraftstoffverbrauchs beitragen kann.

2. SICHERE, PREISGÜNSTIGE STROMVERSORGUNG

Privathaushalte und Betriebe sind in Hamburg in hohem Maße abhängig von einer sicheren und preisgünstigen Versorgung mit Strom.

Dies sowie das Ziel der Arbeitsplatzsicherung zwingen uns, ein Schwergewicht unserer Energiepolitik auf eine ausreichende und relativ kostengünstige Stromerzeugung zu legen. Vor allem auch deshalb, weil der verstärkte Einsatz von Nachtstrom für Heizzwecke die Ölabhängigkeit verringern kann. Für die Privathaushalte und Betriebe muß zu diesem Zweck das Heizen mit Strom - als Nachtstrom oder über Wärmepumpen - preislich attraktiv werden. Wir sagen deshalb "Ja" zu einer Beteiligung Hamburgs am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf und befürworten grundsätzlich eine teilweise Stromerzeugung in Kernkraftwerken. Die Kernkraftwerke müssen hohen Sicherheitsanforderungen genügen und ihre Entsorgung muß gesichert sein. Kernkraftwerke haben im Tag- und Nachtbetrieb (Grundlast) der Stromproduktion einen erheblichen Preisvorteil gegenüber Kohlekraftwerken. Dieser Kostenvorsprung wird für die Hamburger Verbraucher und Betriebe verstärkt zu Buche schlagen, wenn die Kernkraftwerke Krümmel und Brokdorf in Betrieb gehen. Voraussetzung: Hamburg beteiligt sich an Brokdorf. Ansonsten fließt der preisgünstige Strom an Hamburg vorbei. Und: Die HEW verlieren nicht nur mehrere hundert Millionen Mark an bereits investierten Baukosten, sondern stehen zugleich vor der kaum löslichen Aufgabe, Ersatz-Kraftwerke mit Milliardenbeträgen zu bauen. Dafür aufkommen müßte dann letztlich der Steuerzahler oder der Stromverbraucher. Wir halten es für unververtretbar, daß Hamburg aus dem Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf aussteigt. Die Stromerzeugung Hamburgs darf sich nach unserer Auffassung nicht nur auf die Kernkraft stützen. Der Einsatz der Kohle, der insbesondere im sogenannten Mittellastbereich relativ kostengünstig erfolgen kann, gehört unverzichtbar zu einer sicheren Stromversorgung.

Um die Kohle in Zukunft kostengünstiger für die Stromerzeugung und stärker für die Fernwärme einsetzen zu können, muß jedoch eines geschehen: die weitere Lockerung der Einfuhrbeschränkungen für die preiswerte Importkohle - sowohl für die Stromerzeugung als auch für den industriellen Verbrauch. Wir sehen nicht ein, daß wir zum Nachteil der Hamburger Verbraucher in zu hohem Maße die teure Ruhrkohle beziehen müssen.

Ferner werden wir uns für den schrittweisen Abbau des sogenannten Kohlepfennigs einsetzen, der jeden Stromverbraucher mit fast sechs Prozent seiner Stromkosten belastet. Aufgrund der Ölpreisentwicklung ist der ursprüngliche Zweck dieser Stromsteuer, den Wettbewerbsnachteil der Kohle auszugleichen, hinfällig geworden.

3. KEINE OBERFLOSSIGEN KOHLEKRAFTWERKE

Der Einsatz der Kohle für die Energieversorgung Hamburgs ist allein aus Sicherheitsgründen notwendig. Kohle ist die einzige Energiequelle, über die wir in der Bundesrepublik Deutschland in größerem Umfang verfügen und die zugleich technisch-wirtschaftlich auf breiter Ebene einsetzbar ist. Sie soll auf absehbare Zeit in Hamburg zwei Aufgaben übernehmen: einen Teil der Stromerzeugung und einen Ersatz des Öls für Heizzwecke. Eines sollte sie allerdings nicht sein: ein teurer und umweltschädigender Lückenbüßer für den Ausstieg Hamburgs aus dem Kernkraftwerk Brokdorf. Den Plan, statt einer Beteiligung in Brokdorf als "Lückenbüßer" ein Kohlekraftwerk in Tiefstack zu bauen und das bisherige Heizkraftwerk nach Wandsbek zu verlagern, lehnen wir ab. Die Folgen wären: Unnötige Investitionen von fast 1 Milliarde DM, die die Energiekosten oder aber die Staatsverschuldung in die Höhe treiben, außerdem eine überflüssige Umweltbelastung. Selbst bei Einsatz modernster Filter blasen Kohlekraftwerke tonnenweise Staub in die Luft. Asche und Rückstände der Entschwefelung müssen zu zigtausend Tonnen untergebracht werden.

Wer es ernst meint mit dem Umweltschutz, kann zu diesen völlig unnötigen Eingriffen in Umwelt und Wohngebiete nicht "Ja" sagen. Wir werden statt dessen "Ja" zu Brokdorf sagen und die Kohle zur Energieversorgung

in vertretbarem Umfang einsetzen: Dabei streben wir einen Ersatz des überalterten Kohlekraftwerkes in Wedel am selben Ort an, was nach Erklärungen Schleswig-Holsteins bei einem Ausstieg aus Brokdorf kaum möglich sein wird.

Wir sind auch für den Einsatz von Kohle in der Energieversorgung, aber er muß maßvoll sein und darf nicht zu überhöhten Belastungen in der Umwelt führen. Kohle ist wie Erdöl ein kostbarer Rohstoff, auch für künftige Generationen. Darum ist es nicht vertretbar, ihn in Stromkraftwerken zu verheizen, wenn sich andere Lösungen anbieten.

4. AUSBAU DES FERNWÄRMENETZES

Wir setzen uns aus Gründen des Umweltschutzes, des sparsamen Energieverbrauchs und um vom Öl weniger abhängig zu werden, für den verstärkten Ausbau der Fernwärme ein. Der hohe direkte Verbrauch von Öl für Heizzwecke muß verringert, die Energiereserve in den Kraftwerken sinnvoller genutzt werden. Wir streben deshalb einen Ausbau der Fernwärmeversorgung an. Dazu werden wir die Heizkraftwerke Tiefstack und Karoline ersetzen, um weitere Kapazitäten für die Fernwärme zu erschließen.

Eines will die CDU der Bevölkerung allerdings ersparen: den Anschluß- und Benutzungszwang für die Fernwärme. Wer so etwas will, bestraft gerade diejenigen, die sich auch bisher schon energie-wirtschaftlich sinnvoll verhalten haben: vor allem die Gasverbraucher, aber z. B. auch die Unterstützer fortschrittlicher Energiesysteme wie Wärmepumpen, Nachtspeicherheizungen. Wir meinen, daß sich die Fernwärme auch ohne staatlichen Zwang dort durchsetzt, wo sie wirtschaftlich und damit attraktiv ist. Die HEW sollen Abwärme und Strom von Privatunternehmen zu marktgerechten Preisen abnehmen.

5. NUTZUNG ALTERNATIVER ENERGIEQUELLEN

Die Nutzung alternativer Energiequellen - Luft, Wind, Wasser, Sonne - steckt noch in den Anfängen. Aber sie wird einen festen Platz in unseren energiepolitischen Entscheidungen haben, auch wenn sie in einer Großstadt-Region mit dichter Bebauung auf mehr Hindernisse als anderswo stößt. Den Einsatz von Wärmepumpen werden wir durch preisgünstigen Strom fördern. Zudem werden wir den Einsatz von Gaswärmepumpen durch entsprechende Tarifgestaltungen und durch unbürokratische Genehmigungsverfahren unterstützen - wie auch die Nutzung von Sonnenenergie. Den Einbau von Sonnenkollektoren in die Dächer von Häusern und Betrieben werden wir großzügig genehmigen, soweit sie nicht das Bild von Straßenzügen grundlegend verändern. In den Vier- und Marschlanden wollen wir wie in anderen elbnahen Bereichen den Einsatz von Windkraftanlagen für die Landwirtschaft versuchsweise fördern. Außerdem werden wir in mehreren geeigneten Behördengebäuden Wärmepumpen und Sonnenkollektoren einsetzen. Die sogenannten alternativen Energiequellen - darüber darf es keine Illusionen geben - können nur einen kleinen Teil der Energieprobleme unserer Stadt in zehn, zwanzig Jahren lösen. Aber sie sind ein Schritt in die richtige Richtung, den wir unterstützen werden - auch im Interesse neuer Arbeitsplätze in der Energietechnik der Zukunft.

6. ERNST MACHEN MIT DEM ENERGIESPAREN

Mineralöl und Erdgas stehen nur noch für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung. Wir müssen deshalb verantwortungsbewußt mit der Nutzung von Energiequellen umgehen. Darin haben wir - trotz aller Hoffnung auf neue technische Möglichkeiten - eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Es darf nicht sein, daß wir Strom bedenkenlos verbrauchen, nur weil unsere Gedanken nicht weiter als bis zur Steckdose reichen.

Sparsamkeit im Energieverbrauch ist eine für unsere Stadt und unser Land lebenswichtige Aufgabe, für die die Einsicht und Mithilfe der Bürger benötigt wird. Deshalb werden wir durch Werbung und finanzielle Förderung sowie durch beispielhaftes Verhalten des Staates die Bürger unserer Stadt anregen, ihren ganz persönlichen Beitrag zum sinnvollen Umgang mit den Energiequellen zu leisten. Nach unseren Vorstellungen sollten die HEW durch die Anwendung neuer Technologien den Ausnutzungsgrad der primären Energieträger bei der Strom- und Wärmeerzeugung weiter erhöhen. Die Entwicklung und Anwendung energiesparender Produktionsverfahren in den Betrieben muß verstärkt gefördert werden - ebenso die Nutzung energiesparender Haushaltgeräte, Beleuchtungskörper und Fahrzeuge. Wir werden zu diesem Zweck eine Hamburger Stiftung für angewandte Energieforschung gründen. Fast die Hälfte unseres Energieverbrauchs geht auf das Konto der privaten Haushalte, die 85 Prozent der benötigten Energie für die Raumheizung verwenden.

Deshalb unterstützen wir Bemühungen, die auf eine bessere Wärmedämmung, den Einsatz von Wärmepumpen und eine effektivere Regulierung der Zimmertemperatur abzielen. Dadurch können etwa 10 Prozent Energie (und zugleich Kosten für den Verbraucher) eingespart werden. Im übrigen müssen der Staat und öffentliche Betriebe beim Einsatz benzin-sparender Verkehrsmittel und energiesparender Einrichtungen in Gebäuden Vorbild sein.

7. NORDDEUTSCHE ZUSAMMENARBEIT ZUR SICHERUNG EINER PREISWERTEN ENERGIEVERSORGUNG

Hamburg muß wieder ein verlässlicher Partner in der Energieversorgung des norddeutschen Raumes werden. Die Ankündigung des Ausstiegs aus Brokdorf und damit die Absicht, einen bestehenden Vertrag einseitig aus ideologischen Gründen zu kündigen, hat berechtigte Reaktionen der Regierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen hervorgerufen: keine neuen Standorte mehr für die Hamburger Energieversorgung in den benachbarten Bundesländern. Eine Stadtregion wie Hamburg, die auf die Energieversorgung von außerhalb ihrer Landesgrenzen angewiesen ist,

kann sich ein solches Verprellen ihrer norddeutschen Partner nicht leisten. Auch im Interesse des gemeinsamen Vorgehens beim Abbau des kostentreibenden Kohlepennigs, der Lockerung der Importkohle-Beschränkungen und der zukünftigen gemeinsamen Nutzung der vielseitig einsetzbaren Hochtemperatur-Reaktortechnik. Wir streben deshalb die Einhaltung bestehender Verträge und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern an.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. SICHERSTELLUNG DER WEITEREN BETEILIGUNG AM KERNKRAFTWERK BROKDORF ZUGUNSTEN DER ARBEITSPLATZE UND STROMPREISE IN HAMBURG.
2. PROGRAMM FÜR DEN AUSBAU DER FERNWÄRME IN DEN NÄCHSTEN JAHREN.
3. EINBAU VON WÄRMEPUMPEN UND SONNENKOLLEKTOREN IN GEEIGNETEN GEBÄUDEN.
4. STOPP FÜR DEN BAU ÜBERFLÜSSIGER UND UMWELTSCHÄDIGENDER KOHLEKRAFTWERKE.
5. NEUE AMPELSCHALTUNGEN, DIE EINEN FLIESSENDEN, ENERGIESPARENDEN AUTOVERKEHR ERMÖGLICHEN.
6. GRÜNDUNG EINER STIFTUNG FÜR ANGEWANDTE ENERGIEFORSCHUNG.
7. VORSTOSS IN BONN ZUM ABBAU DER STROM-SONDERSTEUER "KOHLEPFENNIG" UND DER IMPORTKOHLE-BESCHRÄNKUNGEN.

SCHULPOLITIK FÜR HAMBURG:

DIE JUNGE GENERATION LERNEN LASSEN, WAS SIE IM LEBEN BRAUCHT

PAUSENLOSE EXPERIMENTE UND IMMER NEUE PLÄNE DER BILDUNGSTHEORETIKER HABEN UNRUHE IN DIE ERZIEHUNG AN DEN SCHULEN GEBRACHT. WAS SCHÖLER WIRKLICH BRAUCHEN FÜR IHR SPÄTERES LEBEN, IST DABEI HÄUFIG AUF DER STRECKE GEBLIEBEN. DESHALB WILL UNSERE POLITIK DIE SCHULEN AUF IHRE WICHTIGSTE AUFGABE KONZENTRIEREN: JEDEM SCHÖLER NACH SEINEN NEIGUNGEN UND FÄHIGKEITEN EIN BILDUNGSFUNDAMENT ZU GEBEN, MIT DEM ER IM BERUF UND IM MENSCHLICHEN MITEINANDER BESTEHEN KANN.

Protestierende Eltern, überforderte Schüler, Demonstrationen - selbst wer keine Kinder im Schulalter hat oder sich nicht für das Geschehen an den Schulen interessiert, merkt: In unserem Schulwesen scheint einiges schiefzulaufen. SEPL, StruPI, OS, Sekundarstufe, Integrierte Gesamtschule, Stufenlehrer - wer kann dieses Schulbürokraten-Kauderwelsch eigentlich noch verstehen?

Nicht nur Eltern, sondern auch Betriebe und Hochschullehrer beklagen bei Schulabgängern schwerwiegende Mängel in der Allgemeinbildung. Oft hapert es in der Rechtschreibung und beim Rechnen. Was ist diesen Schulabgängern eigentlich vermittelt worden? Sind diese jungen Leute überhaupt ernsthaft auf die Herausforderung in Studium und Beruf hin erzogen worden? Sind ihnen Werte vermittelt worden, die ihnen ein sinnvolles Leben ermöglichen?

Dies alles ist nicht Schuld der Lehrer oder Schüler, die ganz überwiegend mit viel Engagement und Fleiß bei der Sache sind. Die Fehler liegen tiefer: Blinde Veränderungswut hat selbstverständliche Aufgaben der Schule in den Hintergrund geschoben. Statt dessen wird häufig kritisches Infragestellen zu früh und ohne die nötigen Grundlagen gepaukt, so daß die Schüler kaum noch wirklichkeitsnahe Hilfen für ihr späteres Leben erhalten. Jeder verantwortungsbewußte Hamburger wird auch einsehen, daß angesichts sinkender Schülerzahlen neben einer konsequenten Verringerung der Klassenfrequenzen einige Schulen geschlossen werden müssen. Doch wenn Schulen des bewährten Systems aufgelöst werden sollen, dann muß dies mit triftigen Gründen geschehen - und nicht zugunsten der Gesamtschulen und zu Lasten der Schulwege unserer Kinder.

Vernünftig angepackt werden muß auch das wachsende Problem, wie die Kinder unserer ausländischen Mitbürger unterrichtet werden. Die Zwangsintegration ist keine erzieherisch sinnvolle Lösung. Ausländische Kinder werden ihren

Eltern entfremdet, einheimische Kinder in ihren Lernfortschritten gebremst. Alles in allem: Die Hamburger Schulpolitik braucht dringend eine Kurskorrektur.

DAS WILL DIE CDU

Die wesentliche Aufgabe unserer Schulpolitik in den nächsten Jahren ist es, den Schulen wieder die Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben zu ermöglichen: Den Schülern - abgestimmt auf ihre Neigungen und Fähigkeiten - mehr Wissen zu vermitteln, das sie für Ausbildung, Studium und eine erfolgreiche Berufstätigkeit brauchen, und ihnen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen mit auf den Weg zu geben, die ihnen ein sinnvolles Leben in der Gemeinschaft und in der Demokratie ermöglichen.

Wir wollen ein gegliedertes Schulwesen, in dem sich die Art der Schulen nach den unterschiedlichen Interessen und Begabungen der Schüler richtet. Das heißt: Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien werden nicht der Einführung der Gesamtschule zum Opfer fallen.

Zugleich bleiben wir offen für die Erprobung neuer Formen der Unterrichtsgestaltung. Pädagogische Ziele haben für uns grundsätzlich Vorrang vor rein politischen Überlegungen. Deshalb wollen wir die bestehenden Mängel wie Stundenausfall und schlechte Schulräume beseitigen.

Darüber hinaus halten wir pädagogische Verbesserungen wie die Senkung der Klassenfrequenzen notwendig. Dies würde bei sinkenden Schülerzahlen keinen finanziellen Mehraufwand bedeuten. In der Berufsausbildung werden wir an der bewährten Aufgabenteilung zwischen Betrieben und Berufsschulen festhalten. Der Unterricht für Auszubildende wird von uns stärker auf praxisnahe Kenntnisse und eine fundierte Allgemeinbildung ausgerichtet werden.

Besonders werden wir uns um eine gute Schulbildung für die Kinder unserer ausländischen Mitbürger kümmern. Wir wollen verhindern, daß sie durch eine mangelhafte Schul- und Berufsausbildung später arbeitslos werden.

Aber wir werden ihnen auch die Möglichkeit offenhalten, in das Land ihrer Eltern zurückkehren zu können, wenn sie nicht bei uns bleiben wollen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. INDIVIDUELLE BILDUNGSCHANCEN FÜR JEDES KIND

Ein gegliedertes Schulwesen, in dem verschiedene Schularten angeboten werden, ist für uns die beste Lösung, um jedem einzelnen Kind eine Bildungschance zu geben, die seinen individuellen Neigungen und Fähigkeiten gerecht wird. Deshalb lehnen wir eine einheitliche Schulbildung für alle Kinder und die Entwicklung des Hamburger Schulwesens zur Gesamtschule als Regelschule ab. Im Gegenteil: Unser Schulangebot wird stärker als bisher von einer Vielfalt der pädagogischen Möglichkeiten und der Schularten gekennzeichnet sein. Dazu wollen wir das bewährte gegliederte Schulwesen - bestehend aus Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien - weiterentwickeln.

Die Grundschule muß den Übergang von der Erziehung in der Familie zu einem erfolgreichen schulgemäßen Lernen sicherstellen und grundlegende Bildungsinhalte vermitteln. Dazu bedarf es einer verbesserten Stundentafel im 1. und 2. Schuljahr und individueller Fördermaßnahmen in kleinen Klassen. Das Angebot der Vorschulerziehung ist als unterstützende Maßnahme zur Erreichung dieser Ziele geeignet. Mit Rücksicht auf die Schulwege ist der Erhalt wohnortnaher Grundschulen besonders wichtig.

Die Hauptschule bleibt nicht länger "Restschule". Sie wird mit einer eigenständigen pädagogischen Zielsetzung ihre Schüler praxisnah auf das Berufsleben vorbereiten. Dazu gehören ein handlungsorientierter Unterricht, der die Schüler von den Aufgaben, nicht von der Fachsystematik her anspricht, sowie solide Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen. Übergangsmöglichkeiten in die Realschule bleiben gewährleistet.

Auf der Realschule, die in Hamburg eine organisatorische Einheit mit der Hauptschule bildet, werden die Schüler durch eine vielseitige wissenschaftliche Grundbildung zu einem mittleren Abschluß und damit zu einer anspruchsvollen Berufsausbildung geführt. Der Übergang auf eine weiterführende Schule zur Erlangung der Fachhochschulreife oder Hochschulreife bleibt erhalten.

Das Gymnasium sollte nach unserer Auffassung weiterhin die Klassen 5 - 13 umfassen und den vornehmlich theoretisch begabten Schülern ein Studium ermöglichen. Dabei müssen Deutsch, Geschichte, Mathematik, eine Fremdsprache und ein naturwissenschaftliches Fach in erheblich größerem Umfang als zur Zeit bis zum Abitur unterrichtet werden.

Die bestehenden Gesamtschulen bleiben unter einem CDU-Senat erhalten, wenn die Nachfrage bei den Eltern groß genug bleibt und das bestehende Schulwesen nicht gefährdet wird.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Gesamtschule sind zwar nicht ermutigend, aber wir werden die Wünsche einer Minderheit von Eltern, die ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken will, ernst nehmen und versuchen, die pädagogische Arbeit in den Gesamtschulen zu verbessern.

Das Angebot an Sonderschulen muß auch bei zurückgehenden Schülerzahlen erhalten bleiben. Gerade diese Schülergruppe benötigt eine intensive pädagogische Betreuung und zumutbare Schulwege.

Bemühungen zur Integration behinderter Schüler in das Regelschulsystem sollten zur Förderung sozialer Eingliederung und sozialen Lernens unterstützt werden. Die CDU wird die Möglichkeiten dafür prüfen und auch Kombinationsformen von Sonder- und Regelschulen erproben.

Auch die erzieherisch sehr gute Arbeit von nicht-staatlichen Schulen werden wir fördern, ob es sich um kirchliche Schulen oder um Schulen anderer freier Träger handelt. Wir meinen, daß es in einem freiheitlichen Staat auch die Chance geben muß, andere Wege zur Erfüllung des Erziehungsauftrages zu gehen.

2. KEINE UNGERECHTFERTIGTE BEVORZUGUNG EINER SCHULART

Wer nicht will, daß Bildungschancen ungleich verteilt werden, muß sich gegen eine ungerechtfertigte Bevorzugung einer Schulart wenden.

Deshalb wollen wir die Bevorzugung der Gesamtschule bei der Ausstattung mit Lehrkräften und Sachmitteln abbauen. Im übrigen: Wir können es uns nicht leisten, die Mängel an anderen Schulen, die von 80 % unserer Kinder besucht werden, zu übersehen und diese Kinder zu benachteiligen.

Dabei ist besonderes Augenmerk auf die Haupt- und Realschulen zu richten.

3. BESSERE MÖGLICHKEITEN FÜR DEN SCHULWECHSEL

Der Übergang von einer Schule zur anderen muß nach unserer Meinung möglich sein. Zeitverluste durch unnötige Bürokratie sollten vermieden werden, pädagogische Übergangshilfen verstärkt werden. Wer ein durchlässiges Schulwesen will, muß die Chance von guten Schülern erhöhen, einen für sie besseren Bildungsweg einzuschlagen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für den Erhalt der siebenstufigen Gymnasien und der Aufbaugymnasien ein.

4. KORREKTUR DER PLÄNE FÜR SCHULSCHLIESSUNGEN

Der sogenannte "Schulentwicklungsplan" ist für uns in erster Linie ein Schulschließungsplan zugunsten der Gesamtschulen. Daß auf Dauer nicht alle Schulen erhalten werden können, wenn die Schülerzahlen sinken, ist einleuchtend. Aber dies sollte nur dann geschehen, wenn absehbar ist, daß auf längere Sicht für eine Schule nicht mehr genügend Schüler angemeldet werden. Wenn für jeden Jahrgang noch mindestens eine Klasse vorhanden sein wird, sollten die jeweiligen Schulen ohne triftigen Grund nicht geschlossen werden. Dies ist für Kinder und Eltern, allein schon wegen des kürzeren Schulweges, ein wesentlicher Vorteil. Unter diesen Gesichtspunkten werden wir die geplante Massenschließung von Schulen stoppen.

Die bei der Erhaltung der Schulen frei werdenden Räume sollen weiterhin den Schulen zur Verfügung stehen und von ihnen genutzt werden. Insbesondere ist an die Einführung von Stillarbeits- und Aufenthaltsräumen für Schüler gedacht. Die Nutzung durch außerschulische Träger soll nachrangig sein.

5. ABBAU DER MÄNGEL IM SCHULALLTAG

Unterrichtsausfälle sind vergebene Bildungschancen, unzureichende Lehrmittel und schlechte Klassenräume gefährden Erziehungsziele. Für uns sind dies deshalb auch nicht irgendwelche kleinen Mängel im Schulwesen, sondern erhebliche Versäumnisse der Verantwortlichen. Wir werden deshalb angesichts der begrenzten finanziellen Möglichkeiten durch einen flexibleren Einsatz von Lehrern und Lehrmitteln diese Mängel abbauen. Auch werden wir ein Renovierungs- und Modernisierungsprogramm für Klassenräume und Schulen zügig vorantreiben. Wo Hilfe zur Selbsthilfe bei der Renovierung von Klassenräumen und der Ausstattung von Schulhöfen von einsatzbereiten Eltern und Schülern gewünscht wird, werden wir diese gewähren. Wir werden die finanziellen Mittel so einsetzen, daß die Schulen die notwendigen Fachräume und Sportmöglichkeiten erhalten.

6. MEHR MUT ZU EINER FREIHEITLICHEN ERZIEHUNG

Reine Wissensvermittlung und "kritisches Infragestellen" kann nicht die einzige Aufgabe der Schule sein. Wir betrachten es als eine unverzichtbare Aufgabe der Schulen, freiheitliche Wertvorstellungen, positive Leitbilder und soziales Engagement zu vermitteln. Wogegen man sein kann, wissen die meisten Schüler, wofür es sich einzusetzen lohnt, viel zu wenige. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß sie auf freiheitliche Wertvorstellungen wie Toleranz, Gerechtigkeit, Eigentum sowie zur Demokratie, zur Friedensliebe und zu einem Geschichtsbewußtsein erzogen werden. Zudem wollen wir den Gedanken an die Überwindung der deutschen Teilung in Frieden und Freiheit wachhalten. Nächstenliebe, Pflichtbewußtsein, Gemeinschaftssinn und Welt-offenheit sind für uns weitere wichtige Erziehungsziele, ohne die eine Schule ihren Auftrag verfehlt. Ebenso ist allen Schülern Diskussionsfähigkeit und Kritikfähigkeit zu vermitteln. Einseitige politische Beeinflussung durch Lehrer und Unterrichtsmaterial lehnen wir ab. Die Schüler sollen in die Lage versetzt werden - frei von Beeinflussungen - sich ihr politisches Urteil selbst bilden zu können. Deshalb wollen wir auch keine Lehrer, die durch ihre Zugehörigkeit zu einer links- oder rechtsextremistischen Partei verpflichtet sind, die Schüler zu einem einseitigen politischen Bewußtsein zu erziehen.

7. SCHÜLERINTERESSEN DÜRFEN NICHT AUF DER STRECKE BLEIBEN

Für jeden Schüler ist es schon in der Schule wichtig zu lernen, Mitverantwortung zu übernehmen und eigenständig Interessen, die aus dem Schulleben erwachsen, zu formulieren. Daher setzen wir uns für eine Stärkung der Schülervertretung in Hamburg ein. Zu diesem Zweck soll eine Landeschülervertretung gebildet werden, die von jedem Schüler direkt gewählt wird. Ebenso hält die CDU ein Engagement von Schülern in Schülerzeitungen für begrüßens- und unterstützenswert.

8. SORGFÄLTIGE VORBEREITUNG AUF DIE BERUFSWAHL

Die Wahl des Berufes stellt eine entscheidende Weiche für das spätere Leben. Eine gute Schulbildung ist die Grundvoraussetzung dafür. Ein freiwilliges 10. Schuljahr soll den Jugendlichen angeboten werden, die es benötigen. Dieses "Berufsfindungsjahr" kann mehr Klarheit über den zukünftigen Beruf schaffen, wenn es an der Berufsschule organisiert ist. Gleichzeitig wollen wir das Angebot an Werkklassen erweitern und allen Schülern einen Schulabschluß ermöglichen, mit dem sie eine Berufsausbildung beginnen können. Wir meinen, daß eine solide Schulausbildung mit einem qualifizierten

Abschluß die Voraussetzung dafür ist, im späteren Leben - wenn nötig - einen Berufswechsel vornehmen zu können. Wir wollen, daß schon an den Schulen einer möglichen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit entgegengewirkt wird.

Mit den Hamburger Betrieben werden wir darüber sprechen, ob das Angebot an Betriebspraktika für Schüler erweitert werden kann. Dies würde mehr Schülern die Chance geben, sich mit der Arbeitswelt vertraut zu machen. Insofern scheint es uns sinnvoll zu sein, dem Fach "Arbeitslehre" dort, wo es vorgesehen ist, im Unterricht die entsprechende Bedeutung zu geben.

9. VERBESSERUNG DER BERUFSAUSBILDUNG IN SCHULE UND BETRIEB

Der Besuch der weiterführenden Schulen ist nur ein Bildungsweg der jungen Generation. Daneben muß als Alternativangebot gleichberechtigt der Weg einer praktischen Berufsausbildung gestellt werden. Um die Anerkennung der praktischen Berufsausbildung zu steigern, werden wir dafür sorgen, daß der Meistertitel als Eingangsqualifikation zu der Fachhochschule anerkannt wird, die dem entsprechenden Handwerk zugeordnet ist. Außerdem: Das Gesellenprüfungszeugnis soll dem Zeugnis der Mittleren Reife gleichgestellt werden.

Das duale Berufsausbildungssystem - praxis- und berufsnahe Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule - hat sich bewährt. International wird anerkannt, daß es derzeit kein besseres System gibt, das die Zukunftschancen der Auszubildenden so gut sichert. Eine Verschulung der Berufsausbildung, indem das erste Lehrjahr zwingend vom Betrieb in die Schule verlegt wird, lehnen wir ab. Die Frage "Block- oder Teilzeitunterricht an den Berufsschulen" sollte nicht am grünen Tisch, sondern gemeinsam von Auszubildenden, Lehrern, Betrieben und Gewerkschaften je nach den Bedürfnissen der Ausbildung entschieden werden.

Wer für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz will, muß darauf achten, daß die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöht wird. Dazu ist eine gute Schulbildung sowie das Beseitigen überflüssiger bürokratischer Vorschriften notwendig. Dazu gehört eine Änderung der Ausbildereignungsverordnung mit dem Ziel, von dem Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse im Ausnahmefall auch über 1984 hinaus abzusehen.

Die Ausbildungsbetriebe, die in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze in Hamburg stark erhöht haben, haben es verdient, daß ohne Nachteil für die Auszubildenden auch auf ihre Interessen Rücksicht genommen wird. Eine Verstärkung des Fachunterrichts in den Berufsschulen sowie die Vermittlung elementarer Kenntnisse im Deutschen und im Rechnen sind dafür ein wichtiger Schritt - ebenso die staatliche Förderung der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen der Wirtschaft.

10. BESSERER UNTERRICHT FÜR DIE KINDER UNSERER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER

Wir sind uns darüber im klaren, daß die schulische Ausbildung von Ausländerkindern noch erheblicher Anstrengungen bedarf. Das wird auch erhebliche Kosten verursachen und den Abbau vieler Vorurteile bedeuten. Aber wir fühlen uns verpflichtet, diese Kinder vor einer unsicheren beruflichen Zukunft zu bewahren - auch deshalb, weil wir sonst soziale Auseinandersetzungen in Kauf nehmen würden.

Richtschnur unserer Schulpolitik in diesem Bereich ist, den Ausländerkindern die Integration in unsere Gesellschaft zu erleichtern, ohne sie von ihrer nationalen Identität zu entfremden. Dadurch wird sichergestellt, daß sie sich bei einer möglichen Rückkehr in den Kulturkreis ihres Heimatlandes weitgehend problemlos eingliedern können. Und: Wir wollen nicht, daß deutsche und ausländische Kinder sich im Unterricht gegenseitig beim Lernen durch unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen behindern.

Deshalb halten wir eine Zwangsintegration der Ausländerkinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse am Anfang ihrer Schulzeit in den üblichen Unterricht für falsch. Durch nationale Übergangsklassen sollen Ausländerkinder auf den gemeinsamen Unterricht mit ihren deutschen Schulkameraden vorbereitet werden. In allen Klassen, in denen deutsche und ausländische Kinder gemeinsam zur Schule gehen, sollen die ausländischen Kinder bei der Berechnung der Klassenfrequenz doppelt zählen. In Gebieten, in denen der Anteil der Ausländerkinder in den Klassen 30 Prozent deutlich übersteigt, können für diese eigene Klassen eingerichtet werden, in denen sowohl in deutscher als auch in der jeweiligen Heimatsprache unterrichtet wird.

Dieses Konzept hilft den ausländischen wie den deutschen Kindern dabei, ihre Lernziele zu erreichen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. STÄRKERE BEACHTUNG DER ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSZIELE DER SCHULE
2. STOPP FÜR DEN SCHULENTWICKLUNGSPLAN: NEUE BERATUNG DES ZUKUNFTIGEN SCHULANGEBOTS MIT ELTERN, LEHRERN UND SCHOLERN. ZIEL: SO VIELE SCHULEN WIE MÖGLICH ZU ERHALTEN.
3. ABBAU DER BEVORZUGUNG DER GESAMTSCHULEN, DURCH DIE DIE OBRIGEN 80 PROZENT DER SCHÜLER, INSBESONDERE DIE HAUPT- UND REALSCHÜLER, BENACHTEILIGT WERDEN.
4. PROGRAMM UND FINANZIELLE MITTEL FÜR DIE ZUSÄTZLICHE INSTANDSETZUNG VON SCHULEN.
5. BESEITIGUNG DER STÄNDIGEN UNTERRICHTSAUSFÄLLE DURCH MEHR VERTRETUNGSLEHRER.
6. VERSTÄRKTE FÖRDERUNG FÜR KLASSENREISEN IN DEN ANDEREN TEIL DEUTSCHLANDS.
7. INTENSIVE FÖRDERUNG VON AUSLÄNDISCHEN KINDERN.

WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULPOLITIK FÜR HAMBURG:

MEHR LEISTEN KÖNNEN IN FORSCHUNG UND LEHRE - STUDIEREN FÜR EINE SICHERE BERUFLICHE ZUKUNFT

EINE STADT WIE HAMBURG MUSS AUCH IN FORSCHUNG UND LEHRE INTERNATIONAL AN DER SPITZE LIEGEN: WAS DORT GELEISTET WIRD, BESTIMMT UNSERE ZUKUNFT ENTSCHEIDEND MIT. WIR BRAUCHEN FORSCHUNGSSTÄTTEN, AN DENEN UNSERE WISSENSCHAFTLER FREI VON BÜROKRATISCHEM BALLAST UND POLITISCHER GÄNDELUNG IHR BESTES GEBEN KÖNNEN. UND WIR BRAUCHEN HOCHSCHULEN, AN DENEN SICH UNSERE STUDENTEN BESSER ALS BISHER AUF IHRE AUFGABEN IN BERUF UND GESELLSCHAFT VORBEREITEN KÖNNEN.

Bürokratischer Wildwuchs, zunehmender Papierkrieg, immer weniger Zeit für Forschung und Lehre, aber immer mehr Sitzungen in zahllosen Gremien - darunter leidet heute in vielen Bereichen die Arbeit an unseren Hochschulen und Forschungsstätten. Die Folge: Unsere wissenschaftlichen Einrichtungen bleiben in ihren Leistungen oft hinter ihren Möglichkeiten zurück, obwohl ihre Kosten in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Und: Trotz vieler hervorragender wissenschaftlicher Einzelergebnisse konnten wir international unser Ansehen in der Forschung nicht entscheidend steigern. Daraus können sich gefährliche Konsequenzen für die Sicherheit der Arbeitsplätze in unserer Stadt und in unserem Land ergeben. Denn eines ist klar: Ohne genügend neue wissenschaftliche Erkenntnisse gibt es auch nicht genügend neue Produktionsverfahren und Dienstleistungen, die im stärker zunehmenden weltweiten Wettbewerb der Zukunft erfolgreich sein können. Dazu gehört auch die Ausbildung unserer Studenten, die in weiten Teilen nur ungenügend auf ihre wichtigen Aufgaben im Beruf und in der Gesellschaft vorbereitet werden. Oft schlecht geplante Studiengänge, überfüllte Lehrveranstaltungen und überlastete Dozenten lassen sie häufig nicht lernen, was man später von ihnen verlangt.

Dies ist nicht nur eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln, sondern vor allem eine Verminderung der Chancen für eine erfolgreiche persönliche Lebensgestaltung. Hinzu kommt: Das Angebot an Studienplätzen und späteren Arbeitsplätzen klappt in einigen Fachrichtungen weit auseinander. Die Folge ist, daß Tausende von Akademikern von der Hochschule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, während z. B. in den technischen Berufen unsere Wirtschaft nicht genügend Akademiker erhält.

DAS WILL DIE CDU

Für uns hängt das Glück und das Ansehen eines Menschen nicht davon ab, ob er Akademiker ist oder nicht. Wir meinen jedoch, daß jeder - unabhängig von seiner sozialen Herkunft - die Chance haben soll zu studieren. Aber er muß dafür auch seine Befähigung nachweisen. Denn unsere Hochschulen haben für uns vor allem zwei Aufgaben: Erstens leistungswillige und begabte Studenten so auszubilden, daß sie den späteren beruflichen Anforderungen gewachsen sind. Und zweitens Forschungsergebnisse zu erzielen, die sich im internationalen Wettbewerb der Wissenschaften sehen lassen können.

Studium, Lehre und Forschung stehen deshalb für uns im Mittelpunkt des Hochschullebens - und nicht nur die Diskussion darüber, wie und unter welchen politischen Vorgaben sie zu gestalten sind. Bei der Erfüllung dieses Auftrages werden wir die Hamburger Universitäten und Fachhochschulen wirkungsvoll unterstützen: durch den effektiven Einsatz staatlicher Mittel, eine bewegliche, unbürokratische Organisationsstruktur und durch den Schutz der Freiheit des einzelnen, ohne ideologische Bevormundung studieren, lehren und forschen zu können. Wir meinen allerdings, daß die Hochschulen in Zeiten finanzieller Enge auch stärker verpflichtet sind, die eigenen Anstrengungen zu erhöhen und den Gedanken der Selbsthilfe stärker aufzunehmen.

Nach unserem Grundgesetz hat der Staat nicht die Aufgabe zu bestimmen, was an den Hochschulen im einzelnen gelehrt und erforscht wird. Dies kann aber nicht bedeuten, daß die Hochschulen unabhängig von der Verpflichtung sind, ihren Auftrag gegenüber Staat und Gesellschaft zu erfüllen.

Staat und Gesellschaft können und müssen ihnen Ziele setzen. Sie haben angesichts der enormen Kosten Anspruch auf höchste Effizienz der Hochschulen. Im übrigen wollen wir die Möglichkeiten zur Durchführung von Forschungsaufträgen, die von außerhalb der Hochschulen kommen, verbessern (sog. Drittmittelprojekte).

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. MEHR CHANCEN FÜR EIN ERFOLGREICHES STUDIUM

Die Chancen für ein erfolgreiches Studium werden zu einem guten Teil schon in der Schule vergeben. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß an den Schulen Abiturienten entlassen werden, die über für das Studium unerläßliche Grundkenntnisse (Deutsch, Geschichte, Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften) verfügen. Daneben wollen wir klar konzipierte Studiengänge, damit jeder Student weiß, welche Lehrveranstaltungen er besuchen muß, um in angemessener Zeit sein Studium erfolgreich abschließen zu können. Auch die Studienberatung muß so verbessert werden, daß die Studenten laufend über das informiert werden, was sie für das Examen und den späteren Beruf benötigen. Praktiker aus Behörden und Betrieben sowie erfahrene Dozenten sollten stärker als bisher zu dieser Aufgabe herangezogen werden können.

Im übrigen halten wir ein Angebot an Studienpraktika in der Wirtschaft und in staatlichen Einrichtungen für unumgänglich, um das Studium im Hinblick auf den Beruf besser zu gestalten.

2. ABSICHERUNG DER SOZIALEN LAGE DER STUDENTEN

Angesichts der (noch) steigenden Studentenzahlen und der schwierigen Situation der öffentlichen Kassen sind durchgreifende Verbesserungen bei der finanziellen Förderung von Studenten nicht möglich. Uns geht es deshalb darum, das bisher Erreichte so abzusichern, daß niemand aus Geldmangel gezwungen wird, auf das Studium zu verzichten oder sein Studium abzubrechen.

Das halten wir nur für möglich, wenn der Darlehensanteil an den BAFOG-Zahlungen erhöht wird. Dies scheint uns zudem eine gerechte Lösung gegenüber denjenigen zu sein, die keine akademische Ausbildung erhalten. Flankierend dazu werden wir darauf dringen, daß das Angebot an günstigem Wohnraum für Studenten erhöht wird. Zu diesem Zweck sollte die Gesetzgebung Vermietern das Recht einräumen, mit Studenten Zweitmietverträge abzuschließen. Zugleich werden wir den

staatseigenen Wohnungsbestand daraufhin untersuchen, ob bei ihm nicht durch den preisgünstigen Ausbau von Dachgeschossen zusätzliche Zimmer für Studenten geschaffen werden können.

3. VERKÜRZUNG DER STUDIENZEIT

Die durchschnittliche Studienzeit ist noch immer zu lang. Dies ist aber ganz überwiegend nicht die Schuld der Studenten; vielmehr liegt es daran, daß viele Studiengänge unzureichend durchdacht sind und die dringend erforderliche Studienreform bisher nicht überall verwirklicht wurde. Wir wollen daher dazu beitragen, die Studienreform voranzutreiben mit dem Ziel einer Effektivierung und Intensivierung sowie einer Verkürzung des Studiums. Bei der Reform der Studieninhalte ist auf einen stärkeren Praxisbezug zu achten.

4. VERFASSTE STUDENTENSCHAFT

Trotz des Mißbrauches durch Minderheiten, der dem Ansehen der Studenten in der Bevölkerung schadet, ist die verfaßte Studentenschaft als Organ studentischer Selbstverwaltung sinnvoll. Um Mißbräuche zu verhindern, werden wir für Wahlverfahren zu den verschiedenen studentischen Gremien sorgen, die in Einklang mit den demokratischen Grundsätzen und dem Hochschulgesetz stehen, die Verwendung der von den Studenten erhobenen Zwangsbeiträge durch die Allgemeinen Studentenausschüsse nur für die gesetzlich vorgesehenen Zwecke zulassen und die Freiheit von Studium und Lehre auch während sogenannter Hochschulstreiks gewährleisten.

5. KONZENTRATION AUF LEHRE UND FORSCHUNG

Für ihre eigentliche Aufgabe, Lehre und Forschung, haben die meisten Hochschullehrer immer weniger Zeit. Zunehmende Bürokratie und Inanspruchnahme durch Gremiensitzungen sind hauptsächlich dafür verantwortlich. Hinzu kommt, daß die Zahl der Professoren zwar erheblich angestiegen ist, aber ihnen oft nicht genügend Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Daß hochqualifizierte Professoren ihre teuer bezahlte Zeit mit dem Registrieren von Büchern und einfachen Büroarbeiten verbringen müssen, ist ein unhaltbarer Zustand. Deshalb

wollen wir mit folgenden Schritten dafür sorgen, daß sie sich wieder stärker der Lehre und Forschung widmen können: Abbau des Gremienwirrwarrs nach dem Grundsatz, daß eine Angelegenheit möglichst auch nur in einem Gremium entschieden wird, Verbesserung der Selbstverwaltung in den Fachbereichen gegenüber der Hochschulspitze, Reduzierung der zentralen Hochschulverwaltungen auf das notwendige Maß, stärkere Unterstützung der Hochschullehrer im Dienstleistungsbereich, eventuell auch bei Lehrveranstaltungen, durch Hinzuziehung wissenschaftlich befähigter Praktiker oder auch von wissenschaftlich ausgewiesenen Mitarbeitern. Einführung von modernen Management-Methoden und Bürotechniken im Hochschulbetrieb.

6. FÖRDERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

Für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind die Aufstiegs- und Forschungsmöglichkeiten zunehmend blockiert. Viele jüngere, hochqualifizierte Wissenschaftler stehen vor verschlossenen Türen, weil Stellen auf Jahrzehnte besetzt sind und neue Stellen nur in besonderen Ausnahmefällen geschaffen werden können. Im Interesse unserer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit muß aber jüngeren, hochqualifizierten Wissenschaftlern die Chance gegeben werden, ihre Hochschul- und Forschungstätigkeit fortzusetzen. (Dies wird allerdings in vielen Fällen nur über Teilbeschäftigungen möglich sein). Diesem Zweck dient auch eine verstärkte Forschung an den Hochschulen, die aus Drittmitteln finanziert wird. Dadurch werden zusätzliche Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs bereitgestellt. Wir setzen uns dafür ein, daß die Graduiertenförderung fortgesetzt wird. Außerdem wollen wir erreichen, daß mehr junge Hamburger Wissenschaftler die Gelegenheit wahrnehmen, eine Zeitlang an ausländischen Universitäten zu arbeiten; dazu müssen jetzt noch bestehende Hemmnisse abgebaut werden.

7. AUSBAU DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT HARBURG

Vordringliche Aufgaben der TU Harburg sind für uns die technisch-naturwissenschaftliche Forschung und die Gestaltung von Aufbaustudiengängen für besonders qualifizierte Hochschulabsolventen. Ziel muß es sein, mit ihrem Ausbau Fachrichtungen zu fördern, die bisher in Hamburg nicht vertreten sind, und die für die Entwicklung arbeitsplatzsichernder, zukunftsträchtiger Technologien unverzichtbar sind. Unter diesen Gesichtspunkten werden wir uns für den Ausbau der TU Harburg einsetzen.

8. AUFGABENTRENNUNG ZWISCHEN DEN HOCHSCHULEN - ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN HOCHSCHULEN STATT GESAMTHOCHSCHULE

Die Vielfalt des Hamburger Hochschulwesens - Universitäten, Fachhochschulen, HWP, Akademien - betrachten wir als einen Vorteil - nicht nur, weil kleinere Einheiten besser als große individuelles Lernen und Forschen ermöglichen, sondern auch weil sie in ihren unterschiedlichen Aufgaben besser den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Studenten, Studienzielen und beruflichen Anforderungen gerecht werden. Den Weg zur Einheitshochschule über die Gesamthochschule Hamburg lehnen wir deshalb ab. Statt dessen streben wir eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Lehre und Forschung an.

9. ENTSCHÄRFUNG DES NUMERUS CLAUSUS

Um es klar zu sagen: Eine Abschaffung des Numerus Clausus an den Hamburger Hochschulen versprechen wir nicht. Dieses Problem ist zur Zeit weder finanziell noch von Hamburg allein zu lösen. Eine Chance dafür besteht generell erst dann, wenn in etwa 10 Jahren die Studentenzahlen zurückgehen. Bis dahin sind wir auf Zwischenlösungen angewiesen, die das Problem entschärfen. Wegen der hohen Studentenzahl kann daher auf eine Fortsetzung der sogenannten Überlastprogramme nicht verzichtet werden. Dabei müssen auch neue Wege beschritten werden. An den Hochschulen hat sich in den letzten Jahren so viel verändert, daß ein Überdenken der zeitlichen Organisation des Hochschulbetriebs möglich sein muß: Vorhandene Lehrinrichtungen - z. B. Hörsäle und Praktikaplätze - müssen über das bisher übliche zeitliche Maß hinaus genutzt werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ausdrücklich, daß sich manche Hochschullehrer über ihre Lehrverpflichtungen hinaus in der Lehre engagieren. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß ihnen dadurch langfristig keine Nachteile in ihrer wissenschaftlichen Weiterentwicklung entstehen.

Außerdem werden wir uns in Verhandlungen mit den anderen Bundesländern dafür einsetzen, daß die gravierenden Unterschiede in der Kapazitätsauslastung bestimmter Fachbereiche, die zum Nachteil der Universität Hamburg zwischen ihr und anderen Universitäten bestehen, abgebaut werden.

Darüber hinaus ist es notwendig, daß der Personalbedarf durch entsprechende Bewirtschaftung der Stellen - z. B. durch Umwidmung freier und nicht voll ausgenutzter Kapazitäten - gedeckt wird. Wo ein unabweisbarer Bedarf besteht, werden wir neue Stellen bewilligen. Im übrigen werden wir Abiturienten den Besuch von Berufsakademien mit hohem Standard und praxisnahen Bildungsinhalten anbieten.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. STOP FÜR NEUE STELLEN IN DEN HOCHSCHULVERWALTUNGEN.
2. VERLAGERUNG VON STELLEN AUS DEN HOCHSCHULVERWALTUNGEN IN DIE FACHBEREICHE.
3. AUSBAU VON DACHGESCHOSSEN IN SAGA-HÄUSERN ZU EINFACHEN, ABER GÜNSTIGEN STUDENTENWOHNUNGEN.
4. INITIATIVE IM BUNDESRAT FÜR DIE FORTFÜHRUNG DER GRADUIERTENFÖRDERUNG.
5. INITIATIVE IM BUNDESRAT FÜR DIE WIEDERAUFNAHME DER BUNDESFÖRDERUNG FÜR DEN BAU VON STUDENTENWOHNHEIMEN.
6. BEENDIGUNG DES MISSBRAUCHS DES MANDATS DURCH DIE VERFASSTE STUDENTENSCHAFT.

KULTURPOLITIK FÜR HAMBURG:

NEUE IMPULSE FÜR DIE VIelfALT DES GEISTIGEN LEBENS IN UNSERER STADT -
MEHR PRIVATE INITIATIVE STATT IMMER MEHR STAATS-KULTURBETRIEB

HAMBURG BRAUCHT NEUE IMPULSE, UM SEINEN RANG ALS KULTURMETROPOLE MIT WELT-NIVEAU AUSBAUEN UND SEIN GROSSES KULTURELLES ERBE BEWAHREN ZU KÖNNEN. EINE KULTURPOLITIK, DIE DAS KULTURELLE ANGEBOT UNTER ENGEN POLITISCHEN GESICHTSPUNKTEN GESTALTET UND IN DER STAATLICHEN VERANSTALTUNG VON KULTUR IHR HEIL SUCHT, GEHT DABEI DEN FALSCHEN WEG. FÜR UNS HAT KULTURPOLITIK VOR ALLEM DIE AUFGABE, KUNSTLERN UND BÜRGERN ZU ERMÖGLICHEN, SCHÖPFERISCH UND AUS EIGENER INITIATIVE HINWAUS DIE GEISTIGE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEN KUNSTEN ZU SUCHEN.

Das kulturelle Leben in Hamburg ist in den letzten Jahren zu oft in die negativen Schlagzeilen geraten. Das politisch gewollte Vergraulen des früheren Thalia-Intendanten, der Mißbrauch des Schauspielhauses für einseitig ausgerichtete Polit-Kunst und die immer wieder aufflackern- den Auseinandersetzungen zwischen Künstlern und Kulturbehörde sind dafür nur einige Beispiele.

Auf neuen Gebieten der Kulturförderung wie Literatur- und Filmförderung sowie den Stadtteilkultur-Zentren bleibt die kulturelle Vielfalt häufig zugunsten politischer Bevorzugung bestimmter Richtungen auf der Strecke. Die Bewahrung unseres kulturellen Erbes im Denkmalschutz und die Erhaltung der Kunstschatze in den Museen macht zudem nur wenig Fortschritte. Außerdem stehen wichtige Bereiche der Kunst wie Musik und Bildende Kunst weitgehend im Schatten der Kulturförderung. Bei alledem kann nicht übersehen werden, daß der staatliche Kulturetät erheblich ausgeweitet worden ist. Wir finden allerdings, daß ein Teil dieser Steuermittel zu sehr nach dem Gießkannenprinzip und unter rein ideologischen Gesichtspunkten ausgegeben worden ist.

DAS WILL DIE CDU

Kulturpolitik hat für uns die Aufgabe, das vielfältige kulturelle Leben in unserer Stadt zu fördern und den Bürgern aller Schichten die Begegnung mit den Künsten zu ermöglichen. Schüler, Studenten, Auszubildende und Wehrpflichtige, sollen - unabhängig vom Alter - auch weiterhin die Möglichkeit haben, den Theaterpaß und das Scheckheft des Kulturrings der Jugend in Anspruch nehmen zu können. Die Lebensqualität einer Stadt bemißt sich nach

unserer Auffassung nicht nur nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern auch nach dem Rang, den das geistige Leben in ihr einnimmt. Hamburg ist von seiner Tradition her nicht nur eine Stadt der Kaufleute, sondern auch der Künstler und der Bürgerkultur. Diese Tradition wollen wir durch eine liberale, auf künstlerische Freiheit und private Initiative bedachte Kulturpolitik fortsetzen. Kulturelles Leben kann nicht staatlich erdacht, bürokratisch geplant und dann auch noch ideologisch gestaltet werden. Kulturelles Leben braucht Vielfalt und Freiraum für schöpferische Prozesse. Deshalb sind wir dagegen, daß der Staat immer stärker versucht, auf die Kulturge- staltung und -vermittlung Einfluß zu nehmen. Deshalb werden wir zugleich auch alle Bemühungen von Bürgern fördern, sich in freier Initiative am kulturellen Leben zu beteiligen. Nicht staatlicher Kulturbetrieb und Kulturkonsum sind unsere Ziele, sondern mehr Freiheit für die kreative Begegnung zwischen Kunst und Bürgern.

Angesichts der finanziellen Krise des Hamburger Staates halten wir eine erhebliche Ausdehnung der Ausgaben für kulturelle Zwecke nicht für realistisch. Uns wird es vielmehr darauf ankommen, die zur Verfügung stehenden Mittel gerechter und wirkungsvoller einzusetzen. Dabei werden die großen Subventionsempfänger im Kulturbereich wie z. B. die Staatstheater von uns veranlaßt werden, durch Rationalisierung und Sparsamkeit den Anstieg des Zuschußbedarfs zu begrenzen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. ERHALTUNG DER KULTURELLEN SCHÄTZE UNSERER STADT

Die Förderung der Museen und des Denkmalschutzes ist in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Dabei finden gerade in diesen beiden Bereichen die Bürger am leichtesten Zugang zur Kultur. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß die Museen nicht länger einen Teil ihrer wertvollen Sammlungen in ihren Kellern aufbewahren müssen, sondern der Öffentlichkeit wieder zugänglich machen können.

Das Museum für Hamburgische Geschichte wollen wir um eine Abteilung für Hamburgische Technik-Geschichte ergänzen.

Besonderer Förderung bedarf im übrigen die Pflege und Erhaltung des ost- und mitteleuropäischen Kulturgutes, das in unserer Stadt vorhanden ist.

Im Denkmalschutz müssen die Bemühungen verstärkt werden, kulturhistorisch wertvolle Bauten zu retten. Kontorhäuser und Speicherstadt, Bauernhäuser in den Landgebieten und Häuser der neueren städtischen Architektur sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Die oftmals hohen Belastungen privater Eigentümer durch Denkmalschutz-Auflagen wollen wir durch zinsgünstige Darlehen erleichtern. Denkmalschutz hört für uns allerdings nicht an den Fassaden auf. Wir meinen, daß auch die innere Gestaltung von Häusern dazugehört. Wir halten zudem eine behutsame Pflege des Bildes von Straßenzügen und Stadtteilen für notwendig, um das vertraute Milieu vor dem zerstörerischen Vordringen gesichtsloser Neubauten zu bewahren.

2. FÖRDERUNG EINES BREITEN ANGEBOTS AN THEATERN

Hamburg verfügt über eine Theaterlandschaft, die sich in ihrer Vielfalt zeigen lassen kann. Diese Vielfalt zu fördern, ob es sich um Staats- oder Privattheater handelt, halten wir für unsere Aufgabe. Bei den Theater-Subventionen werden wir allerdings strenge Maßstäbe hinsichtlich einer sparsamen Verwendung anlegen. Zu aufwendige Ausstattungen von Stücken in den Staatstheatern sollten vermieden werden, ebenso künstlerisch nicht notwendige Baumaßnahmen für zigmillionen Mark. Das Operettenhaus ("Theater am Spielbudenplatz") sollte an einen tüchtigen, in der Branche des Musiktheaters erfahrenen Unternehmer verpachtet und nicht staatlich betrieben werden. Ferner sollten kleine experimentelle Theater von der staatlichen Kulturförderung berücksichtigt werden.

3. BESSERE CHANCEN FÜR DIE BILDENDE KUNST UND DAS MUSIKLEBEN IN UNSERER STADT

Die Bildende Kunst und das Musikleben sind bisher nur nachrangig gefördert worden. Wir wollen dies grundlegend ändern: Zum Beispiel durch die verstärkte Vergabe von Aufträgen im Rahmen des Programms "Kunst am Bau", die Vergabe von Stipendien an begabte Künstler, die Schaffung von Atelierwohnungen und die Erweiterung von Ausstellungsmöglichkeiten in öffentlichen Gebäuden. Die Einrichtung einer Graphothek, also einer Art "Leihbücherei" für graphische Werke, halten wir ebenfalls für einen sinnvollen Schritt.

In der Förderung des musischen Schaffens werden die "Hamburger Symphoniker" sowie Amateur-Ensembles (Chöre und Orchester) besonders unterstützt werden. Zudem werden wir Jugendlichen, die klassische Musik oder Pop-Musik spielen wollen, geeignete Räume in Schulen zur Verfügung stellen.

Künstlerische Betätigung - wie z.B. Straßenmusik und -theater sowie Veranstaltungen in Musikkneipen - darf nicht durch bürokratische Hemmnisse beeinträchtigt werden.

4. BÜRGERNAHE KULTUR IN DEN STADTTEILEN

Die sogenannte kulturelle Stadtteilarbeit halten wir grundsätzlich für eine gute Sache. Allerdings sollte bei ihr die Kulturarbeit aus privater Initiative überwiegen und ihr Einsatz für einseitige politische Zwecke ausgeschlossen werden. Außerdem sollte sie nicht staatlich verordnet werden, sondern nur dort entstehen und erhalten werden, wo Vereine und einzelne Bürger durch ihr Engagement die Aufgaben derartiger Einrichtungen erfüllen können. Die Errichtung neuer kultureller Stadtteilzentren wird aus finanziellen Gründen auf wenige Einzelfälle beschränkt werden müssen. Wir meinen, daß statt dessen in öffentlichen Bücherhallen in kleinerem Rahmen kulturelle Arbeit in den Stadtteilen geleistet werden könnte, z. B. Dichterlesungen, kleine Konzerte, Ausstellungen. Voraussetzung dafür sollte auch hier sein, daß sich Bürger an der Abwicklung solcher Veranstaltungen beteiligen.

Wir werden das Weiterbestehen von Kultur-Zentren wie der Fabrik sichern. Dies aber unter der Voraussetzung, daß die Haushaltsführung dieser Institutionen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet wird.

Was für uns auch sehr wichtig ist: Zu einer bürgernahen Kulturpolitik gehört die Pflege der niederdeutschen Sprache, auch an den Schulen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. GÜNSTIGES DARLEHENSPROGRAMM FÜR DIE ERHALTUNG KULTURHISTORISCH WERTVOLLER BAUTEN IN PRIVATHAND.
2. ERHÖHUNG DER MITTEL FÜR DIE RESTAURIERUNG UND AUSSTELLUNG VON KUNST-SCHÄTZEN IN UNSEREN MUSEEN.
3. MODELLVERSUCH "KULTUR IN DEN BÜCHERHALLEN" UNTER BETEILIGUNG GEEIGNETER VEREINE UND ENGAGIERTER BÜRGER IN DEN STADTTHEILEN.

UMWELTPOLITIK FÜR HAMBURG:

WIEDER SAUBERES WASSER IN ELBE UND ALSTER - KEIN RAUBBAU MEHR AN DER NATUR

UNSERE STADT HAT EINE SCHATTENSEITE: DIE VERSCHMUTZUNG UND VERGIFTUNG IHRER NATÜRLICHEN UMWELT. BEI ALLEM SCHÖNEN, WAS HAMBURG ZU BIETEN HAT, DÜRFEN WIR DAVOR NICHT LÄNGER DIE AUGEN VERSCHLIESSEN. SONST KÖNNTE ES BALD ZU SPÄT SEIN. DESHALB WOLLEN WIR ENERGISCH ELBE UND ALSTER SANIEREN, DIE LUFT- UND BODEN-BELASTUNG DURCH GIFTIGE STOFFE ABBAUEN, MIT DEN KOSTBAREN TRINKWASSERVORRÄTEN SORGFÄLTIG UMGEHEN. UMWELTSCHUTZ IST SCHUTZ UNSERES LEBENS. ER MUSS STÄRKER ALS BISHER DAS POLITISCHE HANDELN IN UNSERER STADT BESTIMMEN.

Sauberes Wasser in Elbe und Alster? Fehlanzeige. Sparsamer Umgang mit dem Trinkwasser? Bisher nicht erfolgt. Drastischer Abbau der Luftbelastung durch gesundheitsgefährdende Stoffe? Fehlanzeige. Mehr Grün als ein paar Blumenkübel und Bäume zwischen Hauptbahnhof, Rathaus und Gänsemarkt, zwischen Speicherstadt und Binnenalster? Nicht in Sicht. In Hamburg muß noch Entscheidendes für den Umweltschutz geleistet werden.

Dies ist nicht allein die Schuld des bisherigen Senats, bei dem die Mühlen in Sachen Umweltschutz ziemlich langsam mahlen. Wir alle - auch diejenigen, die heute für den Umweltschutz ein politisches Monopol beanspruchen - haben ganz überwiegend zu spät erkannt, was wir uns antun, wenn wir die Natur zerstören.

Aber: Bisher ist in Hamburg auf höchster Ebene zu wenig getan worden, um die schlimmen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren: Giftige Abwässer werden weiter direkt in die Elbe geleitet. Verhandlungen mit der DDR über den Abbau der Vorbelastung der Elbe, z. B. durch Kali, sind über das Stadium von einseitigen Ankündigungen noch nicht hinausgegangen. Die Luftbelastung durch Betriebe soll gesenkt werden. Gleichzeitig werden aber umweltbelastende Kohlekraftwerke inmitten von Wohngebieten geplant. Der giftige, schwermetallhaltige Klärschlamm soll zwar nicht mehr in den Atlantik gekippt werden, dafür aber als gefährliches Düngemittel in der Landwirtschaft verwendet werden, obwohl die Gifte dadurch in die Nahrungskette gelangen. Anstatt die einmalige Chance offensiv zu nutzen, die Lärmbelästigung durch den Flugverkehr des Flughafens Fuhlsbüttel abzubauen, hat man die bisherige Möglichkeit des Ausweichens nach Kaltenkirchen nicht genutzt. So lange für die Umweltpolitik in Hamburg kein Gesamtkonzept mit klaren Prioritäten besteht, kommen wir beim lebenswichtigen Schutz unserer natürlichen Umwelt nicht entscheidend voran.

Umweltpolitik ist für uns ein Prüfstein für den Willen zur Sicherung der Zukunft unserer Stadt und unseres Landes. Sie ist eine der entscheidenden Lebensfragen Hamburgs. Aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen wollen wir die Verschmutzung und Vergiftung der natürlichen Güter drastisch abbauen und den Raubbau an der Natur stoppen.

Wir wissen, daß es dabei Konflikte gibt: Konflikte um die Erhaltung von Arbeitsplätzen und Betrieben, Auseinandersetzungen um Eigentums- und Besitzstandsrechte. Schließlich auch Beeinträchtigungen unseres materiellen Wohlstandes, der zu einem erheblichen Teil darauf beruht, daß wir in der Vergangenheit zu großzügig mit den natürlichen Gütern, z. B. mit den Energiequellen, umgegangen sind. Wir wissen auch, daß eine einseitige 'Abrüstung' Hamburgs beim Raubbau an der Natur die wirtschaftliche und damit die arbeitsplatzsichernde Leistungsfähigkeit unserer Stadt gefährlich vermindern würde, wenn nicht andere Bundesländer und das Ausland ebenfalls dazu bereit sind. Deshalb wird es zwischen den Interessen des Umweltschutzes und anderen Interessen unserer Stadt Kompromisse geben müssen.

Wir werden erstens die finanziell vertretbaren Möglichkeiten bis zum Äußersten ausschöpfen, um die Sanierung der Elbe und Alster einschließlich der Nebenflüsse und Kanäle schneller voranzutreiben. Hamburg, die Weltstadt am Wasser, darf nicht länger eine Weltstadt an schmutzigen Gewässern bleiben.

Zweitens wollen wir die Beseitigung von schwermetallhaltigem Schlamm und anderen umweltschädlichen Stoffen mit modernsten Technologien beschleunigen. Technik muß kein Gegensatz zum Umweltschutz sein. Sie kann ihm mehr dienen als bisher.

Drittens werden wir die Sanierung von verunreinigten Grundstücken, die die Trinkwasserversorgung gefährden, beschleunigen.

Viertens wollen wir einen Luftreinhalteplan aufstellen, um die Luftbelastung zu reduzieren. Außerdem werden wir keine zusätzlichen Luftbelastungen schaffen, wie z.B. durch den Bau eines Kohlekraftwerks in Wandsbek.

Fünftens werden wir den Bau des Flughafens Kaltenkirchen anstreben, um die Lärm- und Luftbelastung für Hunderttausende im Norden Hamburgs durch den Flughafen Fuhlsbüttel deutlich einzuschränken.

Im übrigen: Wir wollen sparsam umgehen mit dem Verbrauch natürlicher Güter wie dem Trinkwasser, den Energiequellen, den Grün- und Waldflächen. Wir wollen den natürlichen Kreislauf bei Tieren und Pflanzen schützen und vor kurzsichtigen, nicht wieder reparierbaren Eingriffen bewahren. Ohne die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Nachbarländern können die großen Umweltprobleme Hamburgs nicht gelöst werden. Wir streben deshalb eine erhebliche Verbesserung dieser Zusammenarbeit an.

Das Landesnaturschutzgesetz wollen wir "entbürokratisieren", damit effektiver gestalten und zugleich die gute Arbeit der Naturschutzverbände unterstützen, um den Staat von Aufgaben zu entlasten.

Zum Umweltschutz gehört für uns auch der sparsame Umgang mit Rohstoffen. Alle wirtschaftlich sinnvollen Recycling-Maßnahmen finden darum unsere Unterstützung. Die Erforschung und Entwicklung neuer Recycling-Verfahren ist von größter Bedeutung.

Aber man darf den Umweltschutz nicht allein dem Staat zur Aufgabe machen. Er ist Aufgabe aller Bürger. Das Bewußtsein für die Reinhaltung unserer Umwelt muß geschärft werden. Ebenso halten wir die empfindliche Bestrafung von großen und kleinen Umweltsündern für geboten. Die Verantwortung des Staates für die Umweltvorsorge entbindet nicht Unternehmer von ihrer Verantwortung: Wer verschmutzt und belastet, muß auch für die Beseitigung bezahlen; besser noch: muß dafür sorgen, daß Verschmutzung und Belastung gar nicht erst entstehen. Wo sich das Verursacherprinzip nicht anwenden läßt, muß der Staat im Interesse des Allgemeinwohls und aus der Sicht seiner übergeordneten Verantwortung auch durch Bereitstellung finanzieller Mittel helfen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. WIEDER SAUBERES WASSER IN ELBE UND ALSTER

Wer an Hamburg denkt, denkt in erster Linie an die Elbe und die Alster-Gewässer, um die uns viele beneiden, die aber in Wirklichkeit total verdeckt sind. Wir werden deshalb umgehend ein Sanierungsprogramm für Elbe, Alster, ihre Nebenflüsse und die Kanäle einleiten. Dazu gehören Verhandlungen mit der DDR und der Tschechoslowakei über den Abbau der giftigen Vorbelastungen der Elbe bei Schnackenburg. Dabei könnte es im Interesse Hamburgs und des Bundes liegen, auch finanzielle Hilfen für den Einleitungs-Stopp für giftige Abwässer in der DDR und der CSSR zu leisten. Dazu zählt aber auch eine strenge Überprüfung der Einleitungen von Hamburger Betrieben mit dem Ziel, die Schadstoffmengen schrittweise zu verringern. Für die Reinhaltung der Elbe und für den Schutz der Alster vor schädlichen Abwässern muß deshalb der Bau von Klärwerken, z.B. des Klärwerks Dradenau, beschleunigt werden. Bei nachgewiesenen Gefahren für Arbeitsplätze müssen Betrieben, die von Sanierungsmaßnahmen betroffen werden, Umstrukturierungshilfen gezahlt werden; wir werden verstärkt darauf drängen, daß sich auch der Bund, der für die Elbe als neben Rhein und Donau bedeutendster deutscher Wasserstraße Verantwortung trägt, daran beteiligt. Im übrigen zeigt sich hier, wie wichtig es ist, durch den Abbau der Hamburger Staatsverschuldung finanzielle Reserven für derartige Zukunftsausgaben zu gewinnen.

Im Untereiberaum müssen die berechtigten Interessen von Umweltschutz und Wirtschaft abgewogen werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches Gesamtgutachten, das Auskunft gibt über die Möglichkeiten der Entlastung.

2. SCHUTZ VOR ÖLVERSCHMUTZUNGEN

Eine unserer wichtigsten Aufgaben bei der Wasserreinhaltung ist der Schutz vor der zunehmenden Ölverschmutzung.

Um die Gefahr von Tankerunfällen zu verringern, sollten alle Tanker, die in die Nordsee und die Elbe einlaufen, ein gültiges Unbedenklichkeitszeugnis (Klassifizierungs-Zertifikat) vorweisen können. Vorrangig ist für uns aber die ständige und vor allem schärfere Kontrolle der Schiffe unter sogenannten "Billigflaggen". Es ist unverständlich, warum diese und andere Maßnahmen nicht bereits früher ergriffen wurden. Deshalb wer-

den wir auch eine Lotsenpflicht für sämtliche Schiffe mit gefährlicher Ladung auf der Elbe einführen. Verschärfte Sicherheitsbestimmungen für Ölbohrungen im Meer, ein uneingeschränktes Verbot für Öltankreinigungen auf See mit wirksamer Kontrolle sowie hohe Strafen für Ölverschmutzungen sind dringend notwendige Maßnahmen, die nicht in den Aufgabenbereich eines Hamburger Senats fallen. Aber wir werden diese und andere Entscheidungen von den entsprechenden Gremien fordern. Zur wirksamen Bekämpfung von Öl-Katastrophen werden wir Einsatzpläne erarbeiten lassen.

3. STOPP FÜR WEITERE LUFTBELASTUNGEN

Messungen der Luftverschmutzung in den Hamburger Stadtteilen haben ergeben, daß an bestimmten Orten die zulässigen Grenzwerte, insbesondere für Staub und Schwefeldioxyd, bereits erheblich überschritten sind. Im Interesse der Gesundheit der Bürger wollen wir diese starke Verunreinigung der Luft erheblich abbauen. Betriebe, die daran beteiligt sind, werden im Interesse der Arbeitsplätze für entsprechende technische Vorrichtungen finanzielle Hilfen erhalten, aber sie werden zugleich streng kontrolliert werden. Einen überregionalen Luftreinhalteplan, der eine Übersicht über die wichtigsten Luftverschmutzer enthält, befürworten wir. Aber nicht, um durch den Abbau der Luftverschmutzung durch Betriebe einen Freiraum für den Bau von überflüssigen und gesundheitsgefährdenden Kohlekraftwerken zu gewinnen. Wir sagen "Ja" zu einer Beteiligung Hamburgs an der Lieferung von Strom aus dem Kernkraftwerk Brokdorf. Deshalb können wir auf den Bau eines Kohlekraftwerkes zur Stromerzeugung in Tiefstack verzichten und damit auch ein Fernwärme-Kraftwerk in Wandsbek vermeiden. Die Ausweisung von Luftbelastungsgebieten, verbunden mit dirigistischen Eingriffen in Betriebe und deren Arbeitsplätze, lehnen wir ab. Wir wollen in freier Zusammenarbeit mit den Betrieben und durch die finanzielle Unterstützung betriebsinterner Umweltschutzmaßnahmen die Luftbelastung abbauen.

4. SANIERUNG VERGIFTETER GRUNDSTÜCKE

Das Stadtgebiet ist überzogen von in ihrer Gefährlichkeit nicht erkannten oder vergessenen Mülldeponien sowie von nicht eindeutig geklärten Ablagerungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Diese Grundstücke bedeu-

ten nicht nur eine ständige Gefahr für die Bevölkerung, sondern vor allem auch eine mögliche Beeinträchtigung unseres Trinkwassers. Wir werden umgehend Sanierungsmaßnahmen bei gefährlichen Grundstücken einleiten. Die Zeitbombe, die hier weitgehend unbemerkt tickt, muß entschärft werden.

5. UMWELTFREUNDLICHE BESEITIGUNG VON SCHWERMETALLHALTIGEM HAFENSCHLICK UND KLÄRSCHLAMM

Zwei wichtige Probleme der Abfallbeseitigung sind bisher in Hamburg nicht gelöst worden: Die Beseitigung des giftigen Hafenschlicks und Klärschlammes sowie die vorbeugende Abnahme gesundheitsschädlicher Abfallstoffe. Jährlich fallen etwa 2 Millionen Kubikmeter Hafenschlick durch notwendige Ausbaggerungen an und müssen 340 000 Tonnen Klärschlamm beseitigt werden. Nachdem trotz aller Warnungen Hamburg jahrelang die Nordsee als Müllkippe für den Klärschlamm benutzt hat, wird nun versucht, den Klärschlamm als Düngemittel auf große Landflächen zu verstreuen - mit allen gefährlichen Folgen für die Landwirtschaft und unsere Ernährung. Wir wollen einen anderen Weg gehen und dieses Problem in drei Schritten einer Lösung näherbringen:

Erstens durch geschlossene chemische Kreisläufe in Betrieben, die mit Metallen arbeiten. Dadurch wird die Sammlung von giftigen Abfallstoffen erleichtert und ihre unkontrollierte Beseitigung vermieden. Zweitens durch Einrichtung einer speziellen Müllabfuhr für Betriebe, die metallhaltige Abwässer von entsprechenden Betrieben abholt und sie durch physikalische Methoden zur Wiederverwendung aufbereitet. Drittens werden wir zur Beseitigung des Klärschlammes alle Möglichkeiten der Weiterverwendung überprüfen; ggf. sind neueste Verbrennungstechniken anzuwenden.

Solange die Elbe nicht saniert ist, wird uns die Beseitigung des giftigen Hafenschlicks weiterhin erhebliche Schwierigkeiten bereiten, die nicht von heute auf morgen beseitigt werden können. Die weitere Ablagerung des schwermetallhaltigen Baggerguts auf Spülfeldern in den Bezirken Bergedorf, Harburg und Mitte ist keine dauerhafte Lösung. Auf keinen Fall dürfen Flächen für die Hafenerweiterung ausgewiesen werden, nur um sie als Spülfelder zu mißbrauchen. Gefährdungen des Grundwassers und der Landwirtschaft wären nicht auszuschließen. Wir streben grundsätzlich Verfahren an, die den Sand im Hafenschlick von den metallhaltigen Schlick-

anteilen trennen, wobei die Metalle anschließend konzentriert und weiterverarbeitet werden. Entsprechende Forschungen an der TU Harburg und technische Verfahren werden wir mit großem Nachdruck vorantreiben.

6. SICHERUNG DER GRUNDWASSERVERSORGUNG

Die Versorgung mit ausreichendem Trinkwasser könnte, wenn wir nicht vorbeugend mehr tun, zur "Energiefrage" des nächsten Jahrhunderts werden. Jahrzehntelang sind wir mit dem Trinkwasser verschwenderisch umgegangen, sind ohne genügende Beachtung der ökologischen Folgen Trinkwasser-Reservoirs ausgebeutet worden und ist das Problem, daß die wachsende Umweltverschmutzung auch das Trinkwasser gefährdet, nicht richtig erkannt worden. Wir werden uns deshalb für einen sparsameren Umgang mit dem kostbaren Gut "Trinkwasser" in Betrieben und Haushalten einsetzen. Die Einrichtung von geschlossenen Brauchwasser-Kreisläufen, insbesondere in der Industrie, ist in diesem Zusammenhang eine förderungswürdige Maßnahme. In der Öffentlichkeitsarbeit des Senats und der Hamburger Wasserwerke werden wir verstärkt für einen sparsamen Wasserverbrauch werben.

Zugleich ist es unser Ziel, mit einer durchgreifenden Sanierung der Elbe die Trinkwasserbrunnen im elbnahen Bereich wieder voll nutzen zu können. Dies ist vor allem deshalb notwendig, weil die Wassergewinnung für Hamburger Zwecke in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum Schutze der dortigen Landschaft nur eingeschränkt erfolgen sollte. Von großer Bedeutung für die zukünftige Wassergewinnung ist zudem die Nutzung von Oberflächenwasser und Uferfiltraten. Verstärkter Anstrengungen bedarf der Schutz unseres Grundwassers. Bodenverunreinigungen müssen vermieden, wilde Abwassereinleitungen und Versickerungen aufgespürt, die Sielbauarbeiten vorangetrieben werden. Im Interesse der Auffüllung der Grundwasser-Reservoirs muß eine weitere Zubetonierung unserer Stadt vermieden werden, damit das Regenwasser im Boden versickern kann.

7. SCHUTZ VON GRÜN- UND WASSERFLÄCHEN

Nicht nur für Naherholung und Freizeit ist ein verbesserter Schutz von Grün- und Wasserflächen notwendig, sondern insbesondere auch zur Erhaltung des Lebens von seltenen Tier- und Pflanzenarten. Feuchtgebiete und andere empfindliche Ökosysteme müssen deshalb besser geschützt

werden. Außerdem brauchen wir in einigen Stadtteilen mehr Grün, um nicht immer stärker in einer Welt aus Beton und Stein, Metall und Glas leben zu müssen. Dazu gehört die Begrünung der Hamburger Innenstadt durch mehr Bäume und kleine Rasenflächen. Stadtplanung und Bauvorhaben müssen darauf verstärkt Rücksicht nehmen. Das Mühlenberger Loch werden wir unter Naturschutz stellen. Die Gefährdung des Baumbestandes in Straßen wollen wir durch erheblich eingeschränkte Verwendung von Streusalz eindämmen. Vorhandener Baumbestand muß durch Sanierung erhalten werden. Dabei darf es allerdings nicht zu erhöhten Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Mitbürgern kommen. Wir setzen uns dafür ein, daß durch vermehrte Aufklärung der Öffentlichkeit der Gebrauch von Pestiziden und Insektiziden auf ein umweltverträgliches Maß reduziert und somit durch größere Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren eine verbesserte Stadtökologie erreicht wird.

8. ABBAU DER LÄRMBELASTUNG

Neben unserem Bemühen, den Flughafen Kaltenkirchen zu bauen und damit die Lärmbelastung im Norden Hamburgs durch den Flughafen Fuhlsbüttel drastisch zu vermindern, ist es unser Ziel, die Belästigung der Bevölkerung durch den Verkehrslärm einzuschränken. Dabei geht es uns mehr um vorbeugende als um nachträgliche Maßnahmen. Lärmschutzzäune reflektieren einen Teil des Verkehrslärms nur in andere Zonen, der Einbau von schallisolierenden Fenstern löst das Grundproblem nicht. Deshalb wollen wir durch den Bau von Entlastungsstraßen und den Abbau des Stop-and-Go-Verkehrs einen wirkungsvollen Beitrag zum Lärmschutz leisten.

9. LEISTUNGSFÄHIGERE ORGANISATION DES UMWELTSCHUTZES

Strenge Umweltschutz-Vorschriften und die wirkungsvolle Kontrolle ihrer Einhaltung sind unerläßlich. Aber einen besseren staatlichen Umweltschutz bekommen wir nicht durch immer mehr Bürokratie und immer mehr Vorschriften. Das Stoltzenberg-Gelände ist 600 mal von Staatsbediensteten betreten worden, ohne daß etwas Entscheidendes geschehen ist. Was fehlte, waren klare Kompetenzen. Die neue Hamburger Umweltbehörde hat diesen Mißstand nicht abgebaut. Wir werden für eindeutige Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Umweltschutzbereich sorgen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. IN ZUSAMMENARBEIT MIT SCHLESWIG-HOLSTEIN UND NIEDERSACHSEN POLITISCHER VORSTOSS IN BONN, UM ENDLICH VERHANDLUNGEN MIT DER DDR ÜBER DIE ELB-SANIERUNG AUFZUNEHMEN.
2. BESCHLEUNIGUNG DES KLÄRWERK-, SAMMLER- UND OBERLAUFSAMMLERBAUS.
3. BEGINN EINES MEHRJÄHRIGEN PROGRAMMS ZUR SANIERUNG DER ALSTER.
4. STOPP FÜR WEITERE PLANUNGEN, KOHLEKRAFTWERKE ZUR STROMERZEUGUNG MITTEN IN HAMBURG ZU BAUEN. STATT DESSEN "JA" ZUR WEITEREN AUFRECHTERHALTUNG DER BETEILIGUNG HAMBURG AM BAU DES KERNKRAFTWERKES BROKDORF.
5. VOLLSTÄNDIGE ERMITTLUNG FRÜHERER MOLLDEPONIEEN UND ANDERER VERGIFTETER GRUNDSTÜCKE IM STADTGEBIET UND IHRER ZUKÜNFTIGEN GEFAHREN.
6. EINRICHTUNG EINER MOLLABFUHR FÜR GIFTIGE STOFFE.
7. EINLEITUNG EINES VERFAHRENS, DAS DAS MÖHLENBERGER LOCH UNTER NATURSCHUTZ STELLT.
8. AUFSTELLUNG EINES BEGRÜNUNGSPLANES FÜR DIE INNENSTADT. ZIEL: MEHR BÄUME UND KLEINE GRÜNFLÄCHEN.
9. KLARE AUFGABEN UND KOMPETENZEN FÜR DEN STAATLICHEN UMWELTSCHUTZ.

WOHNUNGSPOLITIK FÜR HAMBURG:

GROSSERES ANGEBOT AN MIETWOHNUNGEN - MEHR CHANCEN FÜR DAS WOHNUNGSEIGENTUM

AN VIELEM KANN MAN ABSTRICHE MACHEN, AN DER AUSREICHENDEN VERSORGUNG MIT WOHNUNGEN NICHT. DER STÄNDIG STEIGENDE WOHNUNGSMANGEL IN HAMBURG MUSS BESEITIGT WERDEN - EINE SCHWIERIGE AUFGABE. ABER SIE KANN NUR GELÖST WERDEN, WENN GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFTEN UND PRIVATE BAUHERREN WIEDER MEHR GELD IN DEN WOHNUNGSBAU INVESTIEREN. DAFÜR WOLLEN WIR - ZUM VORTEIL DER MIETER - ATTRAKTIVE BEDINGUNGEN SCHAFFEN. UND: MEHR HAMBURGER ALS BISHER MUSSEN DIE CHANCE ERHALTEN, SICH EIN EIGENES HAUS ODER EINE EIGENE WOHNUNG LEISTEN ZU KÖNNEN. DAFÜR WERDEN WIR SORGEN. DENN WOHNUNGSEIGENTUM IST DER BESTE MIETERSCHUTZ.

Für Zehntausende Hamburger ist die Suche nach einer neuen, passenden Wohnung zum hoffnungslosen Fall geworden. Entweder wird die gesuchte Wohnung überhaupt nicht angeboten - oder sie ist zu teuer. Der ständig nachlassende Bau von neuen Wohnungen verschärft diese Misere - ganz abgesehen davon, daß Hamburg bereits die höchsten Miet- und Nebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland hat. Die Ursachen für diesen Mißstand sind offenkundig: Weil der Neubau von Wohnungen überwiegend zu einem Verlustgeschäft geworden ist, haben die privaten Bauherren kaum noch Interesse daran. (Andererseits könnten viele Mieter eine drastische Anhebung der Mieten nicht verkraften.)

Beim Erwerb von Wohnungseigentum sieht es in Hamburg besonders schlecht aus. Kein anderes Bundesland hat so wenig Wohnungseigentum in Bürgerhand wie Hamburg. Zu wenig ausgewiesenes Bauland und zu hohe Baukosten zwingen Jahr für Jahr Tausende von Bürgern dazu, ihren Traum vom Eigenheim im Umland zu verwirklichen. Das bringt nicht nur Millionenverluste an Steuern Jahr für Jahr (die dann für die Förderung des Wohnungsbaus in Hamburg fehlen). Das widerspricht auch dem Willen der meisten Hamburger, in den eigenen vier Wänden wohnen zu können.

Eine ausreichende Versorgung mit Wohnungen, ob zur Miete oder als Eigentum, ist nicht der einzige Prüfstein für eine Wohnungspolitik, die sich an den Wünschen der Bürger orientiert. Dazu gehört vor allem eine Wohnumwelt, die das menschliche Miteinander fördert und in der man sich wohlfühlen kann. Mammut-Betonsiedlungen auf der grünen Wiese, seelenlose

Massenarchitektur und die fortlaufende Zerstörung unserer natürlichen Umwelt sind das Gegenteil davon. In Hamburg sind in den letzten Jahren mehr als genug abschreckende Beispiele geschaffen worden.

DAS WILL DIE CDU

Die CDU will sich selbst und den Bürgern nichts vormachen: Die Versorgung einer Großstadt wie Hamburg mit ausreichenden Wohnungen, die auch noch möglichst billig sein sollen und das bei hohem Komfort, ist eines der schwierigsten politischen Kapitel. Denn alle sind für neue Wohnungen, aber kaum jemand will dafür wesentlich höhere Belastungen auf sich nehmen. Deshalb wollen wir nach Wegen suchen, die die finanziellen Belastungen für Bauherren und Mieter erträglich machen. Das kann durch Steuererleichterungen, zusätzliche finanzielle Hilfen des Staates, weniger Bürokratie beim Bauen, aber auch durch die Bereitschaft vieler Bürger erreicht werden, für eine bessere Wohnung eigene Arbeit zu leisten. Eines ist dabei sicher: Ohne private Initiative kann der Wohnraum-Mangel in Hamburg nicht beseitigt werden. Mehr Gesetze und mehr staatliche Reglementierungen des Wohnungsbaus schaffen noch keine neue Wohnung. Im Gegenteil: Sie machen das Bauen noch teurer. Mehr Wohnungen können den Mietern aber auch dann zur Verfügung stehen, wenn bisherige Mieter Wohnungseigentum erwerben. Ohnehin sind wir der Meinung, daß die Chancen dafür in Hamburg beträchtlich erhöht werden sollten. Denn Wohnungseigentum ist immer noch der beste Mieterschutz. Abgesehen davon: Das eigene Haus oder die Eigentumswohnung schaffen mehr Freiraum für das Privatleben - und sie bieten Schutz vor Geldentwertung und den Wechselfällen des Lebens. Deshalb wollen wir das Wohnungseigentum massiv fördern und uns damit an den Wünschen der meisten Hamburger orientieren.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik in den nächsten Jahren: die Modernisierung von älteren Wohnungen und die Sanierung von Stadtvierteln, die bei allem Neuen ihr bisheriges Milieu behalten sollen. Im übrigen wollen wir die Verkehrspolitik und die Umweltschutzpolitik besser als bisher mit der Aufgabe in Einklang bringen, eine menschliche Stadt zu schaffen. Verkehrslärm und Luftverschmutzung müssen in ihrer Belastung für Wohngebiete soweit wie möglich drastisch reduziert werden.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. ANKURBELUNG DES MIETWOHNUNGSBAUS

Die Ankurbelung des Baus von Mietwohnungen ist in erster Linie ein finanzielles Problem, das wir entschärfen wollen. Dazu gehört insbesondere eine Begrenzung der Baukosten, die entscheidend die Mietkosten beeinflussen. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß vom Staat günstigere und ausreichend Grundstücke für den Mietwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Außerdem werden wir die Bauvorschriften so ändern, daß ohne wesentliche Komfort-Einschränkungen für die späteren Mieter preiswerter gebaut werden kann. Eine Änderung der Bauvorschriften halten wir auch für notwendig, um eine gemischte Bauweise (kombinierte Wohn- und Geschäftshäuser) zu fördern und entvölkerte Stadtteile zu beleben. Und: Wir werden die kostentreibenden, langen Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren verkürzen, indem freie Architekten und Planungsbüros das erledigen, was in den Behörden nicht schnell genug geschafft werden kann.

Wichtig ist für uns jedoch auch, daß die großen Baugesellschaften eigenes Kapital für den Neubau von Wohnungen mobilisieren können. Der Verkauf von Sozialwohnungen aus ihrem Bestand an die jetzigen Mieter zu fairen Preisen soll dabei helfen. Der Neubau von Mietwohnungen kommt zudem nur wieder in Schwung, wenn die Mieten langfristig die Kosten decken. Soweit solche Mieten nicht von den Mietern verkraftet werden können, muß das Wohngeld eingreifen.

Der Abbruch unbewohnbarer Häuser darf weder vom Eigentümer noch von den Behörden verzögert werden, damit in kürzester Frist Neubauwohnungen erstellt werden können. Die CDU spricht sich allerdings dagegen aus, nutzbaren Wohnraum vorsätzlich und aus Spekulationsgründen leerstehen zu lassen und so Bausubstanz dem Verfall preiszugeben. Im übrigen: Wir setzen uns dafür ein, daß die Vermietung von Wohnraum in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern erleichtert wird.

2. MEHR SOZIALWOHNUNGEN FÜR WIRKLICH BEDÜRFTIGE BÜRGER

Der Bau von Sozialwohnungen muß auf die Aufgabe konzentriert werden, preiswerten Wohnraum für die tatsächlich sozial Schwachen in unserer Stadt zu schaffen. Deshalb werden wir neue Sozialwohnungen insbesondere für kinderreiche Familien schaffen, die häufig in sehr beengten Verhältnissen wohnen müssen - mit allen Problemen für die Erziehung der Kinder. Auch alleinstehende Elternteile mit Kindern und Behinderte haben es schwer, eine

passende Wohnung zu finden. Ihnen zu helfen, ist für uns eine vordringliche soziale Aufgabe. Stärker als bisher wollen wir zudem Sozialwohnungen für ältere Mitbürger fördern, die ein Anrecht darauf haben, nach einem langen Arbeitsleben in einer passenden Wohnung zu leben. Wir werden dabei prüfen, ob solche Wohnungen mit Serviceeinrichtungen für Rentner gekoppelt werden können, damit vielen von Ihnen der Weg ins Altersheim erspart bleibt.

3. ABBREMSEN DES HOHEN ANSTIEGS BEI DEN MIET-NEBENKOSTEN

Die "zweite Miete" - Ausgaben für alle mit dem Wohnen zusammenhängenden Nebenkosten - steigt in der Regel viel schneller als die eigentliche Miete. Das fängt bei der 175-prozentigen Steigerung der Müllabfuhrgebühren seit 1970 an und hört bei den explosionsartig angestiegenen Heizkosten auf. Unsere Energiepolitik, die großes Gewicht auf die preisgünstigere Kernenergie legt, und unser Bemühen, den Staat nicht länger zum Preistreiber bei den Gebühren zu machen, wird einen dämpfenden Einfluß auf den Anstieg der "zweiten Miete" haben.

4. MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT BEI DEN MIETEN

Für uns ist es nicht mehr sozial gerecht, wenn preiswerte Sozialwohnungen von Leuten bewohnt werden, denen höhere Mieten zugemutet werden können. Diese Fehlbelegung von Sozialwohnungen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Wir wollen sie abbauen, indem gutverdienende Mieter von Sozialwohnungen zumutbare Mieten zahlen müssen.

5. MEHR WOHNUNGSEIGENTUM FÜR MIETER

Viele Mieter würden ihre Wohnung gern kaufen, wenn sie ihnen zu fairen Preisen angeboten werden würde. Deshalb wollen wir ihnen dafür eine Chance geben. Sozialwohnungen sollen dann verkauft werden können, wenn die bisherigen Mieter sie kaufen wollen und vertraglich vereinbart wird, daß damit keine Spekulationsgeschäfte betrieben werden.

6. MEHR CHANCEN FÜR DEN BAU VON EIGENHEIMEN

Vielen Bürgern ist die Chance, ein eigenes Haus zu bauen, in den letzten Jahren versperrt worden. Zu wenig und zu teures Bauland sowie zu hohe Erschließungskosten haben entscheidend dazu beigetragen, daß sie entweder ihre Wünsche nur im preiswerteren Umland oder überhaupt nicht verwirklichen konnten. Dabei könnte der Hamburger Staat zig-Millionen mehr Steuern einnehmen, wenn nicht so viele Bauwillige nach Niedersachsen oder Schleswig-

Holstein abwandern würden. Deshalb macht es sich auch für Hamburg bezahlt, wenn die Stadt mehr günstige Grundstücke für den Bau von Wohnungseigentum zur Verfügung stellt. Mit einem speziellen Bauland-Programm, das neue Bauflächen günstig an Bauwillige veräußert und vorhandene Baulücken besser nutzt, streben wir deshalb einen Kurswechsel an. Im übrigen: Die zwangsweise Vergabe von städtischen Grundstücken im Wege des Erbbaurechts lehnen wir grundsätzlich ab. Grundsätzlich sollen städtische Eigenheim-Grundstücke an Bauwillige als Eigentum vergeben werden. Erbbaurechte werden nur auf Wunsch vergeben.

Kostenvorteile für die Eigenheim-Bauwilligen könnten zudem erreicht werden, indem die von ihnen zu bezahlenden Erschließungskosten gesenkt werden. Wir wollen deshalb kleinere Straßen in reinen Neubau-Wohngebieten und auf den wirklichen Bedarf zugeschnittene Versorgungseinrichtungen. Handwerklich geschickten Bürgern wollen wir im übrigen die Möglichkeit geben, Gruppen-Siedlungen im Rohbau zu erwerben und selbst auszubauen. Dies soll jedoch nicht zu verstärkter Schwarzarbeit führen.

7. MILIEUGERECHTE SANIERUNG DES ALTHAUSBESTANDES

Sanierung ist billiger als Neubau in den meisten Fällen - und für uns eine wichtige Aufgabe bei dem Bemühen, mietergerechte Wohnungen zu schaffen. Allerdings: Die oft praktizierte Kahlschlag-Sanierung, die gewachsenen Vierteln und Straßenzügen ihr Milieu nimmt, lehnen wir ab. Auch ist es für uns unvertretbar, daß die bisherigen Mieter mit der Sanierung ihre Wohnung in der angestammten Wohngegend aufgeben müssen.

Um die Sanierung des Hamburger Althausbestandes voranzutreiben, soll der Sanierungswille der Hauseigentümer durch steuerliche Anreize gesteigert werden. Außerdem wollen wir dadurch eine Begrenzung des Mietanstiegs in sanierten Wohnungen erreichen. Ein Vorbild für gute und preiswerte Sanierung sollte nach unserer Auffassung die städteigene Wohnungsbaugesellschaft SAGA sein. Die oft katastrophale Vernachlässigung dieser Aufgabe werden wir beenden.

8. WOHNEN IN EINER MENSCHLICHEN UMWELT

Gute und finanziell tragbare Wohnungen zu bauen oder zu modernisieren, ist für uns nicht die einzige Aufgabe in der Wohnungspolitik. Unser Bestreben ist es vielmehr, auch die Umgebung der Wohnungen menschlicher zu gestalten. Deshalb werden von uns keine Mammut-Betonsiedlungen auf der grünen Wiese gebaut. Wir wollen nicht, daß der menschliche Kontakt zwischen den Bürgern durch eine seelenlose Architektur weiter verarmt.

Und: Wir werden durch mehr Bäume und Grünflächen ebenso wie durch den Bau von mehr Spiel- und Abenteuerplätzen für Kinder unserer Stadt einen humaneren Charakter geben. Wichtig für uns ist zugleich: Stopp für noch mehr Lärm und Luftverschmutzungen in unserer Stadt. Neue Kohlekraftwerke mitten in gewachsenen Wohnvierteln? Nein danke. Außerdem werden wir durch eine andere Verkehrsplanung dafür sorgen, daß der Verkehrslärm vermindert und aus Wohngebieten möglichst herausgehalten wird. Dies geht nicht von heute auf morgen. Denn wer den Verkehr umlenken will, muß auch sagen, wohin er ihn lenken will. Dies ist auch für uns ein schwieriges Problem, das angepackt werden muß. Wir werden uns nicht scheuen, auch Entlastungsstraßen zu bauen, wo dies unsere Verantwortung für die gesamte Bevölkerung gebietet.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. VERKÜRZUNG VON BEBAUUNGSPLANVERFAHREN, DAMIT SCHNELLER MIETWOHNUNGEN UND EIGENHEIME GEBAUT WERDEN KÖNNEN.
2. OBERPRÜFUNG ALLER BAUVERORDNUNGEN UND -VORSCHRIFTEN DURCH EINE KOMMISSION VON WOHNUNGSEXPERTEN UND BEHÖRDENFACHLEUTEN AUF DIE FRAGE, OB SIE OBERHOLT SIND UND FLEXIBLER GESTALTET WERDEN KÖNNEN.
3. ZUSÄTZLICHE BEREITSTELLUNG VON STÄDTISCHEM BODEN FÜR EIGENHEIME - BEGINN MIT DER ERSCHLIESSUNG VON FLÄCHEN FÜR 6700 BAUPLATZE.

VERKEHRSPOLITIK FÜR HAMBURG:

ENTSCHEIDUNG FÜR EIN BÜRGER- UND UMWELTFREUNDLICHES GESAMTKONZEPT -
BESSERE VERBINDUNGEN FÜR ARBEITNEHMER UND BETRIEBE

EINE MODERNE WELTSTADT WIE HAMBURG BRAUCHT ZUKUNFTSWEISENDE, SCHNELLE VERKEHRSS-
VERBINDUNGEN. IM INNEREN WIE NACH AUSSEN. BEIM HVV EBENSO WIE IM PRIVAT- UND
WIRTSCHAFTSVERKEHR. UND SIE BRAUCHT EINE VERKEHRSPERIPHERIE AUS EINEM GUSS, DIE
UMWELTBELASTUNGEN ABBAUT, ENERGIE SPART UND MEHR SICHERHEIT SCHAFFT. VOR
ALLEM FÜR KINDER UND ÄLTERE MITBÜRGER.

Seit Jahren werden in Hamburg wichtige Verkehrsprobleme auf die lange
Bank geschoben. Wo überhaupt noch etwas geschieht, bleibt es Stückwerk,
weil ein Gesamtkonzept für die Bewältigung der wachsenden Verkehrsströme
fehlt. Die Abschaffung der Straßenbahn, die Verkehrsplaner international
wieder als umweltfreundliches und energiesparendes Transportmittel zu ent-
decken beginnen, war die einzige größere und zugleich falsche Entscheidung.
Ansonsten: Stagnation und ideologische Frontstellungen gegen das Auto.
Die Folge: Wenn nicht Entscheidendes geschieht, werden noch mehr Arbeit-
nehmer ihre wertvolle Freizeit in verstopften Straßen vergeuden müssen,
wird der Wirtschaftsverkehr immer langsamer fließen und damit die Kosten-
situation der Hamburger Betriebe verschlechtern. Ganz abgesehen davon, daß
stockender Verkehr kein energiesparender Beitrag im Kampf gegen die Öl-
abhängigkeit ist. Hinzu kommt, daß die einmalige Chance für den Bau des
Flughafens Kaltenkirchen, der Hunderttausende von Bürgern von den hohen
Umweltbelastungen des Flugverkehrs im Norden Hamburgs befreien würde, in
kurzsichtiger Weise vernachlässigt wird. Hamburg droht dadurch der Abstieg
in die Flugverkehrs-Provinz. Und: Im öffentlichen Nahverkehr werden zwar
ständig die Preise erhöht, aber nicht mehr Leistungen für den Bürger ge-
boten.

Im übrigen: Dafür, daß bei jedem Liter Benzin der Staat 70 Pfennig in die
Tasche steckt und der HVV jährlich mit Millionen-Beträgen der Steuerzahler
subventioniert wird, können die Bürger mehr als bisher erwarten von der
Verkehrspolitik.

DAS WILL DIE CDU

Wir sind weder Auto-Fanatiker noch wollen wir dem öffentlichen Nahverkehr
eine monopolähnliche Position bei der Beförderung der Bürger in unserer
Stadt einräumen. Das erste allein wäre umweltfeindlich, das zweite nicht
bezahlbar. Wir wollen beides: reibungslosen individuellen PKW-Verkehr und
einen leistungsstarken, preisgerechten HVV.

Damit Hamburg auch in den nächsten Jahrzehnten eine der großen Wirtschafts-
metropolen bleiben kann, wollen wir schnelle Verkehrsverbindungen zum Um-
land und Ausland schaffen. Darin eingeschlossen ist der Bau des Flughafens
Kaltenkirchen, den wir im Interesse der Zukunft Hamburgs zusammen mit Schles-
wig-Holstein und dem Bund verwirklichen wollen. Außerdem streben wir ein
langfristiges innerstädtisches Verkehrskonzept an. Dabei werden uns vier
wichtige Ziele leiten: weniger Umweltbelastungen, erhöhte Energieeinsparun-
gen, Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Interesse der
Arbeitsplätze und die Verminderung der Unfallgefahren. Wir wissen, daß es
oft schwer sein wird, allen Zielen gerecht zu werden. Deshalb streben wir
auch keine Maximallösung für das eine oder andere Ziel an, sondern einen
vernünftigen Kompromiß. Wir treten ein für die Verkehrsberuhigung in Wohn-
und Geschäftsvierteln. Aber wer das will, muß den fließenden und ruhenden
Verkehr in andere, noch belastbare Gebiete lenken und Entlastungsstraßen
bauen. Den Verkehr sich selbst zu überlassen, führt zu Staus und Straßen-
lärm an anderer Stelle.

Wir nehmen die Bürgerinitiativen gegen den Bau neuer Verkehrswege ernst. Wir
werden uns mit ihren Argumenten intensiv auseinandersetzen und begrüßen
das demokratische Engagement von Bürgern. Aber wir erwarten von ihnen, daß
sie konstruktiv an der Lösung der zunehmenden Verkehrsprobleme Hamburgs mit-
arbeiten und sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Vor der eigenen Haus-
tür am liebsten eine grüne Wiese haben wollen, aber anderen das Verkehrs-
chaos vor die Nase setzen - das ist für uns keine Grundlage für einen ernst-
haften Dialog. Im übrigen: Von Verkehrsplanungen negativ betroffene Bürger
haben einen Anspruch darauf, daß der Staat sie gerecht entschädigt.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. LEISTUNGSSTARKER ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Der öffentliche Nahverkehr braucht neue Impulse, um für die Hamburger wieder attraktiv zu werden, vor allem angesichts der außerordentlich starken Fahrpreiserhöhungen. Dazu gehört für uns: Der zügige Ausbau der S-Bahn-Strecke nach Harburg und Neugraben sowie der U-Bahn-Strecke nach Niendorf-Nord und Mümmelmannsberg, der Bau der U-Bahn-Haltestelle Johnsallee, eine weitere bedarfsgerechte Schnellbahnplanung und die Verbesserung des Verkehrs vom Westen in den Osten unserer Stadt. Zweieinhalb Stunden Fahrzeit von Lemsahl nach Lurup sind zuviel. Außerdem wollen wir den Busverkehr beschleunigen durch bessere Straßen und Bus-Sonder-spuren, wo sie möglich sind.

Daß Busgäste an Haltestellen ohne Wetterschutz warten müssen, ist für uns kein Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs.

Daneben wollen wir den öffentlichen Nahverkehr durch sog. "Rufbusse" und durch die Einschaltung von Taxis in den Nachtstunden beweglicher und kostengünstiger gestalten. Die zunehmende Belästigung von Fahrgästen durch Randalierer und Kriminelle setzt der Rationalisierung in den S- und U-Bahnstationen sowie auf der Strecke Grenzen und erfordert zugleich wirkungsvolle Polizeieinsätze. Ein Wort zu der Tarifgestaltung: Wenn Löhne und andere Kosten steigen, müssen auch die Fahrpreise erhöht werden. Denn die Defizite des HVV bezahlen letztlich wir alle. Wie stark sie erhöht werden und welche sozialen Vergünstigungen möglich sind, hängt davon ab, ob mehr Hamburger als bisher mit dem HVV fahren. Deshalb wollen wir möglichst viele Bürger durch einen leistungsstarken und attraktiven öffentlichen Nahverkehr veranlassen, ihr Auto in der Garage stehen zu lassen. Dies dient auch der Energieeinsparung.

2. VERKEHRSBERUHIGUNG UND BAU VON ENTLASTUNGSSTRASSEN

Autolärm und Benzingestank sind für viele Mitbürger unerträglich geworden. Ein Großteil unserer Kinder wird durch zu starken Verkehr gefährdet. Deshalb sind wir für die Verkehrsberuhigung und für Wohnstraßen (die von anderen Städten allerdings mit weniger Aufwand gebaut werden als in Hamburg). Nur ist dafür die Verlagerung des Verkehrs in andere Straßenzüge notwendig. Deshalb befürworten wir den Bau von Entlastungsstraßen, die vom Bund zum Teil mitfinanziert werden. Dazu gehört der baldige Baubeginn der

Umgehungsstraße Fuhlsbüttel-Langenhorn von der Landesgrenze bis zum Jähring. Wir wollen damit die chaotischen Verkehrsverhältnisse in Langenhorn, Niendorf und Lokstedt beseitigen. Für den Ost-West-Verkehr ist der Bau einer vierspurigen Hafen-Querverbindung von Georgswerder bis Waltersdorf dringend notwendig. Den äußeren Straßenring (Ring 3) wollen wir aus dem Zentrumsbereich von Eidelstedt und Schnelsen verlegen. Außerdem treten wir für den Bau einer Autobahn von Hamburg nach Cuxhaven (A 26) ein.

3. VERBESSERUNG DES BERUFS- UND WIRTSCHAFTSVERKEHRS

Die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsverkehrs entscheidet mit über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und damit die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Neben den im vorstehenden Kapitel geplanten Maßnahmen wollen wir das Ringstraßen-Konzept vervollständigen. Beides dient auch einer Verkürzung der Fahrtzeiten der Arbeitnehmer von und zum Betrieb. Die Leistungsfähigkeit unseres Verkehrsnetzes ist nicht nur vom Bau neuer Straßen, sondern auch von der Unterhaltung der bestehenden abhängig. Dem Verfall von Straßen und damit von öffentlichem Vermögen werden wir - auch im Interesse der Verkehrssicherheit - durch mehr Mittel für die Instandsetzung begegnen.

4. STOPP FÜR DIE PARKPLATZ-VERNICHTUNG IN DER CITY

Unsere Innenstadt lebt davon, daß sie schnell erreichbar ist und über genügend Parkplätze verfügt. Deshalb werden wir die Fahrt mit dem eigenen Wagen in die City offenhalten und ausreichenden Parkraum erhalten. Der Bau eines neuen, architektonisch gut gestalteten Parkhauses über den Gleisen des Hauptbahnhofes soll ebenso dazu beitragen wie die Errichtung von Tiefgaragen. Zugleich werden wir die Fahrt in die Innenstadt mit dem HVV durch die Errichtung weiterer P+R-Plätze sowie die Verbesserung der Anbindung an die City attraktiver gestalten - insbesondere für die Berufspendler, um den Parkplatzbedarf zu begrenzen. Wir halten das für besser als die gewollte Parkraumvernichtung, die nur zu einem Anstieg des Falsch-Parkens führt.

5. ALLE CHANCEN FÜR DEN FLUGHAFEN KALTENKIRCHEN NUTZEN

Auf absehbare Zeit wird der Bau des Flughafens Kaltenkirchen die einzige Chance für Hamburg sein, Anschluß an das Welt-Flugnetz zu finden und zugleich den gefährlichen und umweltbelastenden Flugverkehr über seinen nördlichen Stadtteilen zu verlagern. Wir treten deshalb dafür ein, in Verhandlungen mit Schleswig-Holstein und dem Bund, die mit Hamburg zusammen den Flughafen Kaltenkirchen bauen wollten, doch noch zu erreichen, daß dieses Projekt in

nächster Zeit in Angriff genommen wird. Alles, was an Modernisierung in Fuhlsbüttel geschieht, bleibt Stückwerk. Wir wollen Kaltenkirchen als Ersatzflughafen für Fuhlsbüttel, wo nur die Privatfliegerei und - darum werden wir uns intensiv bemühen - die Luftwerft der Lufthansa verbleiben sollen.

6. SICHERHEIT FÜR FUSSGÄNGER UND RADFAHRER

Die Interessen von Fußgängern und Radfahrern verdienen mehr Aufmerksamkeit in der Verkehrsgestaltung. Wir wollen die Sicherheit von Fußgängern, insbesondere von Kindern und älteren Mitbürgern, verbessern. Für den ungefährteten Übergang über Straßen werden wir weitere Bedarfsampeln einrichten; außerdem werden wir dafür sorgen, daß nicht zunehmend Geh- und Fahrradwege zum Parken mißbraucht werden.

Unter den Gesichtspunkten der Energieeinsparung und des Umweltschutzes, aber auch der Gesundheit, hat das Fahrrad als Verkehrsmittel einen erheblichen Wert. Wir wollen deshalb den Fahrradverkehr auf Kurz- und Mittelstrecken im Stadtgebiet fördern, auch in der City. Neben der besseren Instandhaltung vorhandener Fahrradwege und ihrer Freihaltung von Pkw's sollte ein Radverkehrs-Konzept entwickelt werden. Beim Bauen neuer Straßen sind Trassen für Fahrradwege unbedingt einzuplanen. Im übrigen wollen wir bessere Möglichkeiten schaffen, um das Erreichen von Naherholungsgebieten mit dem Fahrrad zu erleichtern. Die Mitnahme von Fahrrädern in den Schnellbahnen muß zur Selbstverständlichkeit werden. Was in Berlin möglich ist, muß auch in Hamburg möglich sein. Vor öffentlichen Gebäuden sollte es mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben.

7. SICHERUNG DES WIRTSCHAFTSVERKEHRS AUF DER SCHIENE

Unsere Betriebe und damit auch unsere Arbeitsplätze sind auf einen Bahnverkehr angewiesen, der mit dem steigenden Bedarf Schritt hält. Auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Hafens hängt davon entscheidend ab. Deshalb treten wir für den Ausbau des Schienenverkehrs im Süden und Osten Hamburgs ein. Dabei sollten die vorhandenen Trassen besser genutzt und erweitert werden.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. AUSBAU DER SCHNELLBAHNEN NACH NIENDORF UND MÜMMELMANNENBERG.
2. NEUE VERHANDLUNGEN ÜBER DEN BAU DES FLUGHAFENS KALTENKIRCHEN.
3. EINLEITUNG DER BAUMASSNAHMEN FÜR DIE UMGEHUNG FUHLSBÜTTEL/LANGENHORN UND DIE AUTOBAHN HAMBURG - STADE.
4. ENERGIESPARENDE SCHALTUNG DER AMPELN. WO VERTRETBAR, ABSCHALTUNG VON AMPELN IN VERKEHRSSCHWACHEN ZEITEN. MEHR GRÜNE WELLEN.
5. PREISWERTERES FAHRRAD-TICKET BEIM HVV.

SICHERHEITSPOLITIK FÜR HAMBURG:

DAS LEBEN UND EIGENTUM DER BÜRGER WIRKSAMER VOR VERBRECHEN SCHÜTZEN -
BESSERE ABWEHR VON KATASTROPHEN

DER STEIGENDEN VERBRECHENSFLUT IN HAMBURG MÜSSEN WIR WIRKSAMER ALS BISHER ENTGEGENTRETEN. WIR BRAUCHEN EINE POLIZEI, DIE SCHNELL UND ENERGISCH DIE KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN KANN - UND WIR MÜSSEN VORBEUGEND MEHR DAFÜR TUN, DASS NICHT IMMER MEHR MENSCHEN STRAFFÄLLIG WERDEN. DIE BÜRGER HABEN EINEN ANSPRUCH DARAUF, DAß DER STAAT IHR LEBEN UND EIGENTUM SCHÜTZT. AUCH DURCH DIE VERBESSERTE ABWEHR VON KATASTROPHEN.

Jahr für Jahr werden in Hamburg mehr Straftaten begangen, zur Zeit fast 20.000 im Monat. Die Brutalität der Verbrechen steigt, die Gewaltkriminalität vom Mord bis zum Raub hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Zugleich sinkt die Aufklärungsquote. Die Folge: Die Abschreckung läßt nach, die Kriminalität breitet sich weiter aus. Jeder zehnte Hamburger wird - statistisch gesehen - in diesem Jahr Opfer eines Diebstahls. Wir wissen, daß die Polizei allein den Kampf gegen die steigende Verbrechensflut nicht gewinnen kann. Verlust fester Wertvorstellungen, instabile soziale Bindungen und zunehmende Anonymität des Großstadtlebens treiben die Kriminalität in die Höhe. Aber: Die Hamburger Polizeireform - Auflösung kleiner Wachen in überschaubaren Stadtteilen zugunsten von Großwachen - war ein Schritt in die falsche Richtung. Längere Einsatzwege und fehlende Milieukennntnis haben die Verbrechensbekämpfung erschwert.

Der Hamburger Strafvollzug erfüllt seine Aufgaben - Resozialisierung der Straftäter und Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Kriminellen - nur unzureichend. Immer häufiger begehen Gefangene während des Hafturlaubs neue Straftaten. Gewalttätigkeiten, Drogenhandel und Alkoholmißbrauch sind in "Santa Fu" an der Tagesordnung. Die medizinische Versorgung der Gefangenen ist völlig unzureichend, für die Resozialisierung dafür geeigneter Straftäter wird zuwenig getan.

Terrorismus und Gewalttätigkeiten bei politischen Veranstaltungen haben wieder zugenommen. Für uns ist dies Kriminalität - nichts anderes. Aber dafür, daß Polizisten oft unter Einsatz ihres Lebens dagegen vorgehen, werden sie auch noch von bestimmten Kreisen einer beispiellosen Diffamierungskampagne ausgesetzt. Dies hat nichts mehr damit zu tun, daß sich auch die Maßnahmen der Polizei selbstverständlich öffentlicher Kritik stellen müssen und einzelne Übergriffe geahndet werden müssen. Hier wird ganz zielbewußt versucht, einen Keil zwischen Bürger und Polizei und damit zwischen Bürger und Staat zu treiben.

Das Tankerunglück auf der Elbe im letzten Jahr hat deutlich gezeigt, daß Hamburg unzureichend auf derartige Katastrophen vorbereitet ist. Wir haben noch einmal Glück gehabt, aber darauf können wir uns nicht verlassen. Der Schutz vor Brand- und Umweltkatastrophen weist nach wie vor erhebliche Mängel auf, deren Beseitigung nicht auf die lange Bank geschoben werden sollte.

DAS WILL DIE CDU

Leben, Gesundheit, Recht und Eigentum des einzelnen Bürgers stehen für uns unverzichtbar und kompromißlos unter dem Schutz des Staates. Deshalb werden wir energisch und wirksam gegen die steigende Kriminalität vorgehen. Auf allen Ebenen, ob es sich um Gewaltverbrechen, Wirtschaftskriminalität oder um die sogenannten kleinen Delikte wie z. B. Diebstähle handelt. Hamburg darf nicht länger eine Hochburg der Kriminalität sein. Das zu fordern, ist keine Miesmacherei und keine hysterische Reaktion, sondern die notwendige Konsequenz aus den vorliegenden bedrohlichen Fakten. Wenn wir nicht mehr tun gegen die Kriminalität, verletzen wir die Pflicht des Staates gegenüber dem Bürger - und wir verringern das Rechtsbewußtsein. Deshalb werden wir unsere Polizei in die Lage versetzen, den Kampf gegen die Kriminalität wirksamer zu führen. Dazu gehört die verbesserte technische und personelle Ausstattung ebenso wie die Korrektur der Schwächen der Polizeireform.

Terrorismus und Gewalttätigkeiten bei politischen Veranstaltungen werden konsequent verfolgt. Verharmlosungen dieser Kriminalität und Nachsicht für angebliche politische Motive sind nicht unsere Sache. Wer Molotow-Cocktails zündet und Steine bei Demonstrationen wirft, ist eindeutig ein Straftäter, der verfolgt werden muß. Eines werden wir allerdings

nicht tun: Durch Überreaktionen bei der Verfolgung und Verhinderung derartiger Gewalttaten den Rechtsstaat und das Recht auf friedliche politische Auseinandersetzung verletzen.

Vorbeugen vor Verbrechen ist besser, als sie verfolgen zu müssen. Im Grunde genommen eine Binsenwahrheit, die aber stärker als bisher von uns in den Vordergrund der Kriminalitätsbekämpfung gestellt wird. Wir wollen jedem Straftäter, der sich um einen neuen Anfang in seinem Leben bemüht, eine faire Chance dafür geben - vorbereitend in der Haft, unterstützend bei der Wiedereingliederung in Beruf und Gesellschaft. Mehr Hilfestellung sollen vor allem auch jugendliche Straftäter erhalten. Darüber hinaus werden wir in der schulischen Erziehung die Vermittlung von Rechtsnormen und der Achtung von Leben und Eigentum verstärken. Mal kurz etwas im Kaufhaus mitgehen zu lassen, darf kein Jugendsport werden.

Die Sicherheit der Bürger vor Bränden und Katastrophen wollen wir erhöhen. Die Hoffnung, daß sie nicht eintreten werden, ist für uns kein Ratgeber. Gefahren der modernen Technik und des Verkehrs stehen dabei ebenso im Vordergrund wie Umweltkatastrophen. Auf ihre Abwehr werden wir die Hamburger Berufsfeuerwehr, die freiwilligen Feuerwehren, die großen sozialen Organisationen und das Technische Hilfswerk und andere freiwillige Organisationen durch Katastrophenübungen und die notwendigen Mittel vorbereiten, insbesondere im Bereich des Hochwasserschutzes.

An der Aufklärung der Bevölkerung über Maßnahmen des Katastrophenschutzes werden wir den Bundesverband für den Selbstschutz nachhaltig beteiligen. Insgesamt haben die Männer und Frauen, die sich für unsere Sicherheit berufsmäßig oder freiwillig einsetzen, mehr öffentliche Anerkennung und Dank für ihre Leistungen verdient. Wir werden es nicht bei Worten belassen, sondern ihnen unsere politische Unterstützung gewähren.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. WIRKSAMERER EINSATZ DER POLIZEI GEGEN DIE VERBRECHENSFLUT

Die Fehler der Polizeireform, die die Bekämpfung von Verbrechen erschweren, werden zügig korrigiert werden. Marschrichtung: Stopp für die Auflösung kleinerer Polizei-Dienststellen, mehr Einsätze von Polizisten zu Fuß und vor Ort. Wir wollen auch nicht, daß Kripo-Beamte von der Billstedter Polizei-Direktion nach Bergedorf fahren müssen, um Vernehmungen durchzuführen. Wir werden zudem die Zusammenarbeit zwischen Schutz- und Kriminalpolizei verstärken und die Verbrechensbekämpfung vor Ort intensivieren. "Der Schutzmann an der Ecke" ist für uns kein historisches Relikt. Polizisten müssen für den Bürger schnell erreichbar sein und überschaubare Wohnbezirke betreuen. Deshalb werden wir Polizisten verstärkt nach dem erfolgreichen Berliner Vorbild als Kontaktbereichsbeamte einsetzen. Die Verbrechensbekämpfung darf sich nicht nur auf die Gewaltkriminalität wie Mord und Raub beschränken. Sogenannte kleinere und mittlere Delikte, denen jeder Bürger mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Opfer fallen kann, müssen ebenfalls energisch verfolgt werden. Wer dies nicht tut, erschüttert das Vertrauen der Bürger in den Schutz des Staates und fördert die Zunahme dieser Taten. Insbesondere der Schutz unserer älteren Mitbürger vor Diebstählen und Überfällen sowie die Sicherheit in den U- und S-Bahnen bedürfen verstärkter Anstrengungen. Schwerpunkte der Verbrechensbekämpfung müssen außerdem die organisierten Verbrechen, die Wirtschaftskriminalität und der Drogenhandel sein. Hier werden wir durch spezielle Fahndungsmethoden die Aufklärung entscheidend verbessern. Dabei müssen wir uns auch der Hilfe von sogenannten V-Leuten bedienen, also Leuten, die aus der "Szene" kommen. Wir kennen die damit verbundenen Probleme. Aber wir sehen keine andere Möglichkeit, an die Hintermänner von Verbrechen heranzukommen - und wir werden mit klaren Regeln die Grenzen des Zulässigen festlegen. Moderne technische Methoden sind bei der Kriminalitätsbekämpfung ebenso unerlässlich wie Personalverbesserungen und das Werben um einen qualifizierten Nachwuchs. Die Polizei kann sich im Interesse der Bürger darauf verlassen, daß wir dafür einiges tun werden.

2. BESSERE VORBEUGUNG VOR STRAFTATEN UND MEHR CHANCEN FÜR DIE RESOZIALISIERUNG

Der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung ist bisher ein zu geringes Gewicht eingeräumt worden. Abschreckung durch erhöhte Aufklärung von Verbrechen und Strafe allein genügen nicht, um die Kriminalitätsentwicklung wieder in den Griff zu bekommen. Deshalb wollen wir die Wiedereingliederungschancen von Straftätern, insbesondere von jugendlichen, erhöhen und das Bewußtsein für unsere Rechtsnormen erhöhen. Dazu gehören Gefängnisse, die neben dem Ziel der Sühne durch Berufsbildung und intensive soziale Betreuung Straftätern die Möglichkeit geben, in ein geregeltes Leben zurückzukehren. Wir halten nichts von der These, daß die Gesellschaft an allem schuld ist. Aber wir wissen, daß viele Häftlinge, die guten Willens sind, es schwer haben, ein neues Leben zu beginnen. Das Ende der Strafverbüßung muß stärker ein Schlußstrich sein und nicht der Beginn einer neuen kriminellen Karriere. Deshalb werden wir das Vollzugpersonal besser für diese Aufgabe ausbilden. Gegen Straftaten in den Vollzugsanstalten, wie z. B. den anstaltsinternen Drogen- und Alkoholhandel, wird hart vorgegangen werden. Außerdem wollen wir die Arbeit der Betreuer von ehemaligen Strafgefangenen sowie die Eingliederung ehemaliger Straftäter in den Beruf unterstützen. Dieser Aufgabe darf sich auch der Staat nicht entziehen. Wer seine Chance nutzen will, ein neues Leben zu beginnen, muß auch die Chance dafür erhalten. Die Verbesserung der Haftbedingungen, insbesondere in der medizinischen Betreuung, ist für uns ein Gebot der Menschenwürde. Hafturlaub werden wir nur nach sorgfältiger Prüfung aller Sicherheitsrisiken gewähren. Angesichts der vielen Straftaten, die von beurlaubten Häftlingen begangen werden, ist nur eine behutsame Handhabung gegenüber dem Bürger vertretbar.

3. HÖHERER SCHUTZ VOR BRÄNDEN UND KATASTROPHEN

Vorsorgliche Maßnahmen gegen Brände und Katastrophen werden nicht nur in der strikten Anwendung der bestehenden Sicherheitsvorschriften ihren Niederschlag finden. Wir werden erstens die Zahl der realistischen Katastrophenübungen verstärken. Zweitens konsequent die möglichen Sicherheitsrisiken für unsere Stadt erfassen, vor allem im Umwelt- und Verkehrsbereich. Drittens eine ausreichende medizinische Versorgung für Katastrophenfälle gewährleisten, z. B. für schwere Brandverletzungen. Und viertens der Hamburger Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Feuerwehren die not-

wendigen Mittel zur Abwehr von Gefahren zur Verfügung stellen.

4. WIRKSAMERES VORGEHEN GEGEN DEN TERRORISMUS UND GEGEN GEWALTTÄTIGKEITEN BEI POLITISCHEN VERANSTALTUNGEN

Dem Terrorismus, von links oder rechts, werden wir wirksam entgegentreten, Gewalttätigkeiten bei politischen Veranstaltungen konsequent verfolgen - bei Demonstrationen und unter rivalisierenden politischen Gruppierungen von Ausländern. Wir wissen, daß unser Rechtsstaat dafür genügend Möglichkeiten hat. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Bund darauf dringen, daß sie angewendet werden. Wer Terroristen bewußt hilft, ihr blutiges Handwerk auszuüben oder sie dem Zugriff der Polizei entzieht, leistet Beihilfe und macht sich straffällig.

Politische Auseinandersetzungen in unserem Land dürfen nur mit friedlichen Mitteln geführt werden. Alles andere ist kriminell und nicht durch die politische Toleranz unseres Staates gedeckt.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT:

1. STOPP FÜR DIE SCHLISSUNG KLEINERER, BÜRGERNAHER POLIZEIDIENSTSTELLEN.
2. ORGANISIERUNG DER VERBRECHENSBEKÄMPFUNG VOR ORT.
3. EINSETZUNG EINER KOMMISSION VON STRAFVOLLZUGSEXPERTEN, PSYCHOLOGEN UND BEWAHRUNGSHELFERN, DIE VORSCHLÄGE FÜR DIE ÜBERWINDUNG DER BISHER MANGELHAFTEN RESOZIALISIERUNG UNTERBREITET.
4. AUFSTELLUNG EINES KATASTROPHEN-ÜBUNGSPLANES.

SOZIALPOLITIK FOR HAMBURG:

DENEN ZUR SEITE STEHEN, DIE UNSERE HILFE WIRKLICH BRAUCHEN -
SOZIALE GERECHTIGKEIT UND DIENST AM MENSCHEN

AUS CHRISTLICHER OBERZEUGUNG WOLLEN WIR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT UND MENSCHLICHKEIT IN UNSERER STADT. DIE BÜROKRATISCHE VERWALTUNG VON LEBENS-SCHICKSALEN IST NICHT UNSERE SACHE. FÜR UNS ZÄHLT DIE SCHNELLE HILFE IN PERSÖNLICHEN NOTLAGEN. UNSERE POLITIK SOLL VOR ALLEM DENEN ZUGUTEKOMMEN, DIE ALLZU OFT VERGESSEN WERDEN: ÄLTEREN MITBÜRGERN, BEHINDERTEN, AUS-SIEDLERN UND ARBEITSLÖSEN.

Sozialistische Politik ist nicht gleichzusetzen mit sozialer Politik. Das haben viele Hamburger und andere Bundesbürger in den letzten Jahren erfahren müssen. Ultra-linke Ideologen, die in Hamburg die Sozialpolitik bestimmen, schütten mit Vorliebe ein Füllhorn von staatlichen Leistungen an lautstarke Minderheiten-Gruppen aus. Aber die soziale Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit gegenüber den Hamburger Mitbürgern, die wirklich staatliche Hilfe benötigen, behandeln sie mit Nachlässigkeit. Die besten (schlechtesten) Beispiele dafür sind der Spezialbeförderungsdienst für Schwerstbehinderte und das lange Zögern, dem Alsterdorfer "Werner Otto Institut" für behinderte Kinder zu helfen. Wer nicht in starken Verbänden organisiert ist, kommt dabei zu kurz. Wer schnell Hilfe braucht, gerät in die Mühlen einer Behördenmaschinerie mit verwirrenden Zuständigkeiten.

Diese Politik und dieses System sind nicht nur teuer, sondern auch unwirksam. Probleme von in Not geratenen Mitbürgern werden nicht als Ganzes gesehen, sondern in verschiedenen Instanzen verwaltet. Sie werden bürokratisch "zerhackt". Mit dieser sogenannten Sozialpolitik ist kein (Sozial-) Staat zu machen.

DAS WILL DIE CDU

Für uns hat der Hamburger Staat die Aufgabe, seinen Bürgern in schwierigen Lebenslagen zu helfen. Armut und Abhängigkeit, Einsamkeit und Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit müssen in einer menschlichen Gesellschaft im Vordergrund politischer Fürsorge stehen. Auf diese Probleme wollen wir uns konzentrieren. Angesichts der schlechten Lage der Hamburger Staats-

finanzen werden wir dabei um Einschränkungen in anderen Bereichen der bisherigen Sozialpolitik nicht herumkommen; z.B. bei den hohen Staatsausgaben für Asylanten, die zum Teil nicht politisch Verfolgte sind und unsere Grundrechte mißbrauchen.

Die "Neue Soziale Frage" - darunter verstehen wir die Benachteiligung von wesentlichen Teilen unserer Gesellschaft wie z.B. ältere Mitbürger, kinderreiche Familien und Behinderte - verlangt von uns eine Antwort. Wir sind bereit, sie zu geben und unsere Politik nicht nur von den Wünschen der großen gesellschaftlichen Organisationen bestimmen zu lassen. Dem einzelnen Mitbürger, der in Not geraten ist, wollen wir ein Anwalt sozialer Gerechtigkeit sein.

In der Sozialpolitik geht es für uns um mehr als nur um finanzielle Leistungen des Staates an Hilfsbedürftige. Geld allein kann die Not vieler Mitbürger nicht beseitigen. Die zunehmende Vereinsamung und Entpersönlichung des Lebens in einer Großstadt wie Hamburg verlangt mehr Menschlichkeit von uns allen im Umgang miteinander. Notwendiger denn je ist zudem, daß politisches Handeln in anderen Bereichen - z.B. in der Stadtplanung und im Wohnungsbau - mehr Rücksicht nimmt auf das soziale Schicksal der Betroffenen. Wer Stadtviertel saniert, darf damit nicht zugleich Lebenswege zerstören.

Das große Potential der Hilfsbereitschaft unserer Hamburger Mitbürger wollen wir nicht ungenutzt lassen. Wer helfen will, soll helfen können. Deshalb werden wir die Arbeit der Kirchen, der freien Wohlfahrtspflege und der vielen privaten Initiativen im Sozialbereich vorrangig fördern. Den Gemeinsinn und die Opferbereitschaft unserer Mitbürger zu unterstützen, ist besser, als den Staat alles (und vieles schlechter) machen zu lassen. Dabei werden wir vor allem auch die Bereitschaft der jungen Generation fördern, in ihrer Suche nach nicht-materiellen Zielen im Dienst am Nächsten. Die in der Sozialarbeit vor Ort tätigen Mitbürger, die mehr als nur einen Job ausüben, verdienen die Anerkennung und Unterstützung des Staates. Auch im Interesse der Menschen, die von ihnen betreut werden, wollen wir uns um ihre Entlastung und Fortbildung bemühen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. MEHR EIGENSTÄNDIGKEIT UND BESSERE HILFE IM ALTER

Hamburg ist nach Berlin die Stadt mit dem höchsten Anteil älterer Mitbürger. Schon daher müssen wir unser Augenmerk verstärkt auf die Sorgen der nicht mehr arbeitenden Generation lenken. Unser Ziel ist es, den älteren Menschen einen sinnerfüllten, von Eigenständigkeit geprägten Lebensabschnitt zu sichern. Die wachsende Gefahr, daß sie menschlich und gesellschaftlich isoliert werden, wollen wir eindämmen. Wer jahrzehntelang mit harter Arbeit im Dienste der Gemeinschaft gestanden hat, hat Anspruch auf Fürsorge und Teilnahme am Leben in unserer Stadt. Wir wollen deshalb den freien Wohlfahrtsverbänden helfen, Altentages- und Begegnungsstätten zu errichten, und den Dienst "Essen auf Rädern" zu verstärken. Außerdem werden wir ihre Betreuungsarbeit innerhalb und außerhalb der Altenheime fördern.

Daß viele ältere Menschen nur die Wahl haben, ins Heim zu gehen, wenn sie ihren Haushalt nicht mehr vollständig allein führen können, halten wir für inhuman. Wir wehren uns auch dagegen, daß eine zeitweise notwendige Heimunterbringung zu einer Sackgasse ohne Rückkehr in die eigene Wohnung wird. Alte Menschen haben das Recht, solange in ihrer vertrauten Umgebung zu wohnen, wie es nur irgendwie geht. Deshalb werden wir das Netz der Sozialstationen, die ältere Mitbürger in ihrer Wohnung pflegen und betreuen, weiter ausbauen. In Zusammenarbeit mit Kirchen und freien Verbänden wollen wir ein Haushaltshilfeprogramm für bedürftige Rentner entwickeln. Dazu gehört das Bringen von warmen Mahlzeiten ebenso wie die Hilfe in Pflegefällen, beim Einkaufen und beim Saubermachen. Insgesamt ist nach unserer Auffassung dieser Bereich eine wichtige Aufgabe für Zivildienstleistende. Durch die Möglichkeit des Probewohnens in Altenheimen werden wir älteren Menschen mehr Freiraum für die Entscheidung geben, wo sie ihren Lebensabend verbringen wollen.

Um der Vereinsamung älterer Bürger entgegenzuwirken, werden wir altengerechte Wohnungen und Heime in der vertrauten Umgebung gewachsener Stadtteile errichten. Schrittweise wollen wir zudem die bestehenden Heime modernisieren und wohnlicher gestalten. Zielrichtung: Weniger Anstaltscharakter und Mehrbettzimmer, mehr Freizügigkeit bei der Gestaltung von Zimmern. Die pflegerischen Einrichtungen der Heime wollen wir verstärkt

für die ambulante Betreuung von Senioren nutzen. Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot in unserer Stadt müssen nach unserer Auffassung stärker auf die Teilnahme älterer Menschen ausgerichtet werden. Die Volkshochschulen werden dafür besondere Programme entwickeln. Die Eintrittspreise für kulturelle Veranstaltungen müssen für Rentner erschwinglich sein.

2. BEHINDERTEN DAS LEBEN ERLEICHTERN

Geistig Behinderte werden noch immer von ihrer Umwelt wie Aussätzigte behandelt. Körperbehinderte leiden unter der Gedankenlosigkeit, mit der Politik und Gesellschaft häufig ihren Alltagssorgen entgegentreten. Ihre Eingliederung in das Leben unserer Stadt ist für uns eine christliche Verpflichtung, die auch wir in der Vergangenheit nicht immer ernst genug genommen haben. Hamburg zu einer behindertenfreundlichen Stadt zu entwickeln, wird Aufwendungen erfordern, die nur schrittweise finanzierbar sind. Vor allem aber auch den Abbau von Vorurteilen. Wir wollen die Früherkennung von Behinderungen und die Entwicklung besserer Behandlungsmethoden intensivieren. Erhaltung und Ausbau der bestehenden Behandlungszentren werden ein wichtiger Teil unserer Sozialpolitik sein. Dazu gehört insbesondere die finanzielle Absicherung des Alsterdorfer "Werner Otto Instituts".

Daneben streben wir eine Verbesserung des Schulunterrichts und der Berufsausbildung für Behinderte an. Werkstätten und Wohnheime für Behinderte werden von uns modernisiert werden. Außerdem wollen wir im Wohnungsbau der Nachfrage nach behindertengerechten Wohnungen Rechnung tragen und die Bau- und Stadtplanung verstärkt darauf ausrichten, daß Körperbehinderte sich in Hamburg besser bewegen können. Dies schließt entsprechende Bemühungen im öffentlichen Nahverkehr ein. Zu hoch gesteckte Erwartungen werden wir wegen der enormen Zusatzkosten jedoch nicht erfüllen können. Aber wir werden tun, was möglich ist, vor allem dort, wo mit geringen Aufwendungen den Körperbehinderten geholfen werden kann. Die Fahrdienste für diese Mitbürger werden in Zusammenarbeit mit den sozialen Organisationen verstärkt werden. Was uns besonders wichtig ist: Der Wunsch von Behinderten, am Berufsleben teilzunehmen, muß besser als bisher erfüllt werden können. Öffentliche und private Arbeitgebersollten mehr Behinderte einstellen, anstatt sich von der Beschäftigungspflicht freizukaufen. Diejenigen, die es schwerer haben als andere, dürfen nicht Opfer von finanziellen Rechenexemplen werden.

3. EINGLIEDERUNG DER AUSSIEDLER UND FLÜCHTLINGE

Unsere deutschen Landsleute aus dem Osten haben nach alledem, was sie durchgemacht haben, Anspruch auf mehr als nur eine sozial garnierte Begrüßung in ihrer neuen Heimat. Unsere Wohnungs- und Sozialämter müssen deshalb ihre Belange mit Vorrang unbürokratisch und schnell wahrnehmen. Arbeitsämter und Schulen werden wir veranlassen, sich mehr als bisher um sie zu kümmern. Dazu gehören die intensive Sprachschulung und die berufliche Fortbildung. Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Landsmannschaften, die sich um die Eingliederung der Aussiedler kümmern, erhalten von uns die dafür notwendigen Mittel. Aus dem Kreis der Vertriebenenverbände werden wir einen Aussiedler-Beauftragten ernennen, der die Eingliederung der Aussiedler überwacht.

4. ABBAU DER ARBEITSLOSIGKEIT IN DEN PROBLEMGROUPEN

Unsere Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik, die wir bereits an anderer Stelle dargestellt haben, soll einen wirkungsvollen Beitrag zum Abbau der allgemeinen Arbeitslosigkeit leisten. Daneben brauchen wir jedoch gezielte Hilfen für die Problemgruppen am Arbeitsmarkt wie jugendliche Arbeitslose, ältere Dauerarbeitslose und Behinderte. Ihre Vermittlungschancen werden wir durch gezielte Aus- und Fortbildungsprogramme erhöhen. Das Hineinrutschen in die Dauerarbeitslosigkeit muß verhindert werden.

Dafür werden wir rechtzeitig finanzielle Hilfen bereitstellen, anstatt daß später Zehntausende über die Arbeitslosenhilfe ausgezahlt werden müssen. Das System der ABM-Maßnahmen muß so korrigiert werden, daß die Chancen für Dauerbeschäftigungen erhöht werden. Ein reines Hinausschieben der Dauerarbeitslosigkeit kann nicht alleiniges Ziel sein. Insgesamt erwarten wir aber auch von allen Arbeitslosen, daß sie bereit sind, persönliche Anstrengungen für einen neuen Arbeitsplatz zu unternehmen.

5. ABBAU DER SOZIAL-BÜROKRATIE

Die bisherige Sozialpolitik in Hamburg hat zuviel Bürokratie produziert und zuwenig für den direkten Dienst an unseren hilfsbedürftigen Mitbürgern getan. Kompetenzenwirrwarr und zu viele Zuständigkeiten verzögern immer wieder eine schnelle und wirksame Hilfe. Wir wollen deshalb die sozialen Dienste des Hamburger Staates zusammenfassen und sie bürgernah arbeiten lassen. Dabei werden wir die Arbeit stärker auf die Orts- und Bezirksebene verlagern. Außerdem wollen wir die Entscheidungsbefugnis

derjenigen erhöhen, die in der Sozialarbeit vor Ort tätig sind. Nur so kann erreicht werden, daß bei der Betreuung wieder der einzelne Mensch im Mittelpunkt steht und nicht zum Fall degradiert wird, der durch verschiedene Instanzen läuft. Wo Kirchen, freie Wohlfahrtsverbände und andere soziale Organisationen wirkungsvolle Hilfe leisten können, sollte der Staat keine eigenen sozialen Dienste errichten. Generell wollen wir der privaten Initiative Vorrang vor dem staatlichen Handeln auf diesem Gebiet einräumen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT:

1. ABBAU VON UNNÖTIGER BÜROKRATIE UND DAMIT AUCH VON PLANSTELLEN IN DER BEHÖRDENSPIITZE.
2. STÄRKERER AUSBAU EINES HAUSHALTSHILFE-PROGRAMMS FÜR BEDÜRFTIGE ÄLTERE MITBÜRGER.
3. ERHALTUNG DES ALSTERDORFER "WERNER OTTO INSTITUTS" FÜR BEHINDERTE KINDER.
4. ERNENNUNG EINES AUSSIEDLER-BEAUFTRAGTEN MIT EIGENEM BÜRO. INNERHALB VON SECHS MONATEN BERICHT ÜBER DIE LAGE DER AUSSIEDLER IN HAMBURG, AUS DEM SOFORT ERSTE KONSEQUENZEN GEZOGEN WERDEN.

JUGEND- UND FAMILIENPOLITIK FOR HAMBURG:

DER JUNGEN GENERATION EINE CHANCE GEBEN - DIE ERZIEHUNGS-

KRAFT UNSERER FAMILIEN STÄRKEN, IHRE GESELLSCHAFTLICHE LEISTUNG FÖRDERN

UNSERE JUNGE GENERATION IN EINE BESTIMMTE ECKE ZU STELLEN UND NUR OBER SIE ANSTATT MIT IHR ZU REDEN, IST UNS ZU EINFACH: WIR WOLLEN IHR EINE CHANCE GEBEN, DAS ANGEBOT EINES LEBENS IN EINER FREIHTLICHEN GESELLSCHAFT ANZUEHMEN. UND WIR MEINEN: UNSERE KINDER UND JUGENDLICHEN BRAUCHEN DIE GEMEINSCHAFT DER FAMILIE. DESHALB IST FAMILIENPOLITIK FOR UNS NICHT NEBEN-, SONDERN HAUPT-SACHE - FREI VON ALLEN VERSUCHEN, DIE FAMILIE AUSEINANDERZUDIVIDIEREN.

Rocker, Punks - das sind heute Lebensformen eines Teils unserer Hamburger Jugend - einer Minderheit, die ausdrückt, was in unserer Gesellschaft vielen jungen Leuten vorenthalten wird: das Erlebnis der Gemeinschaft, Geborgenheit in der Familie, Ziele, für die man sich dauerhaft einsetzen kann. Tun wir Erwachsenen, tun wir Politiker wirklich genug für die Heranwachsenden und Kinder? Nicht nur materiell, sondern auch sonst?

In einer Großstadt wie Hamburg können sich viele Kinder nicht mehr richtig austoben und spielen. Sandkisten neben dem Autolärm und Telespiele im 11. Stock eines Hochhauses sind kein Ersatz für unbeschwertes Herumtollen in einer natürlichen Umwelt. Viele Jugendliche wachsen in einer kontaktarmen Welt auf, die ihnen ein Riesensangebot für den Freizeitkonsum bietet, aber ein Minimum an Möglichkeiten, zusammen mit Alterskameraden eigene schöpferische Ideen zu verwirklichen. Gleichzeitig wächst die Zahl von Familien, die an gescheiterten Ehen zerbrechen oder in denen überlastete Eltern keine Zeit haben, sich um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern. Hinzu kommt: Ein Teil unserer jungen Generation flüchtet in die Scheinwelt der Drogen oder verwarlost sozial bis hin zur Kriminalität.

Noch mehr staatlicher Einfluß auf die Erziehung hilft da nicht weiter. Im Gegenteil: Er zerstört vorhandene soziale Bindungen in der Familie und macht Jugendliche zu Objekten einer Politik, anstatt ihnen Geborgenheit und persönliche Zuwendung zu geben. Wenn es für unseren Staat mehr zu tun gibt, dann vor allem dort, wo er bisher zu wenig getan hat: In der Hilfe für behinderte Kinder und Jugendliche.

für in Heimen Aufwachsende, für Drogenabhängige und Suchtgefährdete. Wie hier zum Teil durch unzureichende Möglichkeiten und bürokratische Hindernisse Lebensschicksale negativ entschieden werden, ist einer Stadt wie Hamburg unwürdig.

DAS WILL DIE CDU

Jugendpolitik beginnt für uns nicht nur bei der Förderung der Familie als der Gemeinschaft, die in ihrem Erziehungswert durch nichts zu ersetzen ist. Jugendpolitik heißt für uns auch, daß sich Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung frei entfalten können müssen, ohne von staatlichen Reglementierungen oder Beeinflussungen betroffen zu sein. In der Jugendarbeit soll die Arbeit der freien Jugendverbände Vorrang haben.

Alles in allem: Kindheit und Jugend sind in erster Linie Privatsache. Nur dort, wo es nicht mehr anders geht, sollte der Staat eingreifen. Ansonsten hat er sich auf die Hilfe zur Selbsthilfe zu beschränken.

Wir wollen, daß unsere Kinder in einer stabilen sozialen Umwelt aufwachsen können. Deshalb machen wir Schluß mit der Halbherzigkeit, mit der in unserer Stadt den Familien geholfen wird, Familien sind für uns kein Relikt aus dem letzten Jahrhundert, sondern die zukunftssträchtigste Form menschlichen Zusammenlebens. Wir möchten, daß Hamburg wirklich eine Großstadt mit Herz für Kinder wird. Und: Wir möchten mehr für die Kinder tun, die behindert sind oder nicht bei den Eltern aufwachsen können. Unsere Heime müssen stärker als bisher auf die individuelle pädagogische Betreuung ausgerichtet werden und das letzte Mittel sein, um Kinder zu erziehen. Dann aber auch mit den besten pädagogischen Möglichkeiten und in hervorragend ausgestatteten Heimen.

Den Wunsch der jungen Generation, eigene Wege zu gehen, nehmen wir ernst. Wir wissen, daß unsere freiheitliche Gesellschaft nur dann eine Zukunft hat, wenn sie persönliche Freiheit auch für Jugendliche erfahrbar macht. Aber wir sagen den Jugendlichen zugleich: Ihr zerstört die positiven Chancen dieser Freiheit, wenn Ihr meinen solltet, alles andere - von den Eltern bis hin zu den Gesetzen unseres Staates - ginge Euch nicht an. Immer nur Nein sagen, immer nur von anderen etwas verlangen, anstatt selber etwas zu tun und persönliche Opfer zu bringen - so muß das Verhältnis zwischen den Generationen kaputtgehen.

Denjenigen Jugendlichen, die in die Kriminalität abrutschen, wollen wir helfen, ihre schwierige Lage zu überwinden. Dazu gehört allerdings mehr als ein verbessertes System staatlicher Unterstützung. Dazu gehört vor allem auch die Bereitschaft aller Mitbürger, straffällig gewordenen Jugendlichen eine Chance zu geben.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den drogensüchtig gewordenen Jugendlichen. Bei ihnen muß Therapie grundsätzlich Vorrang vor der Bestrafung haben.

Was uns generell betroffen macht: Viele Jugendliche stehen der Politik skeptisch und distanziert gegenüber. Wir stellen uns deshalb auch die Frage, ob nicht auch wir zuviel über und zuwenig mit der jungen Generation geredet haben. Daher werden wir unsere Bemühungen um einen fruchtbaren Dialog mit ihr verstärken.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. FÖRDERUNG DER ERZIEHUNG IN DER FAMILIE

Die Kinder- und Jugendfreundlichkeit unserer Gesellschaft hängt ganz entscheidend davon ab, was wir für die Familie tun. Was in ihr als der ersten entscheidenden Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche nicht geleistet werden kann, ist woanders durch nichts voll zu ersetzen. Auch nicht durch den besten Krippenplatz.

Deshalb wollen wir die Lage vieler Familien in unserer Stadt verbessern. Dazu gehören für uns mehr Wohnungen und Eigenheime für kinderreiche Familien. Daß sechs- und siebenköpfige Familien in Hamburg auf 80 qm zusammenleben müssen, muß endlich der Vergangenheit angehören. Kinderreichtum darf nicht länger mit Wohnungsnot verbunden sein.

Außerdem wollen wir Eltern durch eine gezielte Erziehungs- und Familiengruppenarbeit helfen, Konflikte in der Familie und Erziehungsschwierigkeiten zu überwinden. Die wertvolle Arbeit der Kirchen und anderer freier Träger auf diesem Gebiet werden wir dabei vorrangig fördern.

Damit Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, unterstützen wir alle Bemühungen, mehr qualifizierte Teilzeit-Arbeitsplätze zu schaffen. Öffentlicher Dienst und staatliche Unternehmen haben hier eine Vorreiterfunktion.

Die Aufteilung von Arbeitsplätzen auf in der Regel zwei Arbeitnehmer kann die Beschäftigungsmöglichkeiten für erziehende Eltern ebenfalls erhöhen. Wir werden damit einen Modellversuch im Staatsdienst starten.

Sowohl bei Teilzeitarbeitsplätzen als auch beim Job-Sharing müssen allerdings sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Nachteile ausgeschlossen werden. Gesetzgeber und Tarifpartner müssen hier entsprechende Sicherungen einbauen.

Die Aufgaben in der Familie müssen endlich in der allgemeinen Leistungsbewertung die notwendige öffentliche Anerkennung finden.

Diese Ziele können wir angesichts der öffentlichen Finanzkrise nur schrittweise erreichen, aber es bleibt unser politisches Ziel, die gesellschaftlich wichtige Leistung der Kindererziehung nachhaltig zu fördern, z.B. durch die Gewährung eines Erziehungsgeldes.

Alleinstehende Mütter und Väter haben nach unserer Auffassung einen Anspruch darauf, daß ihre Sorgen ernster als bisher genommen werden. Ohne irgendeinen modischen Trend zum "Single mit Kind" Vorschub leisten zu wollen: Vor allem um ihrer Kinder willen, bedürfen sie unserer Hilfe - und des Abbaus von Vorurteilen gegen sie. Wir setzen uns dafür ein, daß die Verletzung der Unterhaltspflicht wirkungsvoller verfolgt wird. Die Stiftung "Familie in Not" wird auch alleinerziehenden Müttern und Vätern helfen, insbesondere auch den Müttern, die vor der Frage stehen, ob sie aus wirtschaftlichen Gründen die Schwangerschaft unterbrechen oder ihr Kind zur Adoption freigeben sollen.

2. KINDERGARTEN ALS ERGÄNZUNG ZUR FAMILIENERZIEHUNG

Kindergärten und Kindertagesheime sind für uns ein Angebot an die Eltern, die Erziehung in der Familie zu ergänzen. Sie sind Stätten des Spielens und des sozialen Lernens, nicht aber Aufbewahrungsorte für Kinder, die den Eltern lästig sind. Wir wollen dort keine Staats-erziehung mit sozialistischen Erziehungszielen, sondern eine pädagogische Arbeit, die den Erziehungsauftrag der Eltern ergänzt. Wir werden deshalb die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern in den Kindergärten und Kindertagesheimen ausbauen.

Besonderer erzieherischer Anstrengungen bedarf die Arbeit mit ausländischen und sozial gefährdeten Kindern. Die Eltern müssen für die Fünf-jährigen freie Wahl zwischen Kindergarten und Vorschule haben. Darum sollen beide Einrichtungen in gleicher Weise gefördert werden. Wir wollen mit der Verunsicherung im Bereich der Kindertagesheime und Kindergärten Schluß machen und in einem Kindergartengesetz die Finanzierung und die Mitwirkung der Eltern regeln. Die Arbeit der freien Träger muß durch angemessene Förderung gesichert werden.

3. VERBESSERUNG DER HEIMERZIEHUNG UND DER ADOPTION

Wenn alle ergänzenden und ambulanten Hilfen in gestörten Familien versagen, sind Adoption und Pflegefamilie für die Kinder am besten. Die Bereitschaft, Kinder zu adoptieren oder in Pflege zu nehmen, darf nicht durch schleppende Vermittlungsverfahren unnötig erschwert werden. Die Beratung der Adoptiv- und Pflegeeltern wollen wir wesentlich verbessern, die Aufnahme älterer und behinderter Kinder soll besonders gefördert werden. Nur wenn sich keine Ersatzfamilien finden lassen, wird Heimerziehung notwendig. Sie soll so familienähnlich wie möglich gestaltet werden: Kleine Gruppen in Heimen oder angemieteten Wohnungen mit einem möglichst geringen Wechsel der Erzieher. Es darf nicht sein, daß durch die Heimerziehung vorhandene Verhaltensstörungen noch verstärkt werden.

Zum Schutz besonders gefährdeter Kinder und Jugendlicher muß vorübergehend eine gesicherte Unterbringung mit intensiver pädagogischer Betreuung möglich sein.

Von den Erziehern wird allerdings auch dort, wo der Erzieherberuf Elternersatz bedeutet, ein besonders hoher Einsatz verlangt. Die Ausbildung und Qualifikation muß diesen Anforderungen Rechnung tragen.

4. MEHR SPIELMÖGLICHKEITEN FÜR UNSERE KINDER

Die Stadt- und Wohnungsbauentwicklung in den letzten Jahrzehnten hat nur wenig Rücksicht auf unsere Kinder genommen. Wie sonst hätten Betonburgen und anonyme Straßenzüge in Wohnvierteln entstehen können? Deshalb werden wir in den Bebauungsplänen und bei der Sanierung von Wohnvierteln die Schaffung von Spielmöglichkeiten und der Gestaltung einer kindergerechten Wohnumwelt Vorrang einräumen. Ein Kinderspielplatz-Gesetz soll dazu beitragen, daß mehr für unsere Kinder getan wird als nur der Bau von Sandkisten. Wir wollen geeignete Schulhöfe und Grünanlagen nicht länger mit Spielverbotsplätzen belegen, sondern sie verstärkt zum Spielen freigeben. Bau- und Abenteuerspielplätze halten wir für eine gute Sache. Aber es wird kaum möglich sein, sie in größerem Umfang zu finanzieren. Wo eine Elterninitiative sie dauerhaft beaufsichtigen kann, werden wir geeignete Grundstücke und Materialien zur Verfügung stellen.

5. FÖRDERUNG DER FREIZEITGESTALTUNG VON JUGENDLICHEN

Jugendliche wollen von sich aus etwas für ihre Freizeitgestaltung tun und ihre Betätigung neben der Schule selbst bestimmen. Hier eröffnen Jugendverbände und -initiativen vielfältige Möglichkeiten. Deshalb soll die außerschulische Jugendarbeit der freien und selbstverwalteten Jugendverbände, vor allem auch die Jugendarbeit in den Sportverbänden, tatkräftig unterstützt werden: Durch eine ausreichende finanzielle Förderung, die die Eigenleistung der Verbände und ihrer Mitglieder ergänzt. Durch die unbürokratische Vergabe von Räumen. Und durch die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiter vor allem in den kleineren Jugendgruppen. Die Häuser der Jugend, deren bisherige Konzeption sich überlebt hat, sollen zu offenen Begegnungs- und Freizeiteinrichtungen umgestaltet werden. In ihnen sollen besonders die nichtorganisierten Jugendlichen, insbesondere Ausländerkinder, attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung finden. Daß sie am Wochenende häufig geschlossen sind, halten wir für falsch. Gerade sonnabends und sonntags brauchen Jugendliche einen festen

wohnnahen Treff. Außerdem wollen wir die Jugendlichen stärker bei der Programmplanung in den Häusern der Jugend mitwirken lassen.

Besonderen Wert werden wir auf die Begegnung der jungen Generation mit der Kultur legen. Die Förderung von Kino- und Theaterprogrammen für Jugendliche sowie Schultheater-Gruppen muß ausgebaut werden. Im übrigen: Weshalb werden eigentlich nicht mehr Schulräume für junge Leute zur Verfügung gestellt, die klassische Musik oder Pop-Musik spielen wollen?

6. HAMBURG INTERNATIONAL - AUCH FOR DIE JUGEND

Für junge Touristen präsentiert sich Hamburg häufig als wenig zugänglich. Einzige Informationsstelle ist oft der Fahrkartenschalter am Hauptbahnhof. Wir werden dafür sorgen, daß in der Innenstadt ein Informationszentrum für diese Besucher unserer Stadt geschaffen wird - nicht aufwendig, aber effektiv. Die Beratung soll in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden erfolgen, die auch eventuelle Begegnungen mit Hamburger Jugendlichen vermitteln können. Hamburg sollte seine natürliche Chance, eine Stadt der internationalen Begegnungen und Verständigung zwischen Jugendlichen zu sein, nicht länger als Nebensache behandeln. Das Bild, das andere von uns haben, wird ganz entscheidend von den Eindrücken der jungen Generation bestimmt. Wir meinen auch, daß Straßenmusik und -malerei, die im Ausland selbstverständlich sind, nicht mit Verboten belegt werden sollten.

Daß Jugendaustausch zwischen Hamburg und dem Ausland gefördert wird, ist für uns selbstverständlich. Schulen und Jugendverbände und Austauschorganisationen werden wir die internationalen Verbindungen unserer Stadt und die Hilfe staatlicher Stellen verstärkt zur Verfügung stellen.

7. HILFE FÜR STRAFFÄLLIG GEWORDENE JUGENDLICHE

Straffällig gewordene Jugendliche werden von uns nicht als hoffnungslose Fälle abgeschrieben.

Wir wollen ihnen vielmehr helfen, indem wir für jugendliche Straftäter die Möglichkeit der Berufsausbildung verbessern und in Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, Richtern und Erziehern ein Wiedereingliederungsprogramm entwickeln.

Wir sehen auch nicht ein, daß der Staat immer nur die Unternehmen auffordert, straffällig gewordene Jugendliche nach der Strafverbüßung zu beschäftigen, aber selbst dazu kaum bereit ist. Eine wichtige Aufgabe kommt in der Vorbeugung der Schule zu, in der der Sinn unserer Rechtsordnung den Schülern verständlicher gemacht werden muß.

8. HILFEN FÜR DROGENSÜCHTIGE

Auch Drogensüchtige wollen wir mit ihren Problemen nicht allein lassen. Bei der Hilfe für sie streben wir den Ausbau von Beratungszentren an, in denen auch Jugendliche Gleichaltrigen helfen können. Die Chancen für straffällig gewordene Süchtige, sich statt ins Gefängnis in Behandlung zu begeben, werden wir erhöhen. Im übrigen werden wir das Angebot an Therapieplätzen bei den freien Trägern besser als bisher fördern.

In der Vorbeugung haben Schule und Familie eine besondere Bedeutung und Verantwortung. Deshalb müssen im Unterricht und bei den Eltern die Information und die Aufklärung über Suchtgefahren verbessert werden; außerdem muß die Erziehung sich stärker als bisher auf die Persönlichkeitsbildung ausrichten und die Jugendlichen in die Lage versetzen, mit Problemen und Konflikten besser fertig zu werden.

Auch deshalb legen wir in unserer Politik so großen Wert auf die Familienförderung.

Gegen Rauschgifthändler werden wir mit aller Härte vorgehen. Wir lassen uns einen Teil unserer Jugend nicht dadurch kaputtmachen, daß gewissenlose Dealer sie aus Profitsucht in die Abhängigkeit treiben. Im übrigen halten wir den Alkoholverkauf an Minderjährige nicht für ein "Kavaliersdelikt", sondern für ein Vergehen, das verfolgt werden muß.

9. ABBAU DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Eine vollständige Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit können wir nicht versprechen. Aber wir werden uns bemühen, die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg abzubauen. Daß viele junge Menschen nach der Schule als erstes erleben müssen, daß ihre Arbeit in unserer Gesellschaft nicht gebraucht wird, halten wir für einen Skandal. Unser Ziel ist es deshalb, erstens die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluß drastisch zu senken und zweitens jedem Jugendlichen, der sich ernsthaft darum bemüht, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu geben. Wo bürokratische Vorschriften

die Bereitschaft der Betriebe und des Staates vermindern, Jugendliche auszubilden, werden wir sie verändern. Uns sind zusätzliche, einfache Ausbildungsgänge lieber als junge Leute, die von der Sozialhilfe leben müssen. Und ein Arbeitsplatz mit geringerer Bezahlung ist für Jugendliche besser als überhaupt keiner. Damit wir richtig verstanden werden: Wir werden solche Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse sorgfältig überwachen, damit diese Jugendlichen nicht ausgenutzt werden. Außerdem wollen wir für diese Fälle begleitende Fortbildungsprogramme entwickeln.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. GRÜNDUNG DER STIFTUNG "FAMILIE IN NOT". ZWECK: UNBÜROKRATISCHE UND SCHNELLE HILFE FÜR BEDÜRFTIGE FAMILIEN.
2. EINSETZUNG EINER EXPERTENGRUPPE ZUR VERBESSERUNG DER HEIMERZIEHUNG. ZIEL: INNERHALB VON SECHS MONATEN ENTWURF EINER NEUEN KONZEPTION.
3. VERABSCHIEDUNG EINES KINDERSPIELPLATZ-GESETZES.
4. PROBEWEISE ÖFFNUNG EINIGER HAUSER DER JUGEND AM WOCHENENDE.
5. EINRICHTUNG EINES INFORMATIONSZENTRUMS FÜR JUGENDLICHE TOURISTEN IN DER CITY.
6. MODELLVERSUCH FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG VON STRAFFÄLLIG GEWORDENEN JUGENDLICHEN.
7. FÖRDERUNG VON AUSBILDUNGSSTELLEN FÜR ARBEITLOSE JUGENDLICHE.
8. EINRICHTUNG EINES LANDESJUGENDWOHLFAHRTSAUSSCHUSSES, UM DIE FREIEN TRÄGER DER JUGENDHILFE BEI PLANUNGEN, BERATUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN ZU BETEILIGEN.

FRAUENPOLITIK FÜR HAMBURG:

PARTNERSCHAFT UND GLEICHBERECHTIGUNG IN ARBEITSWELT, FAMILIE UND GESELLSCHAFT. -

VERBESSERUNG DER BERUFSCHANCEN UND DER SOZIALEN SICHERHEIT.

STAAT UND GESELLSCHAFT BORDEN DEN FRAUEN VIEL AUF, ABER TUN NUR WENIG FÜR SIE. SICHERLICH HAT ES IN DEN LETZTEN JAHREN FORTSCHRITTE GEGEBEN. ABER VON DER GLEICHBERECHTIGUNG, DIE WIR NICHT MIT GLEICHMACHEREI UND KRAMPFHAFTER EMANZIPATION VERWECHSELN, SIND WIR NOCH WEIT ENTFERNT. OB IM BERUF, BEI DER SOZIALEN SICHERHEIT, IN DER FAMILIE ODER IM ÖFFENTLICHEN LEBEN. DESHALB WOLLEN WIR DIE PROBLEME, DIE DIE MEHRHEIT DER FRAUEN WIRKLICH BEWEGT, IN HAMBURG ENERGISCHER ALS BISHER ANPACKEN.

In den letzten Jahren ist viel über die Benachteiligung der Frauen in Familie und Beruf geredet und zu wenig dagegen getan worden. Die Hamburger Leitstelle für die Gleichstellung der Frau hat zahlreiche Fragen aufgegriffen, aber die entscheidenden Probleme der meisten Frauen sind bisher nicht gelöst worden: Doppelbelastung durch Familie und Beruf, finanzieller Zwang zum Arbeiten neben der Kindererziehung, zu wenig Chancengleichheit im Erwerbsleben, zum zweiten Mal im Beruf von vorn anfangen, mangelhafte soziale Sicherheit. Wer Frauenpolitik nur auf die außer Haus berufstätige Frau ausrichtet, übersieht die Probleme und Interessen der im Haus tätigen Frau und erkennt, daß viele Frauen wünschen, nur oder hauptsächlich im Haus und in der Familie arbeiten zu können. Umgekehrt: Wer sich nur an der traditionellen Rolle der Frau in der Familie orientiert, unterschlägt das Recht der Frau, sich - ebenso wie der Mann - im Beruf zu verwirklichen. Die meisten Frauen wollen: ein partnerschaftliches Familienleben, Anerkennung ihrer Leistung als Hausfrau und Mutter und daneben die Chance, in einer qualifizierten Stellung mindestens für einen Teil ihres Lebens beruflich tätig zu sein. Um sie muß sich die Frauenpolitik vorrangig kümmern, nicht um die Wünsche lautstarker kleiner Gruppen.

DAS WILL DIE CDU

Wir wollen Partnerschaft und Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in allen Lebensbereichen. Mehr gegen die materielle und soziale Benachteiligung der Frauen zu tun, ist allerdings nicht nur Aufgabe des Staates. Hier hat jeder einzelne von uns die Pflicht, Vorurteile abzubauen.

Auch die Tarifpartner sind aufgerufen, die Stellung der Frau in der Arbeitswelt zu verbessern und ihre soziale Sicherheit zu erhöhen. Es muß endlich eine Selbstverständlichkeit werden, daß Frauen bei gleicher Leistung und gleichwertiger Arbeit auch gleichen Lohn erhalten.

Aufgabe des Staates - und diese Haltung prägt unsere Politik - ist es, auf die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau hinzuwirken, die Benachteiligung von Müttern und Hausfrauen abzubauen und im öffentlichen Dienst die Chancen für eine qualifiziertere Berufstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Dafür werden wir uns in Hamburg und auf der Bundesebene einsetzen. Daneben wollen wir uns mit unserer Politik um die Frauen und Mütter kümmern, die sich in wirklichen Notlagen befinden wie z. B. mißhandelte Frauen, Straffällige mit kleinen Kindern, alleingelassene Ausländer-Frauen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. WAHLFREIHEIT ZWISCHEN BERUF UND TÄTIGKEIT IN DER FAMILIE

Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Auch jüngere Männer sind zunehmend bereit, bei finanzieller Einschränkung neben dem Beruf verstärkt Familienaufgaben zu übernehmen.

Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie setzt voraus, daß niemand aus schwerwiegenden finanziellen Gründen gezwungen wird, sich gegen Kind und Kindererziehung zu entscheiden und daß eine ausreichende berufliche Qualifikation den Wiedereintritt ins Berufsleben ermöglicht.

Ein Beitrag dazu ist für uns die Gewährung eines Erziehungsgeldes, die wir anstreben, aber erst nach einer Konsolidierung der Staatsfinanzen verwirklichen können.

Für den beruflichen Wiedereintritt sind Maßnahmen zur Erhaltung des Berufskontaktes sowie ein vielfältiges Fortbildungs- und Umschulungsangebot erforderlich - vor allem für solche Berufe, die von der technologischen Rationalisierung betroffen sind.

2. NEUE BERUFSWEGE FÜR FRAUEN

Die Beschränkung erwerbstätiger Frauen auf bestimmte Berufszweige ist überholt. Ebenso die Massierung in den unteren und mittleren Ebenen des Arbeitslebens. Zwar gibt es Berufszweige, wo Frauen allein aus körperlichen Gründen nicht "ihren Mann stehen können": Aber weshalb soll ein junges Mädchen eigentlich nicht Elektrikerin oder Maschinenbauerin werden? Oder Ingenieurin? Wir wollen deshalb die handwerklichen und technischen Bereiche stärker für Frauen öffnen. Wo Ausbildungs- und Arbeitsschutzvorschriften dies bürokratisch und wirklichkeitsfern verhindern, werden wir sie beseitigen. In den Schulen wollen wir Mädchen gezielt für den technisch-naturwissenschaftlichen Unterricht gewinnen. Frühzeitige Berufsberatung und Information der Eltern über die Chancen in Handwerk und Technik sollen ebenso dazu beitragen, junge Mädchen für derartige Berufe zu gewinnen, wie entsprechende Betriebspraktika.

Der öffentliche Dienst und die staatlichen Unternehmen in Hamburg müssen nach unserer Meinung stärker qualifizierten Frauen Führungspositionen ermöglichen als bisher. Sie sollten darin Vorbild sein für die Wirtschaft, in der leitende Stellungen für Frauen noch immer Seltenheitswert haben.

3. EINFÜHRUNG DER ARBEITSPLATZ-TEILUNG UND MEHR TEILZEIT-ARBEITSPLATZE

Familienaufgaben und außerhäusliche Berufstätigkeit lassen sich am besten vereinbaren, wenn die Arbeitszeit möglichst flexibel gestaltet wird. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, das Angebot an Teilzeit-Arbeitsplätzen für Männer und Frauen, insbesondere auch

für qualifizierte Tätigkeiten, auszuweiten. Der öffentliche Dienst und die staatlichen Unternehmen haben hier eine Vorreiterfunktion.

Die Aufteilung von Arbeitsplätzen auf in der Regel zwei Arbeitnehmer, das sogenannte Job-Sharing, kann die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen ebenfalls erhöhen und kommt den Familieninteressen besonders entgegen. Wir werden damit einen Modellversuch im Staatsdienst starten.

Sowohl bei Teilzeit-Arbeitsplätzen als auch beim Job-Sharing müssen allerdings sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Nachteile ausgeschlossen werden. Gesetzgeber und Tarifpartner müssen hier entsprechende Sicherungen einbauen.

4. HILFE FÜR IN NOT GERATENE FRAUEN

Mißhandelte und in Not geratene Frauen und deren Kinder brauchen besonderen Schutz und öffentliche Hilfe. In den Frauenhäusern kommt es darauf an, durch individuelle Beratung und Unterstützung den unterschiedlichen Bedürfnissen der Frauen und Kinder zu entsprechen und ihnen zur Eigenständigkeit zu verhelfen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. VORSTOSS FÜR DIE BESEITIGUNG VON AUSBILDUNGSVORSCHRIFTEN UND VON ÜBERHOLTEN ARBEITSSCHUTZVORSCHRIFTEN IN EINIGEN HANDWERKSBERUFEN, DIE MÄDCHEN DIE AUSBILDUNG ERSCHWEREN.
2. MODELLVERSUCH "JOB-SHARING" IN DER HAMBURGER VERWALTUNG.
3. MEHR HILFE FÜR IN NOT GERATENE FRAUEN.

AUSLÄNDERPOLITIK FÜR HAMBURG:

FAIRE CHANCEN FÜR DIE EINGLIEDERUNG UNSERER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER ODER IHRE RÜCKKEHR IN DIE HEIMAT - STOPP FÜR DEN MISSBRAUCH DES ASYLRECHTS

UNSERE AUSLÄNDISCHEN ARBEITNEHMER UND IHRE FAMILIEN HABEN EINEN BEACHTLICHEN BEITRAG FÜR UNSEREN GEMEINSAMEN WOHLSTAND GELEISTET. SIE JETZT, WO ES ZUNEHMEND PROBLEME GIBT, EINFACH ABZUSCHIEBEN, WÄRE ZUTIEFST UNGERECHT. DESHALB WOLLEN WIR IHNEN BESSERE MÖGLICHKEITEN GEBEN, SICH ENTWEDER IN DAS LEBEN UNSERER STADT EINZUGLIEDERN ODER FREIWILLIG IN IHR HEIMATLAND ZURÜCKZUKEHREN. ZUM ASYLPROBLEM MEINEN WIR: WER WIRKLICH AUS POLITISCHEN ODER RELIGIÖSEN GRÜNDEN VERFOLGT WIRD, FINDET BEI UNS ZUFLUCHT. ABER DER MISSBRAUCH DES ASYLRECHTS MUSS GESTOPPT WERDEN; ER SCHADET NICHT ZULETZT DEN WIRKLICH VERFOLGTEN. UND: WIR KÖNNEN NICHT DAS ARBEITS- UND SOZIALAMT DER DRITTEN WELT WERDEN.

Eine unrealistische Politik hat die Ausländerprobleme verschärft, statt sie einer Lösung näherzubringen. Versäumnisse in der Stadtentwicklungspolitik haben dazu geführt, daß in Stadtteilen mit verfallender Altbausubstanz eine starke Ausländerkonzentration erfolgt ist. Eine Schulpolitik, die ausländische Kinder ohne Berücksichtigung des jeweiligen Ausländeranteils - oft ohne Rücksichtnahme auf unzureichende Deutschkenntnisse -, in die deutschen Regelklassen einbezogen hat, bewirkte, daß deutsche Familien im Interesse der Bildungschancen ihrer Kinder bestimmte Teile der inneren Stadt verlassen haben. Dadurch haben sich die Zukunftschancen besonders der jungen Menschen - der Deutschen wie der Ausländer - in diesen Stadtteilen weiter verschlechtert.

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Muttersprachen und verschiedener Lebensgewohnheiten bringt Probleme mit sich. Sie werden dadurch schwieriger, daß nach den Arbeitnehmern aus den ärmeren Regionen des europäischen Kulturkreises Arbeitnehmer und Asylbewerber aus islamischen, südasiatischen und afrikanischen Ländern in wachsender Zahl zu uns gekommen sind. Diese

Menschen, die aus eigenständigen Kulturen mit daraus folgenden - oft religiös bedingten - anderen Verhaltensweisen kommen, zeigen weniger Anpassungsbereitschaft und werden auch von unseren eigenen Landsleuten schwerer als Nachbarn akzeptiert.

Erste- uns alle erschreckende - Zeichen von Ausländerfeindlichkeit sind zu beobachten. Es ist klar: Die bisher beschrittenen Wege haben in eine Sackgasse geführt. Eine realistischere Politik ist notwendig.

DAS WILL DIE CDU

Wir halten die Behauptung, unsere Ausländerprobleme seien mit den Methoden klassischer Einwanderer-Länder zu lösen, für eine unzulässige Vereinfachung und Verharmlosung. Wer in die USA oder nach Australien auswandert, strebt in der Regel die amerikanische oder australische Staatsangehörigkeit an und ist bereit, die englische Sprache zu erlernen.

Von den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern ist nur ein sehr kleiner Teil daran interessiert, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Viele ausländische Arbeitnehmer sind mit der Absicht gekommen, hier Geld zu verdienen und dann in ihr Heimatland zurückzukehren. Die meisten sind länger geblieben als ursprünglich geplant. Die Mehrheit wird auf Grund der wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsländern auf Dauer bleiben oder doch bis zum Ende des Arbeitslebens. Diejenigen, die zurückkehren, treffen ihre Entscheidung oft unter Inkaufnahme des teilweise unzureichenden schulischen und beruflichen Ausbildungsstandes ihrer Kinder.

Eine vernünftige Ausländerpolitik muß deshalb neben Angeboten der Eingliederung bei uns auch Angebote der Wiedereingliederung im Heimatland entwickeln.

Erfolgversprechende Integration kann dabei nicht in einer zwangsweisen Eindeutschung der Kinder über den Kopf der Eltern hinweg bestehen. Wir wollen keine zerstörten Familien sowie psychisch und sozial gefährdete Kinder.

Die Wiedereingliederung sollte nach Möglichkeit mit der Entwicklungspolitik abgestimmt werden, die dadurch größere Erfolgchancen bekäme.

Im übrigen müssen wir uns darauf einstellen, daß wir über eine lange Zeit mit Minderheiten in unserer Stadt und in unserem Lande leben müssen. Dies erfordert von uns allen Toleranz. Um Konflikten nicht Vorschub zu leisten, muß bei bestimmten Problemgruppen der Zuzug neuer Ausländer wirkungsvoller begrenzt werden.

Eine besondere politische Verantwortung haben wir gegenüber jenen Deutschen, die in ihrer Straße oder in ihrer Schule selbst zur Minderheit geworden sind oder in absehbarer Zeit zu einer Minderheit werden können.

DAS WOLLEN WIR IM EINZELNEN

1. BESCHLEUNIGUNG UND STRAFUNG DER ASYLVERFAHREN

Vielen Deutschen hat in der dunkelsten Stunde der deutschen Geschichte das Asyl in anderen Ländern das Leben gerettet. Wir wollen das Grundrecht auf Asyl bewahren. Aber nur, wer wirklich politisch verfolgt ist, darf das Asylrecht in Anspruch nehmen. So verständlich der Wunsch von Menschen aus vielen Entwicklungsländern ist, ihrer wirtschaftlichen Not zu entfliehen, so kann doch die Bundesrepublik nicht das Arbeitsamt, die Schule und das Sozialamt der ganzen Dritten Welt werden. Wir wollen mit Asylbewerbern keinen "kurzen Prozeß" machen, aber dafür sorgen, daß die Frage der Asylberechtigung durch Beschleunigung und Straffung des Rechtsweges, in der Regel innerhalb eines Jahres, geklärt wird. In der Zeit der Prüfung des Rechtsanspruchs muß das wirtschaftliche Existenzminimum des Asylbewerbers gesichert werden. Es muß ihm aber die Möglichkeit genommen werden, in dieser Zeit Geld in sein Heimatland zu überweisen. Denn damit werden neue Scheinasylanten zur Einreise in die Bundesrepublik ermutigt. Die Unterbringung von Asylbewerbern muß menschenwürdig erfolgen, aber so, daß Stadtteile mit hohem Ausländeranteil nicht zusätzlich belastet werden.

2. ENERGISCHES VORGEHEN GEGEN ILLEGALE ZUWANDERUNG UND POLITISCHE GEWALTSTATEN

Organisatoren, Schlepperdienste und Geschäftemacher bei der Vermittlung von illegalen ausländischen Arbeitnehmern müssen stärker dingfest gemacht und schärfer bestraft werden. Ausländer, die als Links- oder Rechtsextremisten die Konflikte ihres Heimatlandes gewaltsam hier in Hamburg austragen wollen, müssen ausgewiesen werden.

Wir sind für ein Verbot ausländischer extremistischer Organisationen.

3. BEGRENZUNG DER ZUWANDERUNG WEITERER AUSLÄNDER

Der Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die mit der grundsätzlich beschlossenen Aufnahme Spaniens und Portugals im Mittelmeerraum ihre Grenzen demnächst erreicht hat, muß aufrechterhalten werden. Er darf auch nicht weiter durch

eine unbegrenzte Familienzusammenführung unterlaufen werden. Der Nachzug älterer Kinder stellt uns bereits vor viele schwer zu lösende Probleme. Der Nachzug von Jugendlichen nach Ablauf der Vollschulzeitpflicht ist nur dann zu verantworten, wenn sichergestellt ist, daß diese Jugendlichen rechtzeitig Gelegenheit erhalten, die deutsche Sprache zu erlernen und eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten.

Für jugendliche Zuwanderer aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft wollen wir Intensiv-Programme durchführen, an deren Finanzierung die EG sich beteiligen muß. Familiennachzug Jugendlicher aus anderen Ländern sollte durch Elternberatung und notfalls durch gesetzliche Änderung verhindert werden. Dabei sind humanitäre Härten zu vermeiden. Wer Jugendlichen nicht die Möglichkeit gibt, zu lernen oder zu arbeiten, zerstört sinnlos die Hoffnung und Zukunft junger Menschen auf eine gesicherte Existenz und eine befriedigende Arbeit - und schafft eine weitere Ursache sozialer Konflikte

4. SCHULISCHE AUSBILDUNG VON AUSLÄNDERKINDERN

Gegenüber den legal hier lebenden Gastarbeiterfamilien haben die Bundesrepublik und somit auch Hamburg eine soziale Verpflichtung. Das gilt insbesondere für die Kinder von Gastarbeitern, die mit Zustimmung deutscher Behörden hier leben oder hier geboren sind. Sie müssen eine faire Chance in unserer Gesellschaft erhalten. Aber diese Chance der jungen Ausländer in unserem Schulwesen darf nicht mit einer erheblichen Minderung der Schul- und Lebenschancen der deutschen Kinder in den Ballungsräumen bezahlt werden. In Schulklassen mit über 70 % Ausländerkindern stellt sich die Frage, wer eigentlich wen integriert. Im übrigen lernen Ausländerkinder, die nicht ganz in deutscher Umgebung aufgewachsen sind oder einen deutschen Kindergarten besucht haben, besser die deutsche Sprache, wenn man die vorhandene Sprach- und Denkfähigkeit in der Muttersprache für das Erlernen der deutschen Sprache aktiviert. Deshalb halten wir nationale Übergangsklassen für sinnvoller als multinationale Übergangsklassen. Die schulische Ausbildung der deutschen Kinder muß dadurch gesichert werden, daß bei einem Anteil von mehr als 30 % Ausländerkindern besondere Klassen für Ausländerkinder gebildet werden sollten. Da in wenigen Jahren über 50 % der Hauptschüler in ganz Hamburg Ausländerkinder sein werden, werden solche Maßnahmen immer häufiger nötig sein, um den Auszug der deutschen Familien aus den Ballungsräumen zu begrenzen. Eine Sanierung, die Altbausubstanz verbessert und Baulücken schließt, kann ebenso dazu beitragen, eine Ghetto-bildung bei Ausländern zu begrenzen wie eine erhöhte Lehrerzuweisung und schulische Sondermaßnahmen.

5. EINBEZIEHUNG DER ELTERN IN DIE ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN SCHULISCHEN WEG DER AUSLÄNDERKINDER

Wir wollen den Kindern ausländischer Arbeitnehmer die Chance geben, Deutsche zu werden, sofern sie dies wollen. Bisher sind dies kleine Minderheiten. Eine Zwangsintegration der Kinder durch die Schule an den Eltern vorbei kann nicht funktionieren. Wir brauchen deshalb mehr zweisprachige Lehrer und ausländische Sozialbetreuer, damit das Gespräch mit den Eltern geführt werden kann. Den Eltern muß stärker bewußt gemacht werden, welche Bedeutung ihre Entscheidung, ob und wann sie gegebenenfalls in ihr Herkunftsland zurückkehren, für ihre Kinder hat, damit die entsprechenden Konsequenzen für deren schulische und berufliche Ausbildung getroffen werden können.

6. ROCKKEHR- UND WIEDEREINGLIEDERUNGSPROGRAMM FÜR UNSERE TORKISCHEN MITBÜRGER

Aus der Türkei, einem Land mit besonderen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, überwiegt eindeutig die Zuwanderung in die Bundesrepublik. Ihr Anteil an den Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland ist allein 1979 um mehr als 100.000 gestiegen. Wir wollen durch eine gezielte Hamburger Berufsausbildungspolitik eine Verbindung zur Finanz- und Entwicklungshilfe der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft für die Türkei herstellen und mit konkreten Projekten auch für einen Teil der bei uns lebenden Türken die Chance einer freiwilligen Rückkehr in die Heimat eröffnen.

Auch die Kapitalisierung hier erworbener sozialer Ansprüche kann in die Überlegungen für ein solches Programm einbezogen werden. Wenn die Arbeit zu den Menschen kommt, ist dies im Zweifel die bessere Lösung, als wenn die Menschen in fremden Ländern als Fremde Arbeit suchen. Menschen, die oft mit leidvoller Erfahrung eine gewisse Anpassung an unsere Gesellschaft vollzogen haben, könnten als "Dolmetscher" verschiedener Lebensformen der deutschen Entwicklungshilfe in der Türkei zu besseren Erfolgen verhelfen.

7. BERUFLICHE QUALIFIKATION HIER LEBENDER AUSLÄNDER ZU FACHARBEITERN

Sehr viele in unserer Stadt lebende - besonders junge - Ausländer sind, durch ihr persönliches Schicksal bedingt, nicht in einem ihren Fähigkeiten entsprechenden qualifizierten Beruf tätig. Auf der anderen Seite gibt es - als Folge falscher Bildungspolitik - auf dem Hamburger Arbeitsmarkt eine Facharbeiterlücke. Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Hamburger Wirtschaft

Programme zur praxis- und bedarfsorientierten beruflichen Ausbildung von jungen Ausländern zu Facharbeitern entwickeln. Dabei werden auch öffentliche Mittel sinnvoller ausgegeben als für die Heranbildung einer unbegrenzten Zahl von Hilfsarbeitern, deren Arbeitslosigkeit vorprogrammiert ist. Wenn es gelingt, durch Aktivierung der Bildungsreserven junger Ausländer die Facharbeiterlücke wenigstens teilweise zu schließen, dann ist dies nicht nur eine Verbesserung der Lebenschancen junger Ausländer, sondern zugleich ein Beitrag zur Vermeidung von Fremdenfeindlichkeit.

8. HILFEN FÜR AUSLÄNDISCHE FRAUEN

Die ausländischen Frauen leben vor allem wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnisse besonders isoliert. Darum wollen wir ihnen mit gezielten Sprachkursen und Angeboten der beruflichen Bildung bei der Anpassung Hilfestellung geben. Besondere Unterstützung und sprachliche Hilfen benötigen sie bei der Gesundheitsvorsorge und -fürsorge.

9. KEIN ALLGEMEINES AUSLÄNDERWAHLRECHT

Wir wollen, daß alle bei uns lebenden Ausländer gerecht behandelt werden, ihre bestehenden Rechte wahrnehmen und diese Rechte weiterentwickelt werden. Das Wahlrecht zu den Parlamenten im Staat Bundesrepublik Deutschland - auch im kommunalen Bereich - können die Ausländer nur mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erlangen. Ganz anders stellt sich die Frage in der Europäischen Gemeinschaft. Wenn durch Gesetzgebung des Europäischen Parlaments und des Rates, durch Übertragung weiterer Souveränitätsrechte auf die Gemeinschaft oder durch Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten auf der Basis der Gegenseitigkeit Wahlrechte eingeräumt werden, so ist das kein Ausländerwahlrecht, sondern die Entwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft. Die Einführung des gemeinsamen europäischen Passes 1985 könnte dafür ein sinnvoller Ansatz sein.

Die Ausländerbehörde sollte angewiesen werden, ausländischen Arbeitnehmern, die seit 8 Jahren legal bei uns arbeiten und ihre Steuern bezahlt haben, von Amts wegen die ihnen zustehende Aufenthaltsberechtigung zu geben, statt sie immer wieder erneut vorzuladen.

DAS WILL DIE CDU SOFORT:

1. STRAFUNG UND BESCHLEUNIGUNG DER ASYLVERFAHREN.
2. ENERGISCHES VORGEHEN GEGEN GESCHÄFTEMACHER, DIE AN DER ILLEGALEN EINSCHLEUSUNG UND VERMITTLUNG VON AUSLÄNDERN VERDIENEN.
3. AUSWEISUNG GEWALTTÄTIGER AUSLÄNDISCHER EXTREMISTEN.
4. NACH 8 JAHREN LEGALEM AUFENTHALT AUFENTHALTSBERECHTIGUNG FÜR GASTARBEITER, DIE SICH NICHTS HABEN ZUSCHULDEN KOMMEN LASSEN.
5. BEGRENZUNG DER ZUWANDERUNG WEITERER JUGENDLICHER AUSLÄNDER.
6. VERBESSERUNG DER ZUKUNFTSCHANCEN DER DEUTSCHEN WIE DER AUSLÄNDISCHEN SCHÜLER IN DEN BALLUNGSGBIETEN DURCH ZUSÄTZLICHE SCHULISCHE MASSNAHMEN.
7. MEHR ZWEISPRACHIGE SOZIALBETREUER, DAMIT BESSERE KONTAKTE ZWISCHEN DER DEUTSCHEN SCHULE UND DEN AUSLÄNDISCHEN ELTERN GESCHAFFEN WERDEN.
8. IN ABSTIMMUNG MIT DER WIRTSCHAFT BESSERE CHANCEN ZUR FACHARBEITERAUSBILDUNG FÜR JUNGE AUSLÄNDER.
9. BILDUNG EINER GEMISCHTEN KOMMISSION AUS VERWALTUNG UND WIRTSCHAFT, DIE KONKRETE ROCKKEHR- UND WIEDEREINGLIEDERUNGSPROGRAMME -INSBESONDERE FÜR TÜRKEN - ENTWICKELN!

GESUNDHEITSPOLITIK FÜR HAMBURG:

MEHR TUN FÜR EIN GESUNDES LEBEN DURCH FRÜHERKENNUNG UND VORSORGE
- BESSERE MÖGLICHKEITEN, WIEDER GESUND ZU WERDEN.

WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISSE UND TECHNIK HABEN IN DER MEDIZIN GROSSE FORTSCHRITTE GEMACHT. ABER VON EINEM MEHR AN MENSCHLICHKEIT IN DER KRANKENBEHANDLUNG SIND WIR WEIT ENTFERNT. DESHALB WOLLEN WIR MEHR HUMANITÄT IN EINEM GESUNDHEITSWESEN, IN DEM DIE INTERESSEN DER PATIENTEN VORRANG HABEN. VOR ALLEM ABER WOLLEN WIR AUCH MEHR DAFÜR TUN, DASS DIE BÜRGER UNSERER STADT GESUND BLEIBEN. DURCH EINE BESSERE GESUNDHEITSVORSORGE UND DURCH EINE GESUNDE UMWELT.

In Hamburg könnte mit einfachen Mitteln viel mehr für die Gesundheit der Bürger getan werden - wenn man nur wirklich wollte. Aber: Immer mehr Staat und Bürokratie erhöhen nicht nur die Kosten im Gesundheitswesen, sondern gefährden auch eine menschliche individuelle Behandlung. Dies ist nicht Schuld der Ärzte und des Pflegepersonals. Dies geht auf das Konto einer falschen Gesundheitspolitik, die den Staat immer mehr machen lassen will, was nichtstaatliche Gesundheitseinrichtungen oft besser und kostengünstiger leisten können. Die aktuellen Mängel im Hamburger Gesundheitswesen sind offenkundig: Zuviel Planung am grünen Tisch. Zuwenig Interesse an dem, was die Patienten wollen - angefangen bei den Wartezeiten bis hin zur Größe der Krankenhäuser. Weitere Probleme: Nicht genügend Behandlungsmöglichkeiten für Herzoperationen und weit verbreitete Krankheiten wie das Rheuma sowie das Ausbleiben durchschlagender Erfolge im Kampf gegen die Suchtgefahren, mangelnde Nachsorge- und Rehabilitationsmöglichkeiten, ungenügende Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegepersonal oder auch mangelnde medizinische Vorbereitung auf Katastrophenfälle. Ganz entscheidend aber hängt unsere Gesundheit auch von der Vorsorge ab, die durch bessere Beratung und Aufklärung noch erheblich gesteigert werden kann. Darauf kommt es uns in den nächsten Jahren besonders an.

DAS WILL DIE CDU

Unsere Gesundheitspolitik orientiert sich am Schicksal des einzelnen Menschen. Sie fängt dort an, wo Krankheiten verhindert werden können: in der Vorsorge, bei der Früherkennung und vor allem in der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers für seine Gesundheit. Dort liegt auch die größte Chance, um die rapide steigenden Krankenversicherungsbeiträge in den Griff zu bekommen.

Deshalb wollen wir hier einen Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik setzen - einschließlich der Bekämpfung der Suchtgefahren. Dabei muß der Staat nicht alles und jedes machen - ebenso wenig wie beim Betreiben von Krankenhäusern. Kleinere Krankenhäuser und Behandlungszentren ziehen wir grundsätzlich Mammutkliniken vor, wenn sie die medizinisch notwendigen Aufgaben ebenso gut erfüllen können. Im übrigen: Ein Mehr an menschlicher Atmosphäre für die Patienten ist nur möglich, wenn wir die wuchernde Gesundheitsbürokratie beschneiden. Viele Krankheiten, die heute in den Krankenhäusern behandelt werden, können auch von niedergelassenen Ärzten behandelt werden. Diesen Trend wollen wir fördern, weil er oft kostengünstiger und auch bequemer für die Patienten ist - ohne daß dadurch die Heilungschancen vermindert werden sollen. Der Patient soll sich zudem dem Hausarzt als Mittelpunkt seiner Behandlung anvertrauen können.

Mehr tun wollen wir auch dafür, daß Gesundheitsschäden bei Neugeborenen und Kleinkindern vermindert werden, weit verbreitete Krankheiten wie das Rheuma in Hamburg wirkungsvoller behandelt werden können und das Kranksein im Alter besser erforscht wird. Wir wissen zudem: Unsere natürliche Umwelt kann nicht länger verseucht werden, ohne daß wir damit das Risiko von Krankheiten ständig erhöhen. Die Beseitigung von Umweltschäden und ein Stopp für die weitere Luftbelastung durch schädliche Stoffe sind für uns vorrangig, wenn wir unsere Gesundheitspolitik im Interesse aller Bürger verwirklichen wollen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. BESSERE GESUNDHEITSVORSORGE UND FRÜHERKENNUNG VON KRANKHEITEN

In vielen Fällen könnten Krankheiten früher entdeckt und auch mit größerem Erfolg behandelt werden. Das würde nicht zuletzt die Kosten für die Behandlung schwerer Krankheiten erheblich senken, weil die Zahl solcher Fälle vermindert wird.

Wir wollen deshalb nicht nur die Krebsvorsorgeuntersuchungen populärer machen, sondern auch ein Programm für die regelmäßige Untersuchung der wichtigsten Körperfunktionen in Zusammenarbeit mit den Ärzten entwickeln, - eine Art freiwilliger Gesundheits-TÖV. Für uns ist auch der Kampf gegen Alkohol und Drogenmißbrauch mit seinen teuren finanziellen Folgen für die Allgemeinheit nicht irgendeine Aufgabe. In Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen müssen die Beratungs- und Therapiemöglichkeiten für Suchtkranke erheblich erweitert werden. Jugendlichen Drogenabhängigen werden wir stärker dabei helfen, sich vollständig heilen zu lassen. Auf dem Gebiet der Suchtbekämpfung werden wir mit äußerstem Engagement arbeiten.

Die dringenden Aufgaben der Sportmedizin, der Arbeitsmedizin und der Zahnmedizin (Kariesvorbeugung) werden wir besonders intensiv fördern. Wir wollen eine gerechte Förderung der freien Träger in der Familienberatung und leihen ein zentrales Familienplanungszentrum ab.

2. VERBESSERUNG DER ALLGEMEINEN MEDIZINISCHEN VERSORGUNG

Unser Ziel: patientengerechte Krankenhäuser mit menschlicher Atmosphäre. Das Angebot an Krankenhäusern muß sich ebenso wie die Organisation in den Krankenhäusern grundsätzlich daran orientieren, was für die Patienten gut ist. Wir verlangen daher eine umfassende Erneuerung des Krankenhausbedarfsplanes, vor allem im Hinblick auf optimale Krankenhausgrößen mit angemessener Gliederung der Fachabteilungen. Wir wollen keine neuen Mammutkliniken, sondern bevorzugen überschaubare Krankenhäuser, die für die Patienten nach Möglichkeit wohnortnah liegen sollen. Auch wollen wir gemeinnützige und private Kliniken erhalten, wenn sie ebenso gut sind wie staatliche Krankenhäuser und nicht teurer arbeiten. Schwerpunkt unserer Politik wird es darüber hinaus sein, die Organisation in den Krankenhäusern patientenfreundlicher zu gestalten. Lange Wartezeiten für die Behandlung und zu frühe Weckzeiten müssen der Vergangenheit angehören. Die Besuchsregelungen sollten insgesamt flexibler gehandhabt werden.

Das alles verhindert zwar keine Krankheiten, aber es steigert die Heilungschancen, indem das seelische Wohlbefinden verstärkt wird. So unvermeidlich oft die Einlieferung ins Krankenhaus ist: Häufiger als bisher könnten Krankheiten auch von niedergelassenen Ärzten und Zusammenschlüssen von Fachpraxen behandelt oder mit kürzeren Krankenhausaufenthalten verbunden werden. Wir wollen deshalb die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern verbessern, das Belegen von Krankenhausbetten durch niedergelassene Ärzte sowie den Zusammenschluß von Fachpraxen fördern, in denen Krankheiten unter verschiedenen Aspekten behandelt werden können.

Eine Stärkung der Bedeutung des Hausarztes in der medizinischen Versorgung vermindert zudem die Zahl der Krankenseinweisungen.

3. SENKUNG DER KRANKHEITSKOSTEN

Damit die Krankheitskosten nicht immer weiter die Krankenversicherungsbeiträge und die staatlichen Aufwendungen in die Höhe treiben, wollen wir die Schwachstellen in der Kostenverursachung beseitigen. Dazu gehört, daß Krankenhäuser mit modernen Managementmethoden und wirtschaftlich selbständiger geführt werden. Dazu wollen wir auch überprüfen, ob die vorhandenen teuren technischen Geräte wirklich sinnvoll genutzt werden. Auch in der Krankenhausverwaltung könnten durch die Einführung moderner Bürotechniken und den Abbau bürokratischer Umständlichkeiten erhebliche Summen eingespart werden. Zudem ist die Schaffung von sogenannten Nachsorgebetten mit einem niedrigeren Pflegesatz ein wirtschaftlich sinnvoller und patientengerechter Schritt, weil in der Genesungsphase nicht mehr die volle Leistung des Krankenhauses in Anspruch genommen werden muß.

4. VERBESSERUNG BEI DER NACHSORGE UND REHABILITATION

Wichtig ist jedoch nicht nur die Behandlung in den Krankenhäusern, sondern eine Stärkung von Nachsorge und Rehabilitation, um die Heilungsprozesse zu beschleunigen und die Gesundheit so weit wie möglich wiederherzustellen. Wir halten es deshalb für sinnvoll und richtig, für diesen Bereich Spezialabteilungen einzurichten.

So wollen wir Spezialabteilungen für die Versorgung von Rheumakranken und Fachabteilungen für Geriatrie schaffen - zur Versorgung der Bürger, die insbesondere an altersbedingten Krankheiten leiden. Wir halten es auch für erforderlich, zur Erforschung von Schmerzursachen und zur Linderung von Schmerzen sogenannte Schmerzkliniken einzurichten. Auch wollen wir Spezialabteilungen für asthmakranke Kinder an einigen Krankenhäusern einrichten.

5. BESSERE VERSORGUNG IN DER KINDERMEDIZIN

Wir werden uns für eine angemessene regionale Verteilung von Kinderabteilungen einsetzen und alle Anstrengungen unternehmen, die Behandlungsmöglichkeiten für Kranke und Neugeborene zu verstärken. Gesundheitsvorsorge für das Neugeborene beginnt bereits mit den Vorsorgeuntersuchungen der Mutter in der Schwangerschaft: Hier müssen die Angebote verbessert werden.

Dringend müssen bessere Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Mütter und Väter nach Möglichkeit bei ihren Kindern im Krankenhaus vorübergehend untergebracht werden können; dies gilt auch bei einer Verlegung eines Neugeborenen in ein anderes Krankenhaus.

Eine Zentralisierung der Kindermedizin in einer einzigen Klinik lehnen wir ab.

6. VERSORGUNG PSYCHISCH KRANKER

Wir wollen dieses wichtige Gebiet der Medizin durch ein größeres und regional besser verteiltes Behandlungsangebot fördern. Seelische Krankheiten und Störungen müssen vor allem im Frühstadium behandelt werden. Eine menschenwürdige Unterbringung der Patienten in den betreffenden Krankenhausabteilungen ist für uns ein wichtiges Ziel.

Vor allem aber muß auch für die Kinder-, Jugend und Alterspsychiatrie mehr getan werden. Wir werden einen Fachbeirat für Psychiatrie einrichten, in dem insbesondere auch niedergelassene Psychiater mitarbeiten sollen, denn auch auf diesem Gebiet ist eine engere Verbindung von

Krankenhausärzten und freipraktizierenden Ärzten zum Nutzen der Patienten dringend erforderlich.

Darüber hinaus muß die Öffentlichkeitsarbeit für diesen gesamten Bereich eindrucksvoller und erfolgreicher geleistet werden.

7. VORSORGE FÜR KATASTROPHEN

Hamburg hat zum Glück in den letzten Jahren nur wenige Katastrophen erlebt. Aber die Flutkatastrophe und der Flugzeugabsturz bei Hasloh haben gezeigt, wie wichtig es ist, darauf vorbereitet zu sein. Katastrophen-Übungen für das Krankenhauspersonal halten wir deshalb für ebenso wichtig wie eine gezielte Ausbildung der Krankenhausärzte in Sonderkursen und die Schaffung von Spezialbehandlungsmöglichkeiten für den Fall eines Falles, z. B. für Brandverletzte. Zudem sind Katastrophenschutzpläne für die Bevölkerung und die bessere Beteiligung der freiwilligen Hilfsorganisationen an der Planung von möglichen Rettungsaktionen unerlässlich.

8. VERBESSERUNG UND NEUORDNUNG DER AUS- UND WEITERBILDUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Wer wirklich effektiv helfen will, darf sich mit seinem Wissensstand nicht zufriedengeben, zumal die Wissenschaft nur in wenigen Bereichen so große Fortschritte macht wie gerade auf dem Gebiet der Medizin. Wir halten daher eine Erweiterung und Verstärkung der Aus- und Weiterbildung für Ärzte, Stationsschwester, Krankengymnasten und Krankenpfleger für unerlässlich. Wir wollen an den Hamburger Krankenhäusern Weiterbildungsstellen für Allgemeinmedizin einrichten und fordern darüber hinaus einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Hamburger Universität. Auch die Studienbedingungen für Medizinstudenten in Hamburg sollten endlich verbessert werden.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. WIR WERDEN DEN KRANKENHAUSBEDARFSPLAN DARAUHIN OBERPRÜFEN, INWIE WEIT ER PATIENTENNÄHER UND PATIENTENFREUNDLICHER GESTALTET WERDEN KANN.
2. WIR WERDEN DIE SELBSTÄNDIGKEIT DER STAATLICHEN KRANKENHÄUSER FÖRDERN UND SIE AUS DER BEHÖRDENKLAMMER LÖSEN.
3. STOPP FÜR ALLE PLÄNE, NICHTSTAATLICHE KRANKENHÄUSER ODER KRANKENHAUS-ABTEILUNGEN DURCH NEUE KAPAZITÄTEN IN DEN STAATLICHEN KRANKENHÄUSERN ZU ERSETZEN.
4. EINRICHTUNG VON SCHMERZKLINIKEN ZUR UNTERSUCHUNG DER SCHMERZURSACHEN UND ZUR SOFORTIGEN SCHMERZLINDERUNG.
5. EINRICHTUNG VON NACHSORGEBETTEN MIT GERINGEN PFLEGESATZEN, UM DIE KOSTEN IM GESUNDHEITSWESEN ZU SENKEN.
6. KURZFRISTIGE ERARBEITUNG VON PLÄNEN FÜR DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG IN KATASTROPHENFÄLLEN UND BEREITSTELLUNG VON AUSREICHENDEN BETTEN FÜR BRANDVERLETZTE.

SPORTPOLITIK FÜR HAMBURG

DIE BREITENARBEIT UNSERER SPORTVEREINE TATKRÄFTIG UNTERSTÜTZEN -
BESSERE MÖGLICHKEITEN FÜR DEN SPITZENSPO RT IN UNSERER STADT

SPORT IST UNS MEHR ALS IRGEND EINE FORM DER FREIZEITGESTALTUNG: FÜR UNS HAT DER SPORT VOR ALLEM AUCH EINE GROSSE GEMEINSCHAFTS-BILDENDE UND GESUNDHEITSFÖRDERNDE BEDEUTUNG. DESHALB WERDEN WIR UNSERER SPORTSELBSTVERWALTUNG MIT IHREN VIELEN VERBÄNDEN UND VER-EINEN DABEI HELFEN, IHR BREITES ANGEBOT AN SPORTMÖGLICHKEITEN FÜR DIE HAMBURGER BEVÖLKERUNG ZU ERHALTEN UND AUSZUBAUEN. UND: WIR WOLLEN ERREICHEN, DASS HAMBURG STÄRKER ALS BISHER ZU EINEM ZEN-TRUM DES LEISTUNGSSPORTS WIRD.

Die vielen Sportvereine in unserer Stadt erfüllen im Breiten- und Leistungssport eine Aufgabe, die vom Staat aus eigener Kraft nicht bewältigt werden kann. Das ehrenamtliche Engagement der Ver-einsführungen und Übungsleiter ist beispielhaft, die Bereitschaft der Mitglieder, sich durch Eigenleistungen an der Unterhaltung der Vereinsanlagen zu beteiligen, verdient Anerkennung. Aber: Immer wieder beklagen Vereine, insbesondere auch die kleineren, daß ihre Arbeit zwar anerkannt, aber nicht genügend vom Hamburger Staat unterstützt wird.

Ein anderes Problem: Die Gesundheitsschäden in der jungen Generation nehmen - wie Schuluntersuchungen zeigen - laufend zu, insbesondere Haltungsschäden. Daß eine frühzeitige sportliche Betätigung von Kindern und Jugendlichen dagegen das beste Mittel ist, sollte stärker als bisher sport- und schulpolitische Entscheiden beeinflussen.

In der Förderung des Leistungssports, der auch eine werbende Funktion für unsere Stadt hat, liegt Hamburg zurück hinter anderen Städten. Spit-zensportler kritisieren mit Recht diesen Zustand. Außerdem: Der inter-nationale Sportaustausch wird zu wenig von staatlicher Seite gefördert.

DAS WILL DIE CDU

Der Sport, insbesondere der Vereinssport, ist für uns ein verbindendes Element in einer auseinanderstrebenden Gesellschaft. Unsere Vereine sind praktisch die größte "Bürgerinitiative" in unserer Stadt. Ihre Mitglieder leisten durch großes persönliches Engagement einen Beitrag zur Belebung des Bürgersinns und zum Erreichen wichtiger sozialer Ziele. Sie finden Freude an Spiel und Bewegung, aber auch an der Leistung. Deshalb werden wir den Vereinen und Verbänden durch die notwendige staatliche Unterstützung helfen, diese Aufgaben in eigener Verantwortung zu erfüllen.

Zugleich hat der Sport in unserer Stadt eine zentrale Bedeutung für die Gesundheitsvorsorge und damit auch für die Eindämmung der wachsenden volkswirtschaftlichen Aufwendungen für Krankheiten. Insofern ist die Verbesserung des Schulsports für uns eine außerordentlich zukunftssträchtige Maßnahme. Darüber hinaus ist es unser Ziel, den Leistungssport sowie den internationalen Sportaustausch in Hamburg wirkungsvoller als bisher zu unterstützen.

DAS WILL DIE CDU IM EINZELNEN

1. FÖRDERUNG DER SPORTVEREINE UND -VERBÄNDE

Trotz eines hohen persönlichen Einsatzes ihrer Mitglieder sind viele Vereine darauf angewiesen, für die Unterhaltung und den Bau von Sportanlagen öffentliche Zuschüsse zu erhalten. Stark anwachsende Bau- und Energiekosten erhöhen diese Notwendigkeit. Im Interesse der gesundheitsfördernden und sozialen Aufgaben der Vereine und Verbände werden wir ihnen deshalb die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wir werden dabei allerdings Wert darauf legen, daß sich die Vereine mit den Folgekosten nicht übernehmen, sondern sie weitgehend aus eigener Kraft aufbringen können. Auch werden wir günstige Darlehen für die Investitionen der Vereine und Verbände bereitstellen. Das Niveau der Übungsleiter-Bezuschussung der letzten Jahre ist wiederherzustellen und in der Zukunft haushaltsgerecht fortzuentwickeln.

Den Behindertensport werden wir besonders wirkungsvoll unterstützen. Dies ist für uns eine soziale Verpflichtung. Dabei werden wir insbesondere den gemeinsamen Sport von Behinderten und Nichtbehinderten fördern.

2. BESSERER SCHUL- UND HOCHSCHULSPORT

In den Schulen fallen noch immer Sportstunden aus oder müssen in den Nachmittag verlegt werden, weil es nicht genügend Sportlehrer gibt. Deshalb muß das Schulsportangebot, insbesondere auch im berufsbildenden Schulwesen, nachhaltig verbessert werden. Wir legen großen Wert darauf, daß alle Schüler im Interesse ihrer Gesundheit und Erziehung ausreichend Sportunterricht erhalten. Deshalb werden wir den Sportlehrermangel durch entsprechende Kurzausbildung für Lehrer anderer Fächer abschwächen. Außerdem wollen wir Schülern die Möglichkeit geben, in den Pausen kleinere Sportübungen durchführen zu können.

Im Hochschulsport ist es unser Ziel, in Zusammenarbeit mit den Vereinen den Studenten ein größeres Sportprogramm anzubieten.

3. MEHR ANREIZE FÜR DIE SPORTLICHE BETÄTIGUNG DER GANZEN BEVÖLKERUNG

Da viele Bürger nicht Mitglieder von Vereinen werden wollen, weil ihnen für das regelmäßige und termingebundene Ausüben einer Sportart die Zeit fehlt, wollen wir ihnen mehr Möglichkeiten bieten, sich wenigstens ab und zu sportlich zu betätigen. Bessere Chancen für den "Sport im Arbeitsleben" und ein ausreichendes Angebot an Schwimmbädern dienen diesem Ziel ebenso wie ein verbesserter Zugang zu den öffentlichen Sportanlagen.

4. MEHR MÖGLICHKEITEN FÜR DEN SPITZENSPIELSPORT IN HAMBURG

Breiten- und Leistungssport sind für uns keine Gegensätze. Spitzenleistungen von Leistungssportlern können im Gegenteil dazu anregen, die Teilnahme am Breitensport zu fördern. Wir werden uns deshalb bemühen, in Zusammenarbeit mit der Sportselbstverwaltung die Zahl der Trainingszentren für Leistungssportler zu erhöhen. Zugleich wollen wir in Hamburg mehr tun für die Verwirklichung des Kooperations-Modells des Deutschen Sportbundes: z. B. für die Talentsuche und -förderung. In Hamburg gibt

es genug Talente für den Spitzensport. Sie müssen nur stärker gefördert werden und auch geeignete Trainingsbedingungen erhalten. Der Staat kann diese Arbeit unterstützen, z. B. in Verbindung mit dem Schul- und Hochschulsport und durch Einführung trainingsbegleitender Maßnahmen. Sie bleibt aber, da wir keine Staatssportler wollen, Aufgabe der Vereine und Verbände.

Im übrigen werden wir auch den Zuschauersport, der z. B. durch die HSV-Bundesliga-Mannschaft, aber auch im Tennis und anderen Sportarten viel für die Werbung für unsere Stadt tut, durch unbürokratische Hilfe der Behörden unterstützen.

DAS MACHT DIE CDU SOFORT

1. SPORTSTÄTTENFLÄCHENSICHERUNG, AUCH IM INNERSTÄDTISCHEN BEREICH.
2. GÜNSTIGES DARLEHENSPROGRAMM FÜR DEN NEUBAU UND DIE SUBSTANZERHALTUNG VON VEREINSEIGENEN SPORTSTÄTTEN.
3. VORRANG FÜR SUBSTANZERHALTENDE MASSNAHMEN FÜR VORHANDENE STAATLICHE SPORTSTÄTTEN.
4. SICHERUNG DER BISHERIGEN ÜBUNGSLEITER-BEZUSCHUSSUNG.